

Alexandra Ioannidou

Griechenland



Herausgegeben von Philipp Grollmann, Dietmar Frommberger, Ute Clement,
Thomas Deißinger, Uwe Lauterbach, Matthias Pilz, Georg Spöttl

Internationales Handbuch der Berufsbildung

Alexandra Ioannidou

Griechenland

Band 51

25. Jahrgang



Impressum

Zitiervorschlag:

Ioannidou, Alexandra: Griechenland. Internationales Handbuch der Berufsbildung, Band 51. Hrsg. von Grollmann, Philipp; Frommberger, Dietmar; Clement, Ute; Dreißinger, Thomas; Lauterbach, Uwe; Pilz, Matthias; Spöttl, Georg. Bonn 2019

1. Auflage 2019

Herausgeber:

Bundesinstitut für Berufsbildung
Robert-Schuman-Platz 3
53175 Bonn
Internet: www.bibb.de

Publikationsmanagement:

Stabsstelle „Publikationen und wissenschaftliche Informationsdienste“
E-Mail: publikationsmanagement@bibb.de
www.bibb.de/veroeffentlichungen

Herstellung und Vertrieb:

Verlag Barbara Budrich
Stauffenbergstraße 7
51379 Leverkusen
Internet: www.budrich.de
E-Mail: info@budrich.de

Lizenzierung:



Der Inhalt dieses Werkes steht unter einer Creative-Commons-Lizenz (Lizenztyp: Namensnennung – Keine kommerzielle Nutzung – Keine Bearbeitung – 4.0 International).

Weitere Informationen finden Sie im Internet auf unserer Creative-Commons-Infoseite www.bibb.de/cc-lizenz.

ISBN 978-3-8474-2996-8 (Print)

ISBN 978-3-96208-167-6 (Open Access)

urn:nbn:de: 0035-0813-9

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Gedruckt auf PEFC-zertifiziertem Papier

Editorial

Die letzte Aktualisierung der Länderstudie zur griechischen Berufsbildung aus dem Jahr 1995 stellte insbesondere die Reformen des Jahres 1997 dar. Mit dieser neuen Monographie legen wir Ihnen eine vollständig überarbeitete Länderstudie zur Berufsbildung in Griechenland vor.

Bereits seit 60 Jahren gibt es in Griechenland eine Bildungsgesetzgebung, die der beruflichen Bildung einen hohen Stellenwert einräumt. Griechenland war jedoch in den vergangenen Jahren vor allem aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise und ihrer verheerenden Auswirkung auf die Jugendbeschäftigung in den Medien präsent. Nach und nach scheinen sich diese Rahmenbedingungen nun zu verbessern.

Die griechische Berufsbildungspolitik muss zwei wichtige Besonderheiten berücksichtigen: Erstens ist die Wirtschaftsstruktur von einem sehr hohen Anteil an Kleinstunternehmen geprägt, insbesondere in den Bereichen Tourismus und Handel. Der Beitrag des ebenfalls bedeutsamen Agrarsektors ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken. Die besondere Herausforderung liegt hier also in der Gewinnung der kleineren Unternehmen für eine überbetrieblich ausgerichtete Form der beruflichen Bildung. Zweitens ist für die Berufsbildung die Konkurrenz durch die klassische Allgemeinbildung sehr hoch. Antike Bildungskonzepte und -ideale sind noch immer stark verankert und bestimmen das Bildungswahlverhalten der jungen Erwachsenen und die Empfehlungen der Eltern.

Nach einer kurzen Phase einer steigenden Beteiligung an berufsbildenden Bildungsgängen – nicht zuletzt im Zuge einer Europäisierungstendenz des Bildungswesens Anfang der 2000er-Jahre – hat sich diese in den vergangenen Jahren wieder bei ca. einem Drittel der Lernenden konsolidiert. Mit verschiedenen Aktivitäten – zum Beispiel mit einer Erhöhung des betrieblichen Anteils an dualer und schulischer Berufsbildung – soll der berufsbildende Charakter von Bildungsgängen akzentuiert werden. Trotz zahlreicher Reformvorhaben und neuer Gesetzgebungen hat sich aber offensichtlich die traditionell starke Allgemeinbildungsorientierung der griechischen Bevölkerung bislang nicht geändert.

Dass nur eine Berufsbildungspolitik, die den erwähnten griechischen Besonderheiten angemessen Rechnung trägt, langfristig erfolgreich sein kann, wird durch diese Länderstudie deutlich. Schlüsselbegriffe werden hierbei in Zukunft vermutlich Durchlässigkeit und „höhere“ Berufsbildung sein.

Bonn, Flensburg, Frankfurt am Main, Kassel, Köln, Konstanz und Osnabrück
Für die Herausgeber und Herausgeberin
Dietmar Frommberger und Philipp Grollmann

Inhaltsverzeichnis

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	8
Anmerkungen zu Übersetzungen und Begrifflichkeiten	9
Grunddaten [2017]	10
Abkürzungsverzeichnis	12
Einleitung und Zusammenfassung	17
1 Landesspezifischer Kontext	20
1.1 Soziale und kulturelle Rahmenbedingungen	20
1.1.1 Geografie und Kultur.....	20
1.1.2 Demografie	21
1.1.3 Soziale Situation	23
1.1.4 Bildung	25
1.2 Politische und rechtliche Rahmenbedingungen.....	26
1.3 Ökonomische Rahmenbedingungen.....	30
2 Typische Berufsbildungsverläufe oder Ausbildungsgänge.....	34
2.1 Ausbildungsgang A: Lernen im beruflichen Lyzeum (EPAL)	34
2.2 Ausbildungsgang B: Duale Ausbildung in der Berufsschule (EPAS/OAED) ..	35
2.3 Ausbildungsgang C: Berufliche Spezialisierung in einem Berufsausbildungsinstitut (IEK)	35
3 Das Bildungssystem im Überblick.....	37
3.1 Historische und aktuelle Entwicklungen des Bildungssystems	40
3.2 Steuerung und Finanzierung.....	41
3.3 Struktur	42
3.4 Kurze Charakterisierung der verschiedenen Bildungsbereiche und Schultypen.....	46
3.4.1 Vorschulerziehung/Elementarbereich [Νηπιαγωγείο, Nepiagogeio]	46
3.4.2 Primarbereich [Δημοτικό, Demotiko].....	46
3.4.3 Sekundarbereich I [Γυμνάσιο, Gymnasium].....	46
3.4.4 Sekundarbereich II [Γενικό Λύκειο, Geniko Lykeio, GEL / Επαγγελματικό Λύκειο, Epagegmatiko Lykeio, EPAL]	47
3.4.5 Sonderschulen/Sonderschulwesen [Ειδικό Σχολείο, Eidiko Scholeio]	48
3.4.6 Tertiärbereich [Ανώτατα Εκπαιδευτικά Ιδρύματα, Anotata Ekpaideutika Idrymata, AEI/Πανεπιστήμια, Panepistemia kai Τεχνολογικά Εκπαιδευτικά Ιδρύματα, Technologika Ekpaudeutika Idrymata, TEI]	49

3.4.7 Weiterbildung [Εκπαίδευση Ενηλίκων, Ekpaideusi Enilikon/Συνεχιζόμενη Επαγγελματική Κατάρτιση, Synehizomeni Epaggelmatiki Katartisi]	50
4 Berufliche Aus- und Weiterbildung	52
4.1 Entwicklung und Stellenwert der beruflichen Bildung.....	52
4.1.1 Geschichtliche Entwicklung der beruflichen Bildung.....	52
4.1.2 Stellenwert der beruflichen Bildung	54
4.2 Struktur der Berufsbildung und Angebote	58
4.2.1 Berufsbildung auf der Sekundarstufe II (formale Bildung): Berufliches Lyzeum (EPAL) und Berufsschule (EPAS).....	59
4.2.2 Berufsausbildung auf der postsekundären, nicht tertiären Stufe (nicht formale Bildung): Berufsausbildungsinstitute (IEK)	60
4.3 Überblick über Angebotsformen und ihnen zugeordnete Ausbildungsgänge	61
4.3.1 Angebotsform I: Schulbasierte Ausbildung: Berufliches Lyzeum [Epaggelmatiko Lykeio, EPAL]	61
4.3.2 Angebotsform II: Alternierende Ausbildung: Berufsschule [Epaggelmatiki Scholi, EPAS]	64
4.3.3 Angebotsform III: Berufliche Ausbildung auf postsekundärer, nicht tertiärer Stufe: Berufsausbildungsinstitute [Institouta Epaggelmatikis Katartisis, IEK]	66
4.3.4 Angebotsform IV: Höhere Berufsausbildung [Ανώτερη Επαγγελματική Εκπαίδευση, Anoteri Epaggelmatiki Ekpaideusi]	68
4.3.5 Angebotsform V: Berufliche Weiterbildung außerhalb der formalen Strukturen des Bildungs- und Berufsbildungssystems [Συνεχιζόμενη Επαγγελματική Κατάρτιση, Synehizomeni Epaggelmatiki Katartisi, Kentra Epaggelmatikis Katartisis und Zentren für lebenslanges Lernen] ...	69
5 Wichtige Rahmenbedingungen und Bestimmungsfaktoren beruflicher Bildung	72
5.1 Rechtliche Standardisierung der Berufsbildung und Qualifizierung in Schule und Betrieb.....	72
5.2 Steuerungs-/Governancestrukturen der Berufsbildung und Qualifizierung in Schule und Betrieb.....	73
5.3 Finanzierung der Berufsbildung und Qualifizierung.....	74
5.3.1 Finanzierung des beruflichen Lyzeums (EPAL)	75
5.3.2 Finanzierung der Berufsschule (EPAS)	75
5.3.3 Finanzierung der Berufsausbildungsinstitute (IEK)	75
5.3.4 Finanzierung der beruflichen Fort- und Weiterbildung	76
5.3.5 Finanzierung des lebenslangen Lernens	76
5.4 Ausbildung des Berufsbildungspersonals	76
5.5 Berufsbildungsforschung	77

5.6 Verfahren zur Qualitätssicherung von beruflicher Bildung	78
5.7 Länderübergreifende Mobilität/Internationalisierung/ Internationale Berufsbildungszusammenarbeit	80
5.8 Aktuelle Diskurslinien und zentrale Reformansätze in der beruflichen Bildung.....	82
6 Literaturverzeichnis	86
7 Weiterführende Informationen	92
7.1 Rechtsgrundlagen, Ausbildungsordnungen, curriculare Materialien	92
7.2 Anschriften	100
7.3 Internetadressen.....	101
Organigramm Bildungswesen	102
Register	104
Autorin	105
Abstract	106

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabellen

Tabelle 1: NEET-Quote der 15- bis 24-Jährigen in Griechenland und der EU-28 [in %]	25
Tabelle 2: NEET-Quote nach Altersgruppen und erreichtem Bildungsstand in Griechenland [in %] [2015]	25
Tabelle 3: Bildungsindikatoren in Griechenland und der EU-28 [in %] [2006–2017]	26
Tabelle 4: Arbeitslosenquote und Arbeitslose nach Altersgruppen	31
Tabelle 5: Arbeitslose nach erreichtem Bildungsstand [in %] [III. Quartal 2016]	32
Tabelle 6: Zahl der Schüler/-innen und Studierenden [in %]	38
Tabelle 7: Schüler/-innen und Studierende nach Bildungsbereichen	38
Tabelle 8: Bevölkerung nach Bildungsstand [in 1.000]	39
Tabelle 9: Schüler/-innen und Studierende nach Bildungsbereichen differenziert ...	39
Tabelle 10: Anzahl Schüler/-innen und Studierende pro Lehrkraft nach Bildungsbereichen	40
Tabelle 11: Bildungsabschlüsse und deren Zuordnung zum HQR und EQR	44
Tabelle 12: Anzahl der Schüler/-innen im Sekundarbereich II (ISCED 3) nach Bildungswegen (allgemeine Bildung sowie technische und berufliche Bildung) [2001–2013]	54

Abbildungen

Abbildung 1: Bevölkerungspyramide nach Geschlecht und Alter [in %] [2018]	22
Abbildung 2: Aufbau des Bildungssystems in Griechenland [2018]	37

Anmerkungen zu Übersetzungen und Begrifflichkeiten

In der vorliegenden Länderstudie Griechenland werden die verschiedenen Bildungsbereiche, Schultypen und Bildungsangebote der international akzeptierten Klassifikation Vorschulerziehung/Elementarbereich, Primarbereich, Sekundarbereich I, Sekundarbereich II, Sonderschulwesen, Tertiärbereich und Weiterbildung zugeordnet. Die Originalbezeichnung in griechischer Sprache und Schrift wird in eckiger Klammer angegeben und in lateinischer Schrift transkribiert. Der Elementarbereich mit der Vorschulerziehung [Νηπιαγωγείο, Nepiagogeio] ab dem vierten Lebensjahr ist Teil des formalen Bildungssystems; der Primarbereich erfasst die sechsjährige Volksschule [Δημοτικό, Demotiko], während das griechische dreijährige Gymnasium [Γυμνάσιο, Gymnasio] dem Sekundarbereich I entspricht und somit Teil der Schulpflicht ist. Das dreijährige allgemeine Lyzeum [Γενικό Λύκειο, Geniko Lykeio] entspricht der deutschen gymnasialen Oberstufe und ist im Sekundarbereich II angesiedelt, ebenso das dreijährige berufliche Lyzeum [Επαγγελματικό Λύκειο, Epaggelmatiko Lykeio]. Eine Alternativroute zur schulbasierten Berufsausbildung des beruflichen Lyzeums bietet die zweijährige duale Ausbildung in den Berufsschulen [Επαγγελματικές Σχολές, Epaggelmatikes Scholes].

Im Primarbereich erfolgt die Leistungsbewertung auf einer Skala von 1 bis 10 (exzellent), wobei die 5 als Minimumstandard gilt; im Sekundarbereich I und II erstreckt sich die Notenskala von 1 bis 20 (exzellent); eine Durchschnittsnote von 9,5 stellt hier den Schwellenwert für bestandene Prüfungen dar. Bis einschließlich des Sekundarbereichs II spricht man von Schülerinnen und Schülern; im Tertiärbereich wie auch im postsekundären nicht tertiären Bereich wie bspw. in den Berufsausbildungsinstituten [Ινστιτούτα Επαγγελματικής Κατάρτισης, Institouta Epaggelmatikis Katartisis (IEK)] werden die Teilnehmenden als Studentinnen und Studenten bezeichnet.

Die Mehrheit der rechtlichen Regulierungstexte und bildungspolitischen Dokumente liegen nur in der griechischen Sprache vor; eine Ausnahme bildet das Gesetz 3879/2010 zur Entwicklung des lebenslangen Lernens, davon ist eine englische Übersetzung im Internet abrufbar (vgl. Kap. 7.1). Im Artikel 2 des genannten Gesetzes werden die wichtigsten Begriffe zur Bildung und Weiterbildung in englischer Sprache definiert.

Grunddaten [2017]

Griechenland/Hellas [Ελληνική Δημοκρατία/Helleniki Demokratia] GR

Fläche [km ²]	132.049		
Bevölkerungsdichte [Einw./km ²]	83,09		
Einwohner/-innen	10.816.286 (49% m, 51% w)		
davon Ausländer/-innen [in %]	8,4		
Alter [Anteil an der Gesamtbevölkerung] [in %]			
	Total	m	w
0-14 Jahre	14,5	15,1	13,9
15-24 Jahre	10,9	11,5	10,3
25-54 Jahre	43,2	44,0	42,3
55-64 Jahre	11,9	11,8	12,0
65 Jahre und älter	19,5	17,6	21,3
Erwerbstätige [Bevölkerung 15 Jahre und älter] [in %]	40,9 [3.752.700]		
	Insgesamt [in % der Altersgruppe]	Total	
15-29 Jahre	12,7	476.500	
30-44 Jahre	43	1.614.400	
45-64 Jahre	42,4	1.591.800	
65 Jahre und älter	1,9	1.970.000	
Erwerbslose [Bevölkerung 15 Jahre und älter] [in %]	21,5 [1.027.100]		
	Insgesamt [in % der Altersgruppe]	Total	
15-29 Jahre	35,6	263.300	
30-44 Jahre	20,6	419.900	
45-64 Jahre	17,4	334.600	
65 Jahre und älter	11,7	9.200	

Quelle: Hellenisches Statistisches Amt (ELSTAT), eigene Übersetzung. URL: http://www.statistics.gr/documents/20181/1515741/GreeceInFigures_2018Q4_EN.pdf/e64eb95a-766b-4540-847b-43dd555b5aa4 (Stand: 10.04.2019)

Wirtschaftsschwerpunkte [2015]

Sektor	Erwerbstätige	Bruttowertschöpfung [in % des BIP]
Primär/Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	456.600	12,6
Sekundär/Produzierendes Gewerbe	567.600	15
Tertiär/Dienstleistung	2.712.400	72,4

Quelle: Hellenisches Statistisches Amt (ELSTAT), eigene Übersetzung. URL: <http://www.statistics.gr/documents/20181/bcdd13f9-29f7-4293-9096-d52ca20dce42> (Stand: 09.01.2017)

Wirtschaftsleistung [2017]

Bruttoinlandsprodukt/Gross Domestic Product [in Mrd. €]	180,2 [2009: 237,5]
Pro-Kopf-Einkommen/Gross Domestic Product per capita [in €]	16.736 [2009: 21.386]

Quelle: Hellenisches Statistisches Amt (ELSTAT), eigene Übersetzung. URL: <http://www.statistics.gr/en/statistics/-/publication/SE15/> (Stand: 15.02.2019)

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Originalbezeichnung Übersetzung ins Deutsche
ADEDY	Anotati Dioikesi Enoseon Dimosion Ypallilon Oberster Verband der Vereinigungen der öffentlichen Angestellten
AEI	Anotata Ekpaideutika Idrymata Universitäten und Polytechnika
ASPAITE	Anotati Schole Paidagogikis kai Technologikis Ekpaideusis Hochschule für pädagogische und technologische Bildung
ATES	Anoteres Technikes Epaggelmatikes Scholes Höhere technische Schulen
Cedefop	Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung
ECVET	European Credit Transfer System for Vocational Education and Training Europäisches Leistungspunktesystem für die Berufsbildung
EFRE	Europäischer Fond für Regionale Entwicklung
EIEAD	Ethniko Institouto Ergasias kai Anthropinou Dynamikou Nationales Institut für Arbeit und Human Resources
EKEP	Ethniko Kentro Prosanatolismou Nationales Zentrum für berufliche Orientierung
EKEPIS	Ethniko Kentro Pistopoiesis Nationales Zentrum für die Zertifizierung von Qualifikationen
ELSTAT	Elliniki Statistiki Archi Hellenisches Statistisches Amt
EOPPEP	Ethnikos Organismos Pistopoiesis Prosonton kai Epaggelmatikou Prosanatolismou Nationale Organisation für die Zertifizierung von Qualifikationen und für berufliche Orientierung
EPAL	Epaggelmatiko Lykeio Berufliches Lyzeum
EPAS	Epaggelmatiki Schole Berufsschule
EPL	Eniaio Polykladiko Lykeio Integriertes multisektorales Lyzeum

EQAVET	European Quality Assurance in Vocational Education and Training Europäisches Qualitätssicherungssystem für die Berufsbildung
EQARF	European Quality Assurance Reference Framework Europäischer Qualitätssicherungsreferenzrahmen
EQR	Europäischer Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (EQR)
ERASMUS+	EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport
ESF	Europäischer Sozialfond
EUROSTAT	Statistisches Amt der Europäischen Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZB	Europäische Zentralbank
GEL	Geniko Lykeio Allgemeines Lyzeum
GGDVM	Geniki Grammateia Dia Viou Mathisi Generalsekretariat für lebenslanges Lernen
GSEE	Geniki Synomospondia Ellinikon Syndikaton Dachverband der Griechischen Arbeitnehmer
GSVEE	Geniki Synomospondia Epaggelmaton, Viothechnon kai Emboron Dachverband für Handel, Handwerk und Kleinbetriebe
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
HDI	Human Development Index Index der menschlichen Entwicklung
HQR	Elliniko Plaisio Prosonton Hellenischer Qualifikationsrahmen
IEK	Institouta Epaggelmatikis Katartisis Berufsausbildungsinstitute
IEP	Institouto Ekpaideutikis Politikis Institut für Bildungspolitik
ILO	International Labour Organization Internationale Arbeitsorganisation
IME	Institouto Mikromesaion Epicheiriseon Institut für kleine und mittlere Unternehmen
INE/GSEE	Institouto Ergasias des GSEE Institut für Arbeit des GSEE
ISCED	International Standard Classification of Education Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens
IWF	Internationaler Währungsfond

KANEP/GSEE	Kentro Anaptyxis Ekpaideutikis Politikis des GSEE Zentrum für die Entwicklung von Bildungspolitik
KEK	Kentra Epaggelmatikis Katartisis Berufliche Weiterbildungszentren
LAEK	Logariasmos gia tin Apasholisi kai tin Epaggelmatiki Katartisi Fonds für Beschäftigung und Berufsausbildung
MENDI	Projekt „Mentoring Dual International“
NEET	(Youth) Not in Education, Employment or Training (Jugendliche) nicht in Bildung, Erwerbstätigkeit oder Weiterbildung
OAED	Organismos Apascholis Ergatikou Dynamikou Organisation für die Beschäftigung des Arbeitskraftpotenzials
OECD	Organisation for Economic Co-Operation and Development Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OEEK	Organismos Epaggelmatikis Ekpaideusis kai Katartisis Organisation für berufliche Bildung und Weiterbildung
OKE	Ökonomiki kai Koinoniki Epitropi Ökonomischer und Sozialer Ausschuss
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PASOK	Panhellinio Sosialistiko Kinima Panhellenische Sozialistische Bewegung
SEK	Schole Epaggelmatikis Katartisis Schule für Berufsausbildung
SEV	Syndesmos Epiheiriseon kai Viomechanion Dachverband der Unternehmen und Industrien
SYRIZA	Synaspismos Rizospastikis Aristeras Koalition der radikalen Linken
TEE	Technika Epaggelmatika Ekpaideuteria Technische berufliche Bildungsanstalten
TEI	Technologika Epaideutika Idrymata Technologische Bildungsinstitutionen (Fachhochschulen)
TEL	Techniko Epaggelmatiko Lykeio Technisch-berufliches Lyzeum
TES	Techniki Epaggelmatiki Schole Technisch-berufliche Schule
UN	United Nations Vereinte Nationen

UNIONS4VET	Projekt „Internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit zur Verbesserung der Berufsbildung“ (DGB)
VETnet	Projekt „German Chambers worldwide network for cooperative, work-based Vocational Education and Training“ (AHK)
ZLLL I	Kendra Dia Viou Mathisis I Zentren für lebenslanges Lernen I
ZLLL II	Kendra Dia Viou Mathisis II Zentren für lebenslanges Lernen II

Einleitung und Zusammenfassung

Eine Länderstudie über die Berufsbildung in Griechenland stellt ein besonders interessantes Fallbeispiel dar, zum einen aufgrund der vorherrschenden Bildungstradition, die die allgemeine, akademisch ausgerichtete Bildung favorisiert, zum anderen wegen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen der letzten Jahre und der Rückwirkung externer Einflüsse auf die institutionelle Ausgestaltung der Berufsbildung. Aufgrund der Finanzkrise und der darauffolgenden tiefen Rezession ist die Arbeitslosigkeit, insbesondere unter den Jugendlichen, exponentiell gestiegen. In diesem Rahmen wird verstärkt seit 2012 das Modell der dualen Ausbildung propagiert, das international als eine strategisch wichtige bildungspolitische Maßnahme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit angesehen wird.

Die Reformierung der Berufsbildung hin zu einer attraktiven Bildungsoption für die griechische Jugend stellt ein immerwährendes und bis dato nicht eingelöstes Versprechen der Bildungspolitik dar. Seit der Verabschiedung eines umfassenden Bildungsgesetzes 1959, das darauf abzielte, ein zeitgemäßes und alle Stufen umfassendes Berufsbildungssystem zu entwickeln, hat sich an dieser Vision wenig geändert. Die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich jedoch in dieser Zeit mehrmals geändert. Geplante Reformen konnten aufgrund der politischen Instabilität in den 1960er- und in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre nicht umgesetzt werden. Die politische Stabilität, welche der Regimewandel ([Μεταπολίτευση, „Metapoliteusi“) nach der Militärdiktatur 1974 mit sich brachte, ermöglichte Bildungsreformen in allen Bereichen, auch der Berufsbildung. Der stetige Wandel scheint die einzige Konstante im griechischen Berufsbildungssystem zu sein.

Durch den Eintritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1981 sowie in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion 2001 schlug Griechenland den Weg der Modernisierung und Europäisierung ein. Der europäische Integrationsprozess bewirkte eine Tendenz zur Angleichung in allen Bereichen, nicht zuletzt auch in der Berufsbildung im Zuge der Entstehung eines europäischen Berufsbildungsraums mit Leitkonzepten wie Modularisierung, Kompetenzentwicklung, Validierung und Anerkennung von Kompetenzen sowie arbeitsplatzbezogenes Lernen; diese haben starke Impulse auch in der nationalen Bildungspolitik gesetzt, zunächst auf der Ebene der rechtlichen Reglementierung.

Die Finanzkrise, die Griechenland mit aller Wucht getroffen hat, und die tiefe Rezession, die seit 2009 anhält, haben in den letzten Jahren zu unübersichtlichen Einschnitten in allen öffentlichen und privaten Lebensbereichen geführt und die Gesellschaft, Demografie, Arbeitswelt, Wirtschaftsstruktur und Politik des Landes nachhaltig verändert. Man kann von einer Zeitenwende sprechen, die auch in der beruflichen Bildung einen Richtungswechsel erfordert. Die Dringlichkeit der Reformen ist seitens der Politik erkannt worden, dafür spricht die ununterbrochene regulierende Aktivität der letzten

Jahre (für die Berufsbildung allein 23 Rechtsakte in acht Monaten). Ob die Reformen erfolgreich sind, wird sich in den nächsten Jahren zeigen: an der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die sich für diese Bildungsoption entscheiden, an deren Bildungs- und Berufsverläufen, an deren Beschäftigungsperspektiven, am Engagement und Gestaltungswillen der Sozialpartner, an der Entwicklung einer modernen, identitätsstiftenden Beruflichkeit jenseits der akademischen Bildung.

Drei Schlüsselbegriffe sind von besonderer Relevanz für das Verständnis des griechischen (Berufs-)Bildungssystems: „paedeia“ [παιδεία], „ekpaideusi“ [εκπαίδευση], „katartisi“ [κατάρτιση]. „Paedeia“ steht für Kultiviertheit, „Empfänglichkeit für das Gute und Schöne“, charakterisiert den mündigen Bürger und ist das Ergebnis eines langen Erziehungs- und Bildungsprozesses. „Ekpaideusi“ kann man mit Bildung übersetzen. Ekpaideusi findet in Bildungseinrichtungen statt, dient der Wissensvermittlung und zielt auf eine ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung sowohl in der Kindheit als auch im Jugend- und Erwachsenenalter. „Katartisi“ steht für (berufliche) Qualifizierung und zielt auf die Vermittlung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Kompetenzen für die Verwertung am Arbeitsmarkt.

Die Länderstudie ist wie folgt aufgebaut:

Im ersten Kapitel wird der landesspezifische Kontext geschildert, wobei die Finanzkrise 2009 eine Zäsur darstellt. Da die Finanzkrise zu radikalen Einschnitten in allen öffentlichen und privaten Lebensbereichen geführt hat und sowohl die griechische Gesellschaft, die demografische Entwicklung, die Arbeitswelt, die Wirtschaftsstruktur als auch die Politik des Landes nachhaltig verändert hat, werden zunächst die landesspezifischen Rahmenbedingungen sowie die wesentlichen Auswirkungen der Krise auf die soziale, politische, rechtliche und wirtschaftliche Situation Griechenlands kursorisch dargestellt.

Im zweiten Kapitel werden drei für das griechische Berufsbildungssystem charakteristische Bildungsverläufe vorgestellt: Lernen in einem beruflichen Lyzeum (EPAL), duale Ausbildung in einer beruflichen Schule (EPAS/OAED), berufliche Spezialisierung in einem Berufsausbildungsinstitut (IEK). Dabei handelt es sich um fiktive Fallbeispiele, die dazu dienen, in das Berufsbildungssystem einzuführen und die Bedeutung der einzelnen Ausbildungsgänge zu verdeutlichen.

Kapitel drei präsentiert das Bildungswesen in Griechenland als Ganzes; der Schwerpunkt liegt auf seiner Struktur und den Übergängen zwischen den einzelnen Bildungsbereichen. In Griechenland besteht eine neunjährige Schulpflicht, die an eine zweijährige verpflichtende vorschulische Erziehung [Νηπιαγωγείο, Nepiagogeio] anschließt. Die Standardisierung im griechischen Bildungssystem ist hoch. Zudem gibt es bis zur Beendigung der Schulpflicht (i. d. R. im 15. Lebensjahr) keine Stratifizierung, d. h., die Schülerinnen und Schüler werden gemeinsam in Einheitsschulen unterrichtet: sechs Jahre

in der Volksschule [Δημοτικό, Demotiko] und drei Jahre im Gymnasium¹ [Γυμνάσιο, Gymnasio]. Danach stehen den Jugendlichen prinzipiell zwei Möglichkeiten offen: Sie können das dreijährige allgemeine Lyzeum [Γενικό Λύκειο, Geniko Lykeio] besuchen und nach der erfolgreichen Teilnahme an den Panhellenischen Prüfungen ein Studium aufnehmen oder sie entscheiden sich für eine berufliche Ausbildung. Die grafische Darstellung zu Beginn des Kapitels dient der Veranschaulichung der Struktur des Bildungssystems, während die Grunddaten einige wichtige quantitative Größen des griechischen Bildungssystems im Zeitverlauf präsentieren.

Das vierte Kapitel stellt mit der Darstellung der beruflichen Aus- und Weiterbildung und ihren vielfältigen Angebotsformen den Kern der Studie dar. Die Berufsbildung in Griechenland weist eine plurale, alle Bildungsstufen umfassende und flächendeckende Struktur auf. Nach einer eher historischen Betrachtung der Entwicklung und des Stellenwerts der beruflichen Bildung in Griechenland werden die einzelnen Angebotsformen sowie ihnen zugeordnete Ausbildungsgänge vorgestellt: von der schulbasierten Ausbildung in den beruflichen Lyzeen (EPAL) [Επαγγελματικό Λύκειο, Epaggelmatiko Lykeio], über die alternierende Ausbildung in den beruflichen Schulen (EPAS) [Επαγγελματική Σχολή, Epaggelmatiki Schole], die Berufsausbildung auf postsekundärer, nicht tertiärer Ebene in den Berufsausbildungsinstituten (IEK) [Ινστιτούτο Επαγγελματικής Κατάρτισης, Institutouto Epaggelmatikis Katartisis] bis hin zur höheren Berufsbildung in Akademien oder höheren Schulen [Ανώτερη Επαγγελματική Σχολή, Anoteri Epaggelmatiki Schole] und zur beruflichen Weiterbildung [Συνεχιζόμενη Επαγγελματική Κατάρτιση, Synechizomeni Epaggelmatiki Katartisi] in den Zentren für lebenslanges Lernen.

Im fünften Kapitel wird auf wichtige Rahmenbedingungen und Bestimmungsfaktoren beruflicher Bildung eingegangen. Dazu gehören die rechtliche Standardisierung, die Ausbildung des Berufsbildungspersonals, die Steuerung und Finanzierung der Berufsbildung, die Berufsbildungsforschung, Qualitätssicherungsverfahren sowie die internationale Mobilität und Berufsbildungszusammenarbeit. Von besonderer Bedeutung vor dem Hintergrund des im ersten Kapitel dargestellten landesspezifischen Kontextes sind die aktuellen Diskurslinien und Reformansätze, die als Reaktionen auf die Entwicklungen der letzten Jahren zu verstehen sind.

Schließlich werden in den Kapiteln sechs und sieben die Quellen sowie weiterführende Informationen gegeben.

1 Das griechische dreijährige Gymnasium [Gymnasio] entspricht dem Sekundarbereich I und ist Teil der allgemeinen Schulpflicht. Das dreijährige allgemeine Lyzeum [Geniko Lykeio, GEL] entspricht der deutschen gymnasialen Oberstufe und ist im Sekundarbereich II angesiedelt, ebenso das dreijährige berufliche Lyzeum [Epaggelmatiko lykeio, EPAL].

1 Landesspezifischer Kontext

Die Bildung gehört traditionell zu den staatsnahen Sektoren, deren Planung, Gestaltung und Regelungsbefugnisse ausschließlich dem Nationalstaat obliegen. Die Bildungssysteme innerhalb der Nationalstaaten zielen darauf ab, einerseits die politische, soziale und kulturelle Integration der Bürger zu vollziehen und andererseits über die Entwicklung ihrer Qualifikationen Wachstum und wirtschaftlichen Fortschritt zu erzielen. Die Entwicklungen der letzten Jahre verdeutlichen jedoch, dass Bildungspolitik zunehmend durch europäische und internationale Einflüsse maßgeblich mitbestimmt wird.

Insbesondere die Verschiebungen in der internationalen Arbeitsteilung zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die fortschreitende Digitalisierung der Arbeit erhöhen den Druck auf die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa. Regulierungsbedarf im Bildungswesen entsteht zudem durch die Alterung der Bevölkerung, die zunehmenden Migrations- und Flüchtlingsbewegungen sowie durch den europäischen Integrationsprozess.

Auch das griechische Berufsbildungssystem unterliegt all diesen Einflüssen und Reformzwängen. Die seit 2009 anhaltende Wirtschaftskrise in Griechenland, die tiefe Rezession und die Minimierung der öffentlichen Ausgaben erschweren Reformvorhaben jedoch enorm.

1.1 Soziale und kulturelle Rahmenbedingungen

1.1.1 Geografie und Kultur

Griechenland befindet sich im östlichen Mittelmeer auf der südlichen Balkanhalbinsel und grenzt an Albanien, Nordmazedonien, Bulgarien und die Türkei. Das Land ist in 13 geografische und politische Regierungsbezirke [Περιφέρειες, Peripherien] unterteilt, weist jedoch in den Großräumen rund um Athen und Thessaloniki eine sehr hohe Konzentration der Bevölkerung auf (etwa 50 %). Das Land hat eine Gesamtfläche von 132.049 km². Das Festland ist überwiegend gebirgig mit nur wenigen Ebenen; knapp 19 Prozent der Gesamtfläche (25.042 km²) verteilen sich auf über 3.000 Inseln (Inseln und Felseninseln), von denen 112 permanent bewohnt sind.

Knapp 98 Prozent der Bevölkerung spricht Neugriechisch, einen Zweig der indogermanischen Sprache, welcher aus dem Altgriechischen stammt. Die ersten Sprachdenkmäler der griechischen Sprache lassen sich in die Zeit zwischen 1400 und 1200 v. Chr. datieren. Das Neugriechisch in der Form von „Demotiki“ [Δημοτική, Volkssprache] gilt seit 1976 als offizielle Landessprache. Bis dahin wurde das „Katharevousa“

[Καθαρεύουσα, Reinsprache] – eine geschriebene Kunstsprache – in der Verwaltung, an Schulen und Hochschulen sowie in der Presse genutzt.

Die religiöse Zugehörigkeit spielt eine erhebliche Rolle für die griechische nationale Identität. Obwohl die persönliche Religions- und Glaubensfreiheit laut Verfassung unantastbar ist, wird die griechisch-orthodoxe Konfession in der Verfassung als die vorherrschende Religion genannt, der rund 97 Prozent der Bevölkerung angehören. Die griechisch-orthodoxe Kirche ist keine Staatskirche, wird jedoch trotzdem vom Staat unterstützt. Eine vollständige Trennung zwischen Kirche und Staat ist aufgrund der Rolle der Kirche in der Geschichte Griechenlands nie vollzogen worden.

1.1.2 Demografie

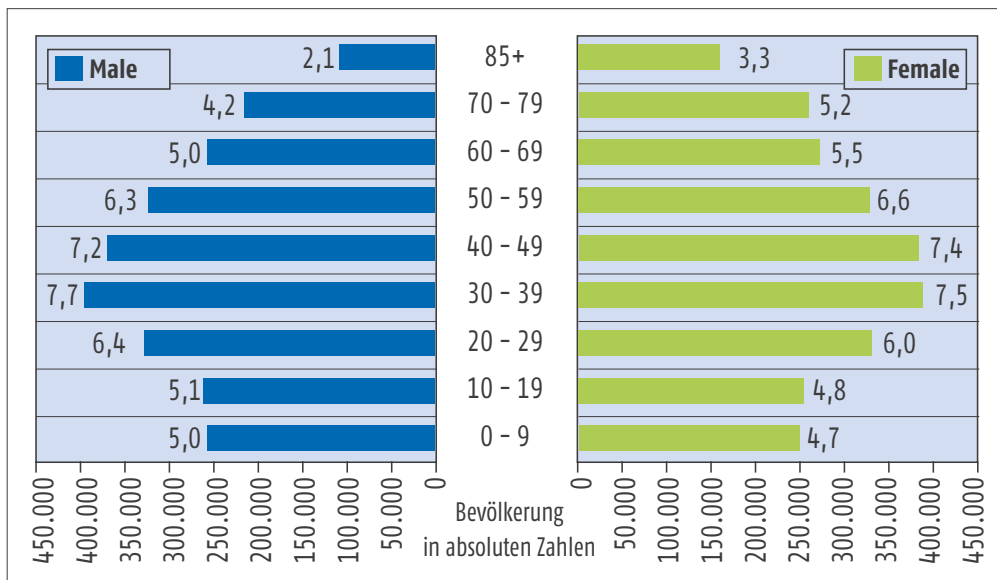
Die Bevölkerungsentwicklung verzeichnete lange Zeit eine stetige Zunahme. Die Bevölkerungsdichte betrug im Jahr 1961 63,6 Personen pro Quadratkilometer und stieg bis 2011 auf 83,09 Personen pro Quadratkilometer, lag damit aber immer noch weit unterhalb des EU-Durchschnitts von 116 Personen pro Quadratkilometer. In Deutschland bspw. lag die Bevölkerungsdichte im Jahr 2010/2011 bei 229 Personen pro Quadratkilometer.

Laut EUROSTAT² ist die Bevölkerungsentwicklung in Griechenland von 2014 auf 2015 um 21,8 Prozent zurückgegangen (i. e. Zahl der Sterbenden minus die Zahl der lebenden Geburten), ein alarmierender Trend für das demografische Gleichgewicht. Sowohl der massive Geburtenrückgang und die negative Entwicklung aller demografischen Indikatoren als auch der seit 2012 verstärkt zu verzeichnende „brain drain“ werden als unmittelbare Folgen der tiefen Rezession interpretiert und drohen, die demografische Entwicklung Griechenlands langfristig aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Nachfolgende Darstellung (vgl. Abbildung 1) zeigt die Bevölkerungsverteilung nach Geschlecht und Alter.

2 Quelle: EUROSTAT. URL: http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/images/f/f6/Demographic_balance%2C_2014_%28thousand%29_YB15-de.png (Stand: 28.06.2017).

Abbildung 1: Bevölkerungspyramide nach Geschlecht und Alter [in %] [2018]



Quelle: Hellenisches Statistisches Amt (ELSTAT): Greece in figures, III. Quartal 2016, S. 15, eigene Übersetzung. URL: http://www.statistics.gr/documents/20181/1515741/GreeceInFigures_2018Q4_EN.pdf/e64eb95a-766b-4540-847b-43dd555b5aa4 (Stand: 10.04.2019).

Nicht nur der Geburtenrückgang, die Alterung der Bevölkerung und die zunehmende Auswanderung aufgrund der Krise verändern Griechenlands Demografie (vgl. ELSTAT, 2014). Bereits in den 1990er-Jahren hat sich Griechenland von einem Auswanderungs- zu einem Einwanderungsland entwickelt. Die im Ausland geborene Bevölkerung bildete 2015 11,5 Prozent der Gesamtbevölkerung (ca. 1.243.000 Personen). Mehrheitlich stammten die Immigrantinnen und Immigranten aus Drittstaaten (8,3 %), während die EU-Ausländer/-innen nur noch 3,2 Prozent der Bevölkerung ausmachten³. Die Zuwanderung Griechenlands ist maßgeblich durch den Zusammenbruch der ehemaligen Ostblockstaaten bedingt. Die Immigrantinnen und Immigranten kommen aus Ländern mit griechischer Diaspora (wie z. B. der ehemaligen Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, GUS), aus südosteuropäischen Ländern (insbesondere Albanien) sowie aus Nordafrika und Asien.

Seit Beginn des Syrienkriegs kommt zusätzlich zu den Einwanderern aus Drittstaaten eine sehr große Anzahl von Geflüchteten und Migrantinnen/Migranten aufgrund lebensbedrohlicher Bedingungen aus den Kriegsgebieten nach Griechenland. Die meisten stammen aus Syrien, Afghanistan und aus dem Irak. Über die Ägäis kommend,

³ Quelle: EUROSTAT: Statistic explained. URL: http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/images/e/e0/Foreign-born_population_by_country_of_birth%2C_1_January_2015_%28%2%B9%29_YB16-de.png (Stand: 29.06.2017).

strandeten sie auf den griechischen Inseln Lesbos, Samos, Chios, Kos und Leros. Seit der Schließung der Balkanroute im Jahr 2014 halten sie sich unter oft unwürdigen Bedingungen in überfüllten Camps (Hot Spots) auf (vgl. Gavalakis/Katsioulis 2016). Anfang 2017 befanden sich offiziell etwa 60.500 Geflüchtete und Migrantinnen/Migranten in Griechenland. Die Dunkelziffer ist jedoch wesentlich höher, da viele Personen nicht registriert sind.⁴ Lange Zeit zeigte sich die griechische Gesellschaft gegenüber den ankommenden Geflüchteten sehr hilfsbereit. Vor allem auf den griechischen Inseln und in den Regionen, die nicht über die notwendigen Kapazitäten verfügen, kippt die Stimmung jedoch langsam. Überall dort, wo die Infrastruktur nicht ausreicht und die Geflüchteten unter schlechten Bedingungen untergebracht werden, kommt es zu Ausschreitungen zwischen rivalisierenden ethnischen und religiösen Gruppen von Eingewanderten sowie zwischen Anhängern der rechtsextremen Partei „Goldene Morgenröte“, die die Stimmung anheizen, und linken Unterstützungsgruppen. Insbesondere die ägäischen Inseln gegenüber der türkischen Ostküste, die die meisten Geflüchteten aufgenommen haben, leiden nicht nur unter der allgemein schlechten sozialen und wirtschaftlichen Situation, sondern sind zusätzlich von einem massiven Rückgang des Tourismus betroffen (bis zu 40 % auf manchen Inseln)⁵ (vgl. Gavalakis/Katsioulis 2016). Die hohe Zahl an Geflüchteten und Migrantinnen/Migranten, die von 2014 bis 2015 über die Ägäis griechischen Boden betraten, in Kombination mit der miserablen wirtschaftlichen Situation erschwerte eine adäquate Reaktion der griechischen Politik auf dieses Problem.

Erst langsam wird in Griechenland erkannt, dass es nicht nur ein Transitland ist. Im August 2016 präsentierte die Regierung gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen ein Programm für die Integration von Flüchtlingskindern ins Bildungssystem. Kinder zwischen vier und sieben Jahren werden in den Camps unterrichtet, während Kinder zwischen sieben und fünfzehn Jahren in Integrationsklassen der Nachbarschulen aufgenommen werden, wo sie Griechisch und eine zweite Sprache lernen sollen. Im Januar 2017 waren jedoch laut Bildungsministerium 70 Prozent der Kinder immer noch nicht in dieses spezielle Programm integriert.⁶

1.1.3 Soziale Situation

2009 brach in Griechenland eine Krise aus. Was zunächst als fiskalische Krise startete, mündete dann in eine wirtschaftliche, soziale und politische Krise. Seit dem Frühjahr 2010 ist der griechische Staat bei der Refinanzierung seiner Staatsschulden auf die Hilfe öffentlicher internationaler Institutionen angewiesen. Die öffentlichen Gläubiger knüpfen ihre Hilfskredite an Bedingungen, die durch die Europäische Zentralbank (EZB), die Europäische Kommission und den Internationalen Währungsfonds (IWF) vorgege-

4 Pressemitteilung des Bildungsministeriums: <http://www.minedu.gov.gr> (Stand: 2017).

5 153.000 Flüchtlinge hat bspw. die Insel Samos seit 2014 aufgenommen, dreimal mehr als seine Einwohner/-innen, während die Touristenzahlen um die Hälfte fielen (vgl. Gavalakis/Katsioulis 2016).

6 Pressemitteilung des Bildungsministeriums: <http://www.minedu.gov.gr> (Stand: 2017).

ben werden. Diese Bedingungen zielen auf die Kürzung der Staatsausgaben bei gleichzeitiger Erhöhung der Steuereinnahmen, um Primärüberschüsse im Staatshaushalt zu erzielen, auf eine „interne Abwertung“ durch Lohn- und Preisdeflation, um die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft zu steigern, sowie auf „strukturelle Reformen“, u.a. die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die Deregulierung von Produkt- und Dienstleistungsmärkten, die Privatisierung von öffentlichem Eigentum, Kürzungen im Sozial- und Pensionsbereich und eine Verschlankung des Sozialstaates.

Die soziale Situation hat sich in den letzten Jahren erheblich verschlechtert (vgl. Sotiropoulos 2014; Matsaganis/Leventi 2014). Das Bruttoinlandsprodukt ist in der Zeit von 2008 bis 2013 um 26 Prozent gesunken, ein beispielloser Verlust an Wirtschaftskraft eines Landes in Friedenszeiten. Die Rezession hat in Griechenland in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens tiefe Einschnitte hinterlassen, deren Überwindung voraussichtlich Jahrzehnte dauern wird.

Die Zahl der Arbeitslosen stieg im benannten Zeitraum um rund eine Million. Im Oktober 2013 waren in Griechenland offiziell rund 1,4 Millionen Menschen ohne Arbeit, das entspricht einer Quote von 27,8 Prozent. Laut Eurostat war dies die höchste Arbeitslosenquote in der EU (EUROSTAT 2014).

Negativ hat sich auch die NEET-Quote (Youth not in Education, Employment or Training) entwickelt, d. h. der relative/prozentuale Anteil junger Menschen im Alter zwischen 15 und 24 bzw. 29 Jahren an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung, die sich weder in einer Bildungs- oder Ausbildungsmaßnahme befinden noch einer Erwerbstätigkeit nachgehen (siehe Tabelle 1 und 2).

Tabelle 1: NEET-Quote der 15- bis 24-Jährigen in Griechenland und der EU-28 [in %]

	2005	2007	2009	2011	2013	2015
Griechenland	15,9	11,3	12,4	17,4	20,4	17,2
EU-28	12,7	11,0	12,4	12,9	13,0	12,0

Quelle: EUROSTAT: Young people neither in employment nor in education and training by sex, age and educational attainment level (NEET rates). URL: http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=yth_em-pl_160&lang=en (Stand: 19.01.2017).

Tabelle 2: NEET-Quote nach Altersgruppen und erreichtem Bildungsstand in Griechenland [in %] [2015]

Erreichter Bildungsstand	15-19 Jahre	20-24 Jahre	25-29 Jahre
Elementarbereich, Primar- und Sekundarbereich I (ISCED-Ebenen 0 bis 2)	2,3	5,6	6,7
Sekundarbereich II und nicht tertiäre Bildung nach dem Sekundarbereich II (ISCED-Ebenen 3 bis 4)	6,1	15,5	15,0
Tertiäre Bildung (ISCED-Ebenen 5 bis 8)	–	5,0	14,4

Quelle: EUROSTAT: Young people neither in employment nor in education and training by sex, age and educational attainment level (NEET rates). URL: http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=yth_em-pl_160&lang=en (Stand: 19.01.2017).

Diese Quote ist zwischen 2007 und 2011 um 55 Prozent gestiegen und lag 2012 im europäischen Vergleich mit 23,2 Prozent auf dem zweiten Platz hinter Bulgarien (EUROFOUND 2012). Die große Zahl der NEETs verursacht hohe volkswirtschaftliche Kosten, die in Griechenland laut Eurofound (ebd., S. 77) bei mehr als 2 Prozent des BIP liegen.

1.1.4 Bildung

Aufgrund der geografischen Struktur Griechenlands mit seinen vielen Inseln und Gebirgen werden Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten hauptsächlich zentral in den Städten angeboten, wo über 70 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes leben.

Nichtsdestotrotz wurde das Qualifikationsniveau der erwerbstätigen Bevölkerung innerhalb der letzten Jahrzehnte entscheidend angehoben (siehe Tabelle 3). Während 1971 nur 2,4 Prozent der Gesamtbevölkerung einen universitären Abschluss besaßen, waren es 2017 bereits 43,7 Prozent der Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen. Fortschritte konnten auch in der Schulabbruchquote verzeichnet werden: Diese verringerte sich von 15,1 Prozent im Jahr 2006 auf sechs Prozent im Jahr 2017. Diese Fortschritte bei der Erreichung der europäischen Benchmarks konnten erzielt werden, obwohl das Budget für Bildung in der Zeit zwischen 2009 und 2015 um 36 Prozent gekürzt wur-

de⁷. Die Beteiligung am lebensbegleitenden Lernen stagniert dagegen seit Jahren zwischen drei und vier Prozent und bleibt weit unterhalb des europäischen Durchschnitts von 10,9 Prozent. Zudem lassen sich zum Teil große Unterschiede im Hinblick auf Geschlecht und Migrationsstatus bei der Bildungsbeteiligung erkennen. So erreichten im Jahr 2014 nur 8,4 Prozent der im Ausland geborenen 30- bis 34-Jährigen einen tertiären Bildungsabschluss, während die Quote für die Einheimischen bei ca. 40 Prozent lag (EU-Durchschnitt: 28,6 %).

Tabelle 3: Bildungsindikatoren in Griechenland und der EU-28 [in %] [2006–2017]

Frühe Schul- und Ausbildungsabgänger im Alter von 18 bis 24 Jahren											
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2017 ⁸
Griechenland	15,1	14,3	14,4	14,2	13,5	12,9	11,3	10,1	9,0	7,9	6
EU-28	15,3	14,9	14,7	14,2	13,9	13,4	12,7	11,9	11,2	11,0	10,6
Abschluss im Tertiärbereich im Alter von 30 bis 34 Jahren											
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2017
Griechenland	26,9	26,3	25,7	26,6(*)	28,6	29,1	31,2	34,9	37,2	40,4	43,7
EU-28	29,0	30,1	31,1	32,3	33,8	34,8	36,0	37,1	37,9	38,7	39,9
Beteiligung Erwachsener am lebensbegleitenden Lernen im Alter von 25 bis 64 Jahren											
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2017
Griechenland	2,1	2,4	3,2	3,5	3,3	2,8	3,3	3,2	3,2	3,3	4,5
EU-28	9,6	9,4	9,5	9,5	9,3	9,1	9,2	10,7	10,8	10,7	10,9

Quelle: European Commission: Education and Training Monitor 2016, Greece. URL: https://ec.europa.eu/education/sites/education/files/monitor2016-el_en.pdf (Stand: 19.01.2017).

1.2 Politische und rechtliche Rahmenbedingungen

Griechenland ist eine parlamentarische Präsidialdemokratie. Die Exekutive unterliegt großteils der Regierung sowie zu einem kleineren Teil auch dem Staatspräsidenten. Laut Verfassung geht alle Gewalt vom Volke aus, besteht zu dessen Wohl und wird nach den Bestimmungen der Verfassung ausgeübt. Die heutige Staatsform geht auf das Referendum von 1974 zur Abschaffung der Monarchie zurück, mit welchem im Anschluss an eine siebenjährige Militärdiktatur eine Wiedereinführung der Republik erfolgte. 1952 wurde Griechenland Mitglied des NATO-Bündnisses, 1961 Gründungsmitglied der OECD, 1962 trat das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

7 Quelle: European Commission: Education and Training Monitor 2015. URL: http://ec.europa.eu/education/tools/docs/2015/monitor2015-greece_en.pdf (Stand: 28.06.2017).

8 Quelle: European Commission: Education and Training Monitor 2018. URL: https://ec.europa.eu/education/sites/education/files/document-library-docs/et-monitor-factsheet-2018-greece_en.pdf (Stand: 16.02.2019).

(EWG) in Kraft, und seit 1981 ist das Land volles Mitglied der Europäischen Union. Griechenland ist zudem Mitglied der Vereinten Nationen (UN), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und des Europarates.

Die innenpolitische Entwicklung ist von Instabilität und Krisen geprägt. Monarchie und Republik lösten sich seit der Unabhängigkeit des griechischen Staates 1830 mehrfach gegenseitig ab. Darüber hinaus gab es in den Jahren 1936 und 1967 Staatsstreich durch das Militär. Nach dem Sturz der Militärdiktatur 1973 und freien Wahlen wurde die Monarchie mittels einer Volksabstimmung abgeschafft und der Regimewandel [Μεταπολίτευση, Metapoliteusi], d. h. die Rückkehr zur Demokratie nach der Militärdiktatur und die Abschaffung der Monarchie, wurde vollzogen.

Zwei historische Ereignisse sind für die griechische Geschichte im 20. Jahrhundert von grundlegender Bedeutung: erstens die sogenannte „kleinasiatische Katastrophe“, die dem griechisch-türkischen Krieg von 1922 bis 1923 folgte. Sie führte zu einem Bevölkerungsaustausch aufgrund von Religionszugehörigkeit und zu einer Revision der Grenzen der Türkei und Griechenlands (Vertrag von Lausanne). Etwa 1,4 Millionen Griechen wurden aus Kleinasien vertrieben und als Flüchtlinge in Griechenland aufgenommen; im Gegenzug wurden knapp eine halbe Million Muslime vom griechischen Festland nach Kleinasien umgesiedelt; zweitens die deutsche Besatzung in den Jahren von 1941 bis 1944. Sie führte zu hunderttausenden Toten, der Zerstörung der Infrastruktur und zu einer Spaltung der griechischen Gesellschaft in Partisanen auf der einen und Kollaborateuren auf der anderen Seite, die schließlich in einen Bürgerkrieg mündete (1944 bis 1949).

Das Land wird seit der letzten Reform von 2011 [„Kallikratis Reform“, Gesetz Nr. 3852/2010] politisch in 13 geografische und politische Regionen [Peripherien] unterteilt und von dort aus verwaltet. Die Peripherien untergliedern sich wiederum in 325 Gemeinden [Δήμοι, Demoi]. Zudem gewährt die Verfassung von 1975 der Mönchsrepublik Athos auf der Halbinsel Chalkidiki eine autonome Verwaltung. Mit der Gebietsreform wurden umfangreiche Kompetenzen dezentralisiert und auf die Gemeinden und Regionen übertragen sowie mehr finanzielle Mittel der kommunalen Selbstverwaltung zugeteilt. Die Regionen verfügen nunmehr über umfangreiche Kompetenzen, u. a. für den Aufbau und die Entwicklung der Region sowie hinsichtlich der Planung und Durchführung regionaler Großprojekte. Die Regionalpräsidenten [Περιφερειάρχες, Peripheriarchen] werden alle fünf Jahre von den Einwohnerinnen und Einwohnern der jeweiligen regionszugehörigen Gemeinden gewählt. Mit der Gebietsreform wurde der Versuch einer Dezentralisierung unternommen, um dadurch auch der weitverbreiteten Landflucht entgegenzuwirken, welche ein großes wirtschaftliches, kulturelles und vor allem soziales Problem darstellt.

Griechenland hat ein Einkammerparlament [Βουλή, Vouli] mit 300 Sitzen, welches die Legislative bildet. 288 der Abgeordneten werden in freien demokratischen, geheimen Wahlen für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt. Ihre Anzahl entspricht den An-

teilen der Bevölkerung in den einzelnen Wahlkreisen. Die restlichen zwölf Abgeordneten werden von den Parteien über Parteilisten gewählt.

Das geltende Wahlrecht Griechenlands bestimmt die Verteilung der Parlamentssitze zwischen den Parteien und den Wahlbündnissen und ist eine Mischung aus dem Mehrheitswahlrecht und dem Verhältniswahlrecht. Ein verstärktes Verhältniswahlrecht verhindert das Entstehen vieler Splitterparteien und lässt parlamentarische Mehrheiten zu. Seit 1932 besteht in Griechenland eine Wahlpflicht für alle wahlberechtigten Staatsbürger/-innen, obwohl ein Fernbleiben nicht sanktioniert wird. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung liegt bei etwa 80 Prozent, obwohl sie bei den letzten Wahlen stark zurückgegangen ist (bei den Wahlen im September 2015 lag diese bei 55 %).

In den 1990er-Jahren wurde unter dem Einfluss der Europäischen Union eine Reihe von Modernisierungsmaßnahmen in verschiedenen Bereichen des politischen und sozialen Lebens vorgenommen. Anfang der 1990er-Jahre kam es zu einer grundlegenden Veränderung des griechischen Tarifrechts, mit dem die tarifliche Autonomie gestärkt wurde (Gesetz Nr. 1876/1990). Der soziale Dialog wurde 1994 (Gesetz Nr. 2234/1994) mit der Gründung des Ökonomischen und Sozialen Ausschusses [Ökonomiki kai Koinoniki Epitropi, OKE] nach dem Modell des Ökonomischen und Sozialen Ausschusses der Europäischen Kommission institutionalisiert. Der OKE als beratendes Gremium für ökonomische und soziale Angelegenheiten koordiniert seither den sozialen Dialog und formuliert Empfehlungen und Gutachten (u. a. zu Beschäftigung, Sozialschutz, Gesundheit und auch Bildung). Die Einbeziehung des OKE als institutionalisiertes beratendes Gremium auf nationaler Ebene erfolgte jedoch nicht in dem Maße, wie ursprünglich einmal angedacht, teilweise wegen mangelnden Vertrauens in die Dynamik und Effizienz des Gremiums, teilweise weil das Gremium den Glauben an seine Zuverlässigkeit durch parteiische Politik und interne Machtkämpfe selbst untergrub.

In der Regierungszeit von Premierminister K. Simitis von 1996 bis 2004 wurde der Weg der Modernisierung und Europäisierung weiter vorangetrieben, indem Griechenland Mitglied der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wurde. Der Eintritt Griechenlands in die Eurozone bestätigte den Reformwillen und die proeuropäische Orientierung der griechischen Republik.

In dieser Zeit ist auch eine inhaltliche Annäherung der Regierungsparteien der Sozialisten (PASOK) und der Konservativen (Nea Dimokratia), die abwechselnd die Regierung stellten, an die Mitte des politisch-ideologischen Spektrums zu beobachten. Rechtsextreme Parteien waren hingegen lange Zeit ohne politische Bedeutung. Die Finanzkrise 2009 stellte diesbezüglich aber eine Zeitenwende dar, denn die Krise brachte das latente rechtspopulistische und rechtsradikale Potenzial innerhalb der Bevölkerung an die Oberfläche. Dieses rechtsradikale Gedankengut wurde unter dem Deckmantel einer antikapitalistischen und antieuropäischen Rhetorik verbreitet und erreichte während der großen Proteste 2011 und 2012 große Bevölkerungsschichten und Wähler/-innen der etablierten Parteien. Das Vertrauen in die politischen Institutionen,

in die etablierten Regierungsparteien und in die Justiz ist im Zuge der Krise sehr stark zurückgegangen, während die Goldene Morgenröte (Chrysi Avgi), eine rechtsradikale Partei, die sich offen zum Nationalsozialismus bekennt, „einen großen Sprung von der parteipolitischen Bedeutungslosigkeit auf die zentrale politische Bühne des Krisenlandes Griechenland vollzogen“ hat (Georgiadou 2013, S. 81). Zwischen den Wahlen von 2009 und 2012 erhöhte sie ihre Wählerstimme von ca. 20.000 auf rund 440.000; bei den Wahlen 2015 wurde sie sogar drittstärkste Partei im Parlament. Das parteipolitische System befindet sich seither in einer Übergangsphase, da durch die Krise auch dieses System stark infrage gestellt wird.

Auch der Einfluss der Gewerkschaften sowie ihre Verhandlungsmacht sind während der Krise dramatisch geschwächt worden. Der hohe Grad der Segmentierung des Arbeitsmarktes (Erwerbstätige im öffentlichen Sektor vs. Erwerbstätige in der Privatwirtschaft) spiegelt sich auch in der Gewerkschaftslandschaft wider. Diese zwei Beschäftigungsgruppen werden von verschiedenen nationalen Dachverbänden vertreten, nämlich vom Dachverband der Griechischen Arbeitnehmer (GSEE), der die Beschäftigten in der Privatwirtschaft vertritt, und vom Dachverband der gewerkschaftlichen Verbände der Angestellten und Beamten des Öffentlichen Dienstes (ADEDY), der die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst vertritt. Letzterer ist in viele kleine mitgliederschwache Verbände aufgespalten. Dies und die Abhängigkeit von den politischen Parteien führt dazu, dass die Einheit und Effektivität der gewerkschaftlichen Bewegung gering ist.

Seit Beginn der Krise musste Griechenland ein beispielloses wirtschaftliches Anpassungsprogramm durchlaufen, das besonders Arbeitnehmer/-innen schwer getroffen und den Dialog der Sozialpartner erheblich erschwert hat. Als Folge der anhaltenden ökonomischen Krise und des Einflusses der „Troika“ (IWF, EZB und Europäische Kommission) auf die politischen Entscheidungen sind Arbeitsrecht, Arbeitsbeziehungen und Tarifautonomie dereguliert und die Rechte der Arbeitgeber in der Folge übermäßig gestärkt worden.

Die Krise hat die arbeitsrechtliche Absicherung der Arbeitnehmer/-innen, insbesondere hinsichtlich der Teilzeitbeschäftigung und befristeter Beschäftigungsverhältnisse sowie des Kündigungsschutzes verschlechtert. Der Staat hat auf Drängen der internationalen Gläubiger hin den Arbeitsmarkt flexibilisiert und bis hin zur Außerkraftsetzung von Tarifverträgen dereguliert. Im Gegenzug hat die Schwarzarbeit zugenommen (Internationale Arbeitsorganisation, vgl. ILO 2017).

Das dritte Anpassungsprogramm, das von der Regierungskoalition der Koalition der radikalen Linken (SYRIZA) mit der rechtspopulistischen Partei der Unabhängigen Griechen (ANEL) unterschrieben wurde, sieht u. a. vor, dass die bisherigen Entwicklungen unter Beteiligung unabhängiger Experten, darunter auch die ILO, evaluiert werden.

Aufgrund dieser Entwicklungen und des bestehenden Misstrauens und Ungleichgewichts zwischen den Sozialpartnern scheint es derzeit äußerst schwierig zu sein, Vertrauen zwischen den Sozialpartnern aufzubauen und ein Klima der konstruktiven

Zusammenarbeit, nicht zuletzt auch in Bezug auf Themen der beruflichen Bildung, zu schaffen.

1.3 Ökonomische Rahmenbedingungen

Trotz fiskalischer und wirtschaftlicher Krise zählt Griechenland gemäß dem Index der menschlichen Entwicklung (Human Development Index, HDI⁹) zu den sehr hoch entwickelten Staaten (Rang 29 im Jahr 2015).

Im Hinblick auf die ökonomischen Rahmenbedingungen ist ein Strukturwandel zu beobachten. Griechenland hat sich wie viele Länder zu einer Dienstleistungsgesellschaft entwickelt. Dieser Wandel geht mit einem massiven Rückgang in der Landwirtschaft und Industrie einher. Im Dienstleistungssektor haben insbesondere Tourismus und Handel eine hohe Bedeutung für die Wirtschaft. Das Verarbeitende Gewerbe nimmt in Griechenland im Vergleich zu anderen hochentwickelten Staaten eine relativ geringe Rolle ein. Wesentliche Anteile des Industriesektors gehören zum Ernährungsgewerbe und zur Metallverarbeitung.

Die seit 2009 anhaltende Krise hat jedoch alle ökonomischen Parameter verschlechtert und die strukturellen Probleme der griechischen Wirtschaft, des Arbeitsmarktes, des Gesundheits- und Sozialversicherungssystems und nicht zuletzt des Bildungssystems verschärft. Zudem hat das Zusammenwirken von staatlichen Kürzungsprogrammen und Lohnsenkungen eine fatale Abwärtsspirale in Gang gesetzt. Das griechische Bruttoinlandsprodukt ist massiv zurückgegangen, die Arbeitslosigkeit dramatisch angestiegen, und auch die Staatsverschuldung hat sich weiter vergrößert. Die ökonomischen und sozialen Auswirkungen der Austeritätspolitik¹⁰ sind somit immens.

Mehr als 30 Prozent der griechischen Bevölkerung lebt inzwischen nahe oder unter der Armutsgrenze. Die drastischen Budgetkürzungen haben dazu geführt, dass das öffentliche Gesundheitswesen vor dem Kollaps steht und sich das öffentliche Schulwesen in einem desolaten Zustand befindet. Darüber hinaus hat die Auswanderung stark zugenommen – allein in Deutschland ist die Zahl der Immigrantinnen und Immigranten aus Griechenland zwischen 2011 und 2012 um 73 Prozent gestiegen (vgl. Polychroniou 2013; Lazaretou 2016).

Die Arbeitslosigkeit ist die höchste im Euroraum: 2016 lag sie im ersten Quartal bei 24,9 Prozent (siehe Tabelle 4). Davon betroffen sind alle Altersgruppen und beide

9 Der HDI des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen erfasst die durchschnittlichen Werte eines Landes in grundlegenden Bereichen der menschlichen Entwicklung. Dazu gehören z. B. die Lebenserwartung bei der Geburt, das Bildungsniveau sowie das Pro-Kopf-Einkommen. Quelle: UNDP: Human Development Data (1990–2017). URL: <http://hdr.undp.org/en/data> (Stand: 28.06.2017).

10 Austerität: Der Begriff stammt ursprünglich aus dem Griechischen Wort „Αυστηρότητα“ (= Strenge). Das Wort findet im ökonomischen Sinne Verwendung als Bezeichnung für eine strenge Sparpolitik des Staates und taucht seit der Schuldenkrise immer häufiger in den Medien auf.

Geschlechter (siehe Tabelle 4 und 5). Auch Hochqualifizierte finden keine Arbeit. Die Beschäftigungsquote der Männer zwischen 30 und 44 Jahren ist in den Jahren von 2008 bis 2013 um mehr als 20 Prozent gesunken, von 94 auf 74 Prozent. Die sozialen Folgen für die Familien liegen auf der Hand, zumal die meisten Betroffenen in Haushalten leben, in denen mittlerweile keiner der Erwerbsfähigen mehr über ein Einkommen verfügt. Selbst diejenigen, die Arbeit haben, müssen starke Einkommenseinbußen sowie unregelmäßige oder verspätete Lohnzahlungen hinnehmen. Angesichts dessen, dass einer/eine von fünf Arbeitslosen bereits seit Beginn der Krise ohne Arbeit ist und einer von drei Arbeitslosen noch nie einer Arbeit nachgehen konnte, wird deutlich, dass sich hinter den Dimensionen und der Struktur der griechischen Arbeitslosigkeit ein exorbitant hohes Risiko des sozialen Ausschlusses verbirgt. Dies wiederum kann unabsehbare Folgen auf das wirtschaftliche, soziale, aber auch auf das politische Gefüge haben.

Tabelle 4: Arbeitslosenquote und Arbeitslose nach Altersgruppen

Alter	Arbeitslosenquote (in Prozent)					Arbeitslose (in Tausend)	
	2009 (1. Quartal)	2010 (1. Quartal)	2014 (1. Quartal)	2015 (1. Quartal)	2016 (1. Quartal)	2009 (1. Quartal)	2016 (1. Quartal)
15-19 Jahre	33,7	33,5	71,6	59,7	62,4	16,8	16,3
20-24 Jahre	24,0	30,2	54,6	51,0	49,6	78,6	113,7
25-29 Jahre	14,8	17,8	42,4	39,7	35,9	99,3	186,7
30-44 Jahre	8,6	11,1	26,7	25,7	23,4	186,9	489,2
45-64 Jahre	5,5	7,4	20,3	20,4	20,4	94,3	380,5
65 Jahre und älter	0,9	1,1	12,6	9,3	12,3	0,8	8,8
Total	9,5	11,9	27,8	26,6	24,9	476,7	1.195,1

Quelle: Hellenisches Statistisches Amt (ELSTAT): Labour Force Survey, verschiedene Jahre, eigene Übersetzung.

Tabelle 5: Arbeitslose nach erreichtem Bildungsstand [in %] [III. Quartal 2016]

Erreichter Bildungsstand	Total	Altersgruppen					
		15-19 Jahre	20-24 Jahre	25-29 Jahre	30-44 Jahre	45-64 Jahre	65 Jahre und älter
Beide Geschlechter	100	1,6	9,3	15,2	40,9	32,2	0,9
Erreichung eines Hochschulabschlusses nach dem ersten Zyklus (EQR ¹¹ 7, 8)	2,1	0,0	0,8	2,9	2,7	1,4	0,0
Abgeschlossene tertiäre Bildung (EQR 6)	23,8	0,0	18,3	38,2	27,2	15,4	15,5
Abgeschlossene post-sekundäre, nicht tertiäre technische und berufliche Ausbildung (EQR 5)	11,8	2,8	16,6	12,9	14,4	7,1	6,2
Abgeschlossener Sekundarbereich II (EQR 4)	39,0	77,7	54,6	35,5	36,3	38,1	21,2
Abgeschlossener Sekundarbereich I (EQR 2)	11,0	15,6	5,6	5,8	11,2	14,5	14,9
Abgeschlossene Elementarbildung (EQR 1)	11,9	3,9	4,0	4,2	7,5	23,1	41,4
Keine abgeschlossene Elementarbildung	0,2	0,0	0,1	0,1	0,2	0,2	0,0
Keine Schule besucht	0,2	0,0	0,0	0,3	0,4	0,1	0,8

Quelle: Hellenisches Statistisches Amt (ELSTAT): Labour Force Survey, eigene Übersetzung.

Um das Bild der Massenarbeitslosigkeit in Griechenland zu vervollständigen und die Auswirkungen auf die Lage der Bevölkerung deutlich zu machen, lohnt ein Blick auf die Eckpfeiler der arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Regierung: Das Arbeitslosengeld besteht in Griechenland aus einem Einheitsbetrag von 360 Euro monatlich – unabhängig vom davor erzielten Einkommen – und wird maximal zwölf Monate gewährt, ohne eine Folgeunterstützung. Selbstständig Beschäftigte, die massiv von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, erhielten ebenso wie Jugendliche, die noch nie einer Arbeit nachgegangen sind, bis vor Kurzem keinerlei Unterstützung. 2010 betrug die Zahl der Arbeitslosen 639.000; davon bezogen 224.000 (35 %) Arbeitslosengeld. 2017 stieg diese Zahl auf 1.030.000 an, aber nur 121.000 bezogen Arbeitslosengeld (nur 12 %) (vgl. Matsaganis 2018a).

11 EQR: Europäischer Qualifikationsrahmen, vgl. Kap. 3.3, Tabelle 11.

Die soziale Absicherung der Arbeitslosen findet primär nicht im Rahmen des organisierten Sozialstaates, sondern mittels privater Unterstützung durch Großfamilien sowie durch informelle Netzwerke statt. Ein großer Teil der Renten wird privat zu Transferleistungen umfunktioniert und dient der sozialen Absicherung von Kindern und Enkelkindern.

Seit 2010 wurden auf Anweisung der Troika (EU-Kommission, EZB und IWF) eine Reihe von strukturellen Maßnahmen eingeleitet, die darauf abzielten, die griechischen Staatsfinanzen in den Griff zu bekommen und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu steigern. In der Folge wurden Reformen durchgeführt, welche den Arbeitsmarkt flexibler gestalteten, das Lohnniveau senkten, Arbeitnehmerrechte abbauten und Unternehmen gleichzeitig größere Spielräume einräumten. Der gesetzliche monatliche Mindestlohn wurde innerhalb eines Jahres von 751 Euro auf 586 Euro brutto, d. h. um 22 Prozent, gesenkt. Junge Arbeitnehmer/-innen unter 25 Jahren mussten sogar einen Einschnitt um 32 Prozent auf 510 Euro hinnehmen. Darüber hinaus wurden gesetzliche Abfindungszahlungen gekürzt, die maximale Dauer von Zeitverträgen auf drei Jahre erhöht und der Abschluss von Anschlussverträgen vereinfacht (die Karenzzeit beträgt lediglich 23 Tage).

Ein Abschluss neuer Tarifverträge oberhalb der abgesenkten gesetzlichen Mindeststandards ist aufgrund der ungleichen Kräfteverhältnisse der Sozialpartner kaum noch möglich. Die Krise hat die Position der Arbeitnehmer/-innen in allen Belangen verschlechtert und die Machtverhältnisse zugunsten der Arbeitgeber verschoben. Die von der Troika angekündigte Erholung der sozialen Lage ist jedoch ausgeblieben: Trotz Deregulierung des Arbeits- und Tarifrechts, trotz Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und trotz des massenhaften Angebots an „preiswerter“ Arbeit kam es bislang nicht zu einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft und damit zur Entstehung neuer Arbeitsplätze.

Zudem haben die griechischen Sozialsicherungssysteme im Zuge der Rezession im Euroraum und nach Einbruch der Wirtschaftskraft des Landes (26,5 % zwischen 2007 und 2013), der nur mit der Great Depression in den USA (30 % des BIP zwischen 1929 und 1932) verglichen werden kann, darin versagt, ein adäquates Sicherheitsnetz für all jene aufzubauen, die von der Krise am härtesten betroffen waren (vgl. Matsaganis 2018b).

2 Typische Berufsbildungsverläufe oder Ausbildungsgänge

In diesem Kapitel werden drei fiktive Berufsbildungsverläufe skizziert, die als Fallbeispiele für typische Berufsbildungsformen in Griechenland dienen. Die in den Beispielen genannten Institutionen und Bildungsprogramme werden dann in Kapitel 4 entsprechend erklärt.

2.1 Ausbildungsgang A: Lernen im beruflichen Lyzeum (EPAL)

Dimitris ist 17 Jahre alt und lebt mit seiner Mutter in einem Dorf in der Nähe der Stadt Veria in Nordgriechenland. Er weiß nicht genau, was er in seinem Leben später machen möchte; eins weiß er aber: Er will aus seinem Heimatort nicht wegziehen. Im Gymnasium war er kein guter Schüler, besonders geschichtliche Inhalte und Sprachen haben ihm Schwierigkeiten bereitet. Die Entscheidung, auf ein berufliches Lyzeum (EPAL) zu gehen, lag daher nahe. Die meisten Jungen aus seiner Clique wollten das EPAL in Veria besuchen, da dort zwischen verschiedenen beruflichen Fachrichtungen ausgewählt werden kann. Auch Dimitris entschied sich für diesen schulischen Werdegang, da er dort nicht so viele theoretische Fächer wie im allgemeinen Lyzeum (GEL) belegen muss, sondern praktische Tätigkeiten in den Laboren verrichten kann. Die erste Klasse des EPAL hat er bereits abgeschlossen. Derzeit besucht er die zweite Klasse mit dem Schwerpunkt „Informatik“. Er konnte schon immer gut mit Computern umgehen, und alte Computer auseinanderzunehmen und sie selbst zu reparieren, machte ihm Spaß. Außerdem würde künftig jeder so ein Gerät besitzen, seine Arbeit als Techniker oder Systemadministrator wäre somit gesichert. Die Klassengrößen sind klein, die Labore gut ausgestattet und die Lehrenden zeigen meist Verständnis, wenn die Schülerinnen und Schüler mal ohne Hausaufgaben in die Schule kommen. Schade nur, dass nur wenige Mädchen diese Schule besuchen – die meisten gehen auf das allgemeine Lyzeum im Stadtzentrum. Dimitris überlegt, nach der dritten Klasse ein Post-Lyzeum-Jahr [Μεταλυκειακό έτος, Metalykeiako etos] in einer sogenannten „Ausbildungsklasse“ [Τάξη μαθητείας, Taxi mathiteias] dranzuhängen, die neu eingeführt wurde und wofür momentan viel Werbung gemacht wird. Da könnte er praktische Erfahrungen in einer Firma sammeln, und die Schule würde ihm sogar den Ausbildungsplatz besorgen. Mit seinem Abschluss könnte er dann als Verkäufer in einem Computerfachgeschäft in Veria arbeiten oder in der Reparaturwerkstatt. Oder sollte er angesichts seines guten Notendurchschnitts lieber die Panhellenischen Prüfungen am Ende der dritten Klasse ablegen und an einer Fachhochschule studieren? Berufsschulabgänger werden durch eine spezielle Quote in den Fachhochschulen aufgenommen. In diesem Fall müsste er jedoch umziehen und noch länger finanziell von seiner Mutter abhängig sein. Es gibt viele Möglichkeiten, die es abzuwägen gilt – doch noch ist es nicht soweit, da Dimitris

zuerst die zweite und dritte Klasse zu Ende besuchen und die anstehenden Prüfungen bestehen muss.

2.2 Ausbildungsgang B: Duale Ausbildung in der Berufsschule (EPAS/OAED)

Zoe ist 18 Jahre alt und wird im zweiten Ausbildungsjahr an einer Berufsschule (EPAS) in Athen zur Friseurin ausgebildet. Ihre praktische Ausbildung absolviert sie in einem Friseursalon im Stadtteil Pefki. Nachdem sie die erste Klasse des allgemeinen Lyzeums (GEL) abgeschlossen hatte, wechselte sie zu einer der 51 Berufsschulen der Organisation für die Beschäftigung des Arbeitskraftpotenzials (OAED), um das Friseurhandwerk zu erlernen. Sie liebt die Farben, die Gerüche sowie die Frauengespräche im Salon. Ihre Eltern wollten, dass Zoe das GEL besucht und später studiert, damit sie ein besseres Leben hat – aber Zoes Noten waren nicht gut und Geld für Nachhilfeunterricht war nicht vorhanden. EPAS-Auszubildende erhalten während der praktischen Ausbildung 75 Prozent des Mindestlohnes der ungelernten Arbeiterin/des ungelernten Arbeiters; das war Zoe wichtig. Während ihre Freundinnen, die inzwischen die dritte Klasse des GEL besuchten, nun pausenlos für die Panhellenischen Prüfungen paukten, befand sie sich im zweiten Ausbildungsjahr, ging an vier Nachmittagen zur Berufsschule und arbeitete vormittags für sechs Stunden im Friseursalon. Besonders die finanzielle Unabhängigkeit von ihrer Familie war für sie sehr wichtig. Sie wusste jedoch, dass sie Glück mit ihrem Ausbildungsplatz hatte. Aus ihrem Bekanntenkreis hatte sie erfahren, dass sich nicht alle Arbeitgeber an die Regelungen im Ausbildungsvertrag hielten und die Auszubildenden manchmal viel länger arbeiten mussten, um den Ausfall regulärer Arbeitsplätze zu ersetzen. Nach Beendigung ihrer Ausbildung plant Zoe, in einem Friseursalon zu arbeiten. Und in ein paar Jahren, wenn sie genug Erfahrung gesammelt hat, möchte sie ihren eigenen Friseursalon eröffnen und damit die finanzielle Basis schaffen, um sich ihren Kinderwunsch zu erfüllen.

2.3 Ausbildungsgang C: Berufliche Spezialisierung in einem Berufsausbildungsinstitut (IEK)

Alexandros ist 23 Jahre alt und hat ein Abschlusszeugnis [Apolyterio, Απολυτήριο] aus dem allgemeinen Lyzeum (GEL) in Heraklion, Kreta. Seine Noten bei den Panhellenischen Prüfungen reichten für die Aufnahme an einer Universität nicht aus. So beschloss er, direkt nach der Schule den neunmonatigen Militärpflichtdienst anzutreten. Als er nach Heraklion zurückkam, suchte er nach einer Arbeit in der Tourismusbranche. Er fand eine Anstellung als Servicekraft an der Rezeption, trug Koffer, holte die Touristinnen und Touristen vom Flughafen ab und machte Einkäufe für das Hotelrestaurant. Er arbeitete zwölf Stunden am Tag und bekam den Mindestlohn, der inzwischen für Jugendliche unter 25 Jahren weniger als 480 Euro monatlich betrug. Als die Saison

zu Ende ging, wurde er arbeitslos und bekam Arbeitslosengeld in Höhe von 360 Euro. Für die Arbeit an der Rezeption, in der Buchhaltung und im Hotelmanagement wurden Hochschulabsolventinnen und -absolventen bevorzugt. Alexandros hatte keine Chance, mit seinem allgemeinen Abschlusszeugnis eine solche Anstellung zu finden. Nachdem er für zwei Jahre als Servicekraft gearbeitet hatte, entschied er sich für eine berufliche Spezialisierung in einem öffentlichen Berufsausbildungsinstitut (IEK). Seine Abschlussnoten waren gut, berufliche Erfahrung brachte er mit und auch das Mindestalter von 18 Jahren hatte er erreicht. An dem IEK bekam er die Möglichkeit, sich in einer bestimmten Fachrichtung zu spezialisieren. Die Fachrichtung religiöser Tourismus, die sich erst kürzlich etabliert hatte, schien ihm vielversprechend, da ihr in einem Land wie Griechenland mit Blick auf die Zukunft viel Potenzial beigemessen wurde. Zudem war die Konkurrenz nicht so groß wie bei den anderen Fachrichtungen, bspw. Informatik, Tourismus Management oder in paramedizinischen Berufen, in denen die Absolventinnen und Absolventen sich seit Jahren in den Arbeitsmarkt drängten. Die Ausbildung gefiel ihm, und finanziell stellte sie keine Herausforderung für Alexandros dar, da die Gebühren in den öffentlichen IEKs aufgrund der Krise bereits 2013 abgeschafft worden waren. Die Schwierigkeit bestand lediglich in der praktischen Ausbildung. Im fünften Semester der IEK-Ausbildung ist ein sechsmonatiges Praktikum vorgeschrieben; es bildet die Voraussetzung für die Ablegung der Abschlussprüfung sowie für den erfolgreichen Abschluss der Ausbildung. Da es sich jedoch um eine neue Fachrichtung handelte, waren keine geeigneten Praktikumsplätze auf dem Markt verfügbar. Alexandros las in den Zeitungen, dass der Bürgermeister von Thessaloniki den Pilgertourismus in seiner Stadt entwickeln und das jahrhundertlange und geschichtsträchtige Zusammenleben von Christen, Juden und Muslimen in den Mittelpunkt stellen wollte. Alexandros erkundigte sich, ob er sein Praktikum im Dezernat Kultur und Tourismus der Stadt [Demos, δήμος] Thessaloniki absolvieren könnte. Die positive Rückmeldung beflügelte ihn. Nach Abschluss seiner IEK-Ausbildung möchte sich Alexandros selbstständig machen und Pilgerfahrten anbieten. Die erste hat er bereits geplant: „Auf den Fußstapfen des Apostel Paulus.“

3 Das Bildungssystem im Überblick

Abbildung 2: Aufbau des Bildungssystems in Griechenland [2018]

		Schuljahre										Alter																											
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28										
Tertiärbereich	Quantärbereich	Bachelor Programme, Hochschulen [AEI, ATEI]	Höhere Berufsausbildung	Postsekundäre Ausbildung [IEK]	Berufsbildender Bereich (nicht Tertiärbereich)	Master Programme	Promotion																																
		Sekundärbereich II	Sonderschulen	Allgemeines Lyzeum [GEL]	Schulbasierte Berufsbildung [EPAL]	Teilweise Schulbasierte Berufsbildung [SEK]	Duale Berufsausbildung [EPAS]	Gymnasium [Gymnasio]																															
		Primärbereich	Sonderschulen	Volksschule [Demotiko]																																			
Elementarbereich	Sonderschulen	Kindergarten/Vorschule [Nepiagogeio]																																					

Grunddaten¹²

Tabelle 6: Zahl der Schüler/-innen und Studierenden [in %]

	1980	1990	2000	2010	2016
Anteil an der Bevölkerung	18,1	18,2	16,3	16,1	16,1
Im Vergleich: Anteil Erwerbspersonen	50,1	50,3	42,1	40,8	47,3

Quelle: Hellenisches Statistisches Amt (ELSTAT), eigene Übersetzung. URL: http://dlib.statistics.gr/portal/page/portal/ESYE/showdetails?p_id=10096437&p_derive=book&p_topic=10007901 (Bezugsjahr 1980) (Stand: 01.08.2017).
http://dlib.statistics.gr/portal/page/portal/ESYE/showdetails?p_id=10096443&p_derive=book&p_topic=10007901 (Bezugsjahr 1990) (Stand: 01.08.2017).

Tabelle 7: Schüler/-innen und Studierende nach Bildungsbereichen

	1999/2000	2011/2012	2013/2014
Elementarbereich [Νηπιαγωγεία]	145.472	165.931	160.994
Primarbereich [Δημοτικά]	643.475	633.291	625.165
Sekundarbereich I [Γυμνάσια]	368.560	332.005	319.950
Sekundarbereich II ¹³ [Allgemeine Lyzeen Γενικά Λύκεια]	251.236	247.717	241.905
Tertiärbereich ¹⁴ [Universitärer Sektor, AEI]	119.580	168.804	174.039
Tertiärbereich ¹⁵ [Technologischer Sektor, TEI]	76.589	106.104	99.389

Quelle: Hellenisches Statistisches Amt (ELSTAT), verschiedene Jahre, eigene Berechnungen und eigene Übersetzung.
 URL: http://www.statistics.gr/documents/20181/1515741/GreeceInFigures_2017Q2_GR.pdf/c48fd272-754a-486d-a463-99c6ab2cb681?version=1.5 (Stand: 01.08.2017).

- 12 Alle Daten stammen aus dem ELSTAT. Die Daten werden nach Jahrgängen präsentiert, dementsprechend ist die Zuordnung des jeweiligen Links nicht immer möglich.
- 13 Der berufsbildende Bereich (EPAL, EPAS) wird in dieser Statistik nicht berücksichtigt.
- 14 Studierende, die die Regelstudienzeit überschritten haben, werden in dieser Statistik nicht berücksichtigt. Im akademischen Jahr 2011/2012 waren es 183.986; im akademischen Jahr 2013/2014 193.207.
- 15 Studierende, die die Regelstudienzeit überschritten haben, werden in dieser Statistik nicht berücksichtigt. Im akademischen Jahr 2011/2012 waren es 115.809; im akademischen Jahr 2013/2014 104.872.

Tabelle 8: Bevölkerung nach Bildungsstand [in 1.000]

	Bildungsstand	Pflichtschulbildung [Υποχρεωτική]	Anschluss Sek. II [Ανωτ. Δευτεροβάθμια]	Universität [Πανεπιστήμιο]
1981	Total	4.169,9	1.260,9	383,7
	m	2.148,4	587,9	241,6
	w	2.021,6	673	142,1
1991	Total	4.337,7	1.988,6	712,2
	m	2.162,3	981,1	410,8
	w	2.175,4	1.007,5	301,5
2001	Total	4.291,1	2.917,6	1185,2
	m	2.138,2	1.429,3	652
	w	2.152,8	1.488,3	533,1
2016	Total	3.204,4	3.574,4	2.058,7
	m	1.496,1	1.836,9	990,8
	w	1.708,2	1.737,5	1.068

Quelle: Hellenisches Statistisches Amt (ELSTAT), eigene Berechnungen und eigene Übersetzung. URL: <http://www.statistics.gr/el/statistics/-/publication/SJ003/> (Stand: 01.08.2017).

Tabelle 9: Schüler/-innen und Studierende nach Bildungsbereichen differenziert

	1980	1990	2000	2010	2016
Primarbereich [Πρωτοβάθμια]	900.641	813.353	791.096	801.101	629.373
Sekundarbereich I und II [Δευτεροβάθμια (κατώτερη και ανώτερη)]	639.633	716.404	619.796	584.529	550.628
Berufsbildende Schulen (Sek II) [Επαγγελματική εκπαίδευση]	100.424	134.949	145.529	110.567	101.761
Sonderschulen [Ειδικά σχολεία]	3.402	12.385	16.174	10.933	10.037
Hochschulen u. Ä. ohne Universitäten [Ανώτατη εκπαίδευση χωρίς Πανεπιστήμια]	35.398	78.307	76.589	109.826	100.959
Universitäten [Πανεπιστήμια]	85.718	116.938	119.580	173.256	174.039

Quelle: Hellenisches Statistisches Amt (ELSTAT), verschiedene Jahre, eigene Berechnungen und eigene Übersetzung. URL: <http://www.statistics.gr/el/statistics/-/publication/SAM03/2011> (Stand: 09.08.2017). <http://www.statistics.gr/el/statistics/-/publication/SJ003/> (Stand: 09.08.2017).

Tabelle 10: Anzahl Schüler/-innen und Studierende pro Lehrkraft nach Bildungsbereichen¹⁶

	1980	1990	2000	2010	2016
Primarbereich [Πρωτοβάθμια]	24,13	18,65	13,17	9,54	10,00
Sekundarbereich I und II [Δευτεροβάθμια (κατώτερη και ανώτερη)]	23,90	15,00	11,61	8,40	9,03
Berufsbildende Schulen (Sek II) [Επαγγελματική εκπαίδευση]	23,90	12,85	10,70	5,80	7,55
Sonderschulen [Ειδικά σχολεία]	7,87	-	6,58	3,30	2,83
Hochschulen u. Ä. ohne Universitäten [Ανώτατη εκπαίδευση χωρίς Πανεπιστήμια]	9,78	14,89	28,10	9,83	24,70
Universitäten [Πανεπιστήμια]	12,37	12,81	12,67	12,99	16,11

Quelle: Hellenisches Statistisches Amt (ELSTAT), verschiedene Jahre, eigene Berechnungen und eigene Übersetzungen. URL: http://www.statistics.gr/documents/20181/1515741/GreeceInFigures_2017Q2_GR.pdf/c48fd272-754a-486d-a463-99c6ab2cb681?version=1.5 (Stand: 01.08.2017).

3.1 Historische und aktuelle Entwicklungen des Bildungssystems

In Griechenland hat Bildung [εκπαίδευση, ekpaideusi] einen sehr hohen Stellenwert, wobei die ursprüngliche Bedeutung des Wortes „Paedeia“ [παιδεία] als „Kultiviertheit“ und „Empfänglichkeit für das Schöne und Gute“ mit demokratiepolitischen und kulturellen Zielen verbunden war und als Weg zur Selbsterkenntnis betrachtet wurde. Diese Tradition hält zum Teil bis heute an. Während die Instrumentalisierung von Bildung im Sinne von Qualifizierung [κατάρτιση, katartisi] und der Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für die Verwertung am Arbeitsmarkt oft auf Skepsis und Widerstand stößt, stellt akademische Bildung nach wie vor das Bildungsideal im humboldtschen Sinne dar und genießt ein hohes Ansehen. Dies wird deutlich u. a. in der hohen Nachfrage nach akademischer Bildung (siehe Kap. 3.4.6) sowie in den öffentlichen und privaten Ausgaben für die berufliche Aus- und Weiterbildung (siehe Kap. 3.2), Phänomene, die über die historische Entwicklung des griechischen Bildungssystems stabil bleiben. Die begriffliche Differenzwahrnehmung zwischen Bildung und Qualifizierung kann zum Teil auf die aus dem antiken Griechenland bekannte Dichotomie zwischen Geist und Körper, Theorie und Praxis, Partikularität und Universalität zurückgeführt werden (Hager/Hyland 2003, S. 272), die auch in anderen Kulturkreisen evident ist.

Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass das griechische Bildungssystem durch den quantitativen Ausbau von Schulen sowie insbesondere von Universitäten

16 Die jeweilige Zahl bezieht sich auf den öffentlichen Bereich; in den privaten Schulen liegt die Schüler-Lehrkraft-Ratio meist etwas höher.

und Fachhochschulen große Fortschritte hin zu einer „Bildung für alle“ gemacht hat (siehe Kap. 3.4.6). Während Bildungsgleichheit in der politischen Rhetorik dominiert, stellt Exzellenz [αριστεία, aristeia] kein anstrebenswertes Bildungsideal im öffentlichen bildungspolitischen Diskurs dar. Gleichzeitig lässt sich aber feststellen, dass – obwohl die Beteiligung an formaler Bildung quantitativ zugenommen hat – die Bildungsbenachteiligung immer weiter gestiegen ist.

3.2 Steuerung und Finanzierung

Die Steuerung des Bildungssystems erfolgt zentralistisch. Die Schulen verfügen über eine sehr eingeschränkte Autonomie, da Lerninhalte, Lernmethoden, Instrumente, Prüfungsverfahren oder Abschlüsse vom Bildungsministerium per Gesetz vorgegeben und durch entsprechende Verordnungen bis ins kleinste Detail reglementiert bzw. reguliert werden (siehe Kap. 5.2). Diese starre und schwerfällige zentrale Steuerung hat insbesondere für die Berufsbildung weitreichende Konsequenzen: Ausbildungs- und Prüfungsinhalte haben oft keinen Bezug zum wirtschaftlichen Bedarf, die Curricula sind zumeist überholt und viele Ausbildungsberufe werden obsolet, während gleichzeitig keine neuen eruiert werden.

Im Zuge der Dezentralisierung der gesamten Staatsverwaltung („Kallikratis Reform“ im Jahr 2011, siehe Kap. 1.2) wurden jedoch mehrere Zuständigkeiten des Bildungsministeriums auf die entsprechenden Regional- oder Kommunalverwaltungen (Peripherien oder Gemeinden [Demoi]) übertragen. Der Zuständigkeitsbereich variiert je nach Bildungsform und Zielgruppe. Bezüglich der formalen Bildung (allgemeine Bildung und berufliche Erstausbildung) haben zwar die Kommunen eine Reihe von Kompetenzen übernommen, z. B. im Hinblick auf Bau und Betrieb, Wartung und Instandhaltung von Schulgebäuden, – bei der (Mit-)Gestaltung von Curricula blieb ihr Spielraum jedoch unbedeutend. Auf der anderen Seite bekamen die Regionen und Kommunen wesentlich größere Spielräume, um Programme zum lebensbegleitenden Lernen, primär für die Zielgruppe Erwachsener, zu planen und umzusetzen. So wurde bspw. die Zuständigkeit für die öffentlichen postsekundären Berufsausbildungsinstitute [Institouta Epaggelmatikis Katartisis, IEK] sowie für die Zentren lebenslangen Lernens I und II (ZLLL I und ZLLL II) [Κέντρα Διά Βίου Μάθησης I και II, Kendra Dia Viou Mathisis I und II] auf die Regionen und Gemeinden übertragen.

Allerdings konnten diese Dezentralisierungsbemühungen aufgrund bürokratischer Hemmnisse sowie eines Mangels an nötigen Ressourcen bisher nur unzureichend in die Praxis umgesetzt werden. Denn die Regional- und Kommunalverwaltungen konnten die für die Umsetzung der Gesetzesvorgaben notwendigen materiellen und personalen Ressourcen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stellen, da sie aufgrund der Wirtschaftskrise extreme Einsparungen hinnehmen mussten.

Die öffentlichen Ausgaben für Bildung sowie die Ausgaben der Unternehmen für die berufliche Aus- und Weiterbildung gehören zu den niedrigsten im EU- und OECD-Vergleich; die Wirtschaftskrise hat diese Situation zudem enorm verschlechtert (siehe Kap. 5.3). 2014 betragen die öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung insgesamt 9.387,4 Millionen Euro, was einem Anteil von 5,3 Prozent des BIP entspricht. Knapp 60 Prozent davon kamen aus der öffentlichen Hand, während 40 Prozent private Bildungsausgaben waren (KANEP/GSEE 2017, S. 8). Insbesondere im Sekundarbereich I und II machen die privaten Ausgaben, überwiegend in der Form von Nachhilfeunterricht und privatem Sprachunterricht, die Hälfte der Gesamtausgaben für Bildung aus (ebd.).

Seit 2010 gibt es keine öffentlichen Investitionen in den Bildungsbereich mehr. Oft wird der Bedarf an Investitionen in Infrastruktur über Kofinanzierung durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) gedeckt. Die Budgetkürzungen für Bildung nach dem ersten Anpassungsprogramm (2010) haben zudem bewirkt, dass keine neuen Lehrkräfte mehr eingestellt wurden, sodass die Schüler-Lehrkraft-Ratio in allen Bildungsbereichen deutlich zurückgegangen ist (siehe Tabelle 10).

3.3 Struktur

In Griechenland besteht eine neunjährige Schulpflicht (sechs Jahre Volksschule plus drei Jahre Gymnasium), die an eine zweijährige verpflichtende vorschulische Erziehung [Nepiagogeio] anschließt (siehe Abbildung 2). Bis zur Beendigung der Schulpflicht (i. d. R. im 15. Lebensjahr) gibt es keine Schuldifferenzierung und keine Schülerselektion nach dem Leistungsprinzip. Die Schülerinnen und Schüler werden gemeinsam in Einheitsschulen unterrichtet: sechs Jahre in der Volksschule [Demotiko] und drei Jahre im Gymnasium [Gymnasio]. Die Noten sind versetzungsrelevant. Danach stehen den Jugendlichen prinzipiell zwei Möglichkeiten offen: Sie können entweder das dreijährige allgemeine Lyzeum [Geniko Lykeio, GEL] besuchen und nach der erfolgreichen Teilnahme an den Panhellenischen Prüfungen bei entsprechender Qualifikation ein Studium an einer der zahlreichen Universitäten oder Fachhochschulen aufnehmen oder sich für eine berufliche Ausbildung in dem dreijährigen beruflichen Lyzeum [Epaggelmatiko Lykeio, EPAL] bzw. in einer zweijährigen Berufsschule [Epaggelmatiki Schole, EPAS] entscheiden. Der Besuch eines EPAL endet mit einer Technikerqualifikation; zudem berechtigt er zur Teilnahme an den Panhellenischen Prüfungen (siehe auch Kap. 3.4.4). Für Kinder und Jugendliche mit geistiger oder körperlicher Beeinträchtigung, die besonderer pädagogischer Förderung bedürfen, existieren Integrationsklassen und Sonderschulen [Eidika Scholeia] sowie einige wenige Berufsschulen.

Nach erfolgreicher Teilnahme an zentral organisierten und landesweit einheitlichen Prüfungen (Panhellenische Prüfungen) werden die Studienplätze an den Universitäten (AEI) und Fachhochschulen (TEI) auf der Basis eines Punktesystems zentral vergeben. Während der Panhellenischen Prüfungen hält das Land den Atem an; im Anschluss wer-

den die Ergebnisse der Prüfungen durch alle Medien bekannt gemacht. Laut Verfassung besteht das Recht auf freie Bildung; die Gründung privater Universitäten und Hochschulen ist jedoch nicht erlaubt.

Das Hochschulwesen [Anotata Ekpaideutika kai Technologika Idrymata, ATEI] wird in den universitären und in den technologischen Sektor untergliedert. Zum universitären Sektor gehören Universitäten [Panepistemia], Polytechnische Hochschulen [Polytechnia] sowie die Hochschule für Kunst [Anotatati Schole Kalon Technon]. Zum technologischen Sektor gehören Fachhochschulen [Technologika Ekpaideutika Idrymata, TEI] sowie die Hochschule für pädagogische und technologische Bildung [Anotati Schole Paidagogikis kai Technologikis Ekpaideusis, ASPAITE].

Darüber hinaus existieren Privatschulen auf allen Bildungstufen (Vorschulziehung, Primar- und Sekundarbereich). 2013 besuchten 6,5 Prozent der Schülerinnen und Schüler im Primarbereich und knapp sieben Prozent der Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich (Gymnasien und Lyzeen) Privatschulen (KANEP/GSEE 2017, S. 21–29). Die privaten Haushaltsausgaben für Gebühren an privaten Schulen sowie an kostenpflichtigen Hochschulprogrammen (Masterprogramme) betragen 2013 knapp eine Milliarde Euro (ebd., S. 112).

Die Zuordnung der formalen Qualifikationen zum Hellenischen Qualifikationsrahmen (Ελληνικό Πλαίσιο Προσόντων, HQR) und Europäischen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (EQR) ist in der folgenden Tabelle ersichtlich (vgl. Gesetz Nr. 4283/2014; EOPPEP 2016, S. 10–12):

Tabelle 11: Bildungsabschlüsse und deren Zuordnung zum HQR und EQR

Bildungsabschluss	HQR / EQR
Volksschulabschluss [Apolyterio Demotiko]	Niveau 1
Gymnasialabschluss [Apolyterio Gymnasion]:	Niveau 2
Abschluss der einjährigen Berufsschule (SEK) sowie des einjährigen Berufsausbildungsinstituts (IEK) (Postsekundarstufe I – Berufsabschlüsse/Zertifikate)	Niveau 3
Abschluss des allgemeinen Lyzeums (GEL) [Apolyterio Geniko Lykeio]	Niveau 4
Abschluss des beruflichen Lyzeums (EPAL) [Apolyterio und Ptychio Epaggelmatiko Lykeio]	Niveau 4
Abschluss der Berufsschule (EPAS) [Ptychio Epaggelmatikis Scholes]	Niveau 4
Abschluss des beruflichen Lyzeums (EPAL) plus einjährige Ausbildungsklasse [Ptychio Eidikotitatis Taxis Mathitias] (Postsekundarstufe II)	Niveau 5
Abschluss des Berufsausbildungsinstituts (IEK) [Diploma Eidikotitas] (Postsekundarstufe II)	Niveau 5
Abschluss höherer Berufsausbildung [Diploma/Ptychio Anoteri Epaggelmatiki Ekpaideusi] (Postsekundarstufe II)	Niveau 5
Bachelorabschluss (AEI, TEI) [Ptychio]	Niveau 6
Masterabschluss [Metaptychiako Diploma Eidikeusis, AEI und TEI]	Niveau 7
Abschluss mit Promotion [Didaktoriko Diploma, AEI]	Niveau 8

Im Folgenden werden einige Kennzahlen zu der Struktur und den wesentlichen Größen des griechischen Bildungssystems dargestellt.¹⁷

Im Hinblick auf die Größe der schulischen Einheiten weisen die EPAL sowie die EPAS im Durchschnitt die größte Schülerzahl auf (209 Schülerinnen und Schüler pro Schuleinheit im Jahr 2014). Im GEL sind es im Durchschnitt 185 Schülerinnen und Schüler pro Einheit, im Gymnasium 173, in der Volksschule 135 und in der Vorschule [Nepiagogeo] 29 Schülerinnen und Schüler. Trotz Zusammenlegung von mehr als 2.000 Schulen in den Jahren 2010 bis 2012 existieren aufgrund der geografischen Struktur des Landes (gebirgig mit vielen kleinen Inseln) viele kleine Volksschulen mit wenig Personal und einer geringen Schülerzahl. Hinsichtlich der Klassengröße zeigt sich folgendes Bild: Die höchste Schülerzahl pro Klasse ist in Gymnasien und GEL zu finden (etwa 21 Schülerinnen und Schüler pro Klasse im Durchschnitt), gefolgt von den Volksschulen und Vorschulen (etwa 17 Schülerinnen und Schüler). In den EPAL und EPAS werden knapp 17 Schülerinnen und Schüler pro Klasse unterrichtet.

17 Alle Daten stammen aus dem Bildungsreport des Bildungsforschungszentrums der Dachorganisation der Gewerkschaften KANEP/GSEE und beziehen sich auf das Schuljahr 2014 (vgl. KANEP/GSEE 2017).

Bezüglich des Personals ist die Schüler-Lehrkraft-Ratio im OECD-Vergleich als niedrig einzustufen. In der Vorschule sind es zwölf Schülerinnen und Schüler pro Lehrkraft, in der Volksschule knapp zehn, im Gymnasium knapp neun, im GEL etwa elf und in EPAL und EPAS weniger als acht Schülerinnen und Schüler pro Lehrkraft. Aufgrund von radikalen Budgetkürzungen im Bildungsbereich im Zuge des ersten Anpassungsprogramms steigt diese Kennzahl seit 2010 in allen Bildungsstufen (siehe Tabelle 10).

Im Hinblick auf das Durchschnittsalter der Lehrkräfte zeigt sich folgendes Bild: Das höchste Durchschnittsalter haben Lehrkräfte in den GEL (47,5 Jahre), dicht gefolgt von den Lehrkräften in Gymnasien (46,3 Jahre) und den Lehrkräften in den EPAL und EPAS (45,7 Jahre). Vorschul- und Grundschullehrkräfte sind im Durchschnitt 41,4 bzw. 42,2 Jahre alt. Die demografische Alterung des Personals stellt ein großes Problem dar, da seit 2010 keine neuen Einstellungen im öffentlichen Sektor erlaubt sind (10:1 ist der Schlüssel, d. h. eine Einstellung bei zehn Personen, die aus dem Dienst im öffentlichen Sektor ausscheiden).

Bezüglich der Qualifikationen der Lehrkräfte zeigt sich, dass ein sehr hoher Anteil der Lehrkräfte (43 %) in den GEL sowie in EPAL und EPAS (42 %) über Zusatzqualifikationen (Master, Promotionen o. Ä.) verfügen (siehe Kap. 5.4). Im Gymnasium sind es immer noch 39 Prozent der Lehrkräfte, in der Vor- und Volksschule mehr als 27 Prozent.

Hinsichtlich der Schulabbrecherquote lässt sich feststellen, dass die Wahrscheinlichkeit bei bestimmten Gruppen höher ist als bei anderen: a) eher Jungen als Mädchen, b) Schülerinnen und Schüler, die älter sind als ihre Kohorte, c) Abendschülerinnen und -schüler sowie d) Schülerinnen und Schüler aus den EPAL und EPAS brechen die Schule im Vergleich zu Schülerinnen und Schülern an GEL häufiger ab. Dies wird u. a. auf die sozioökonomische Herkunft der Berufsschülerinnen und -schüler zurückgeführt (Familien mit niedrigem Einkommen und geringen Bildungsambitionen). Die gleichen Risikogruppen sind auch im Hinblick auf Schulleistung zu finden (höhere Wahrscheinlichkeit, eine Klasse zu wiederholen oder lediglich den minimalen Standard zu erreichen).

Laut KANEP/GSEE (2017, S. 16) kann das griechische Bildungssystem Integration nicht richtig fördern. Es werden zwar spezielle Schulen und/oder Klassen für die Integration von Menschen mit Behinderung oder Flüchtlingen und Migrantinnen/Migranten gegründet, ohne jedoch dafür zu sorgen, dass diese Einheiten zum integralen Part einer größeren Schuleinheit werden. Innovationen und experimentelle Interventionen bleiben, selbst wenn sie sich als erfolgreich erweisen, generell häufig fragmentarisch und zusammenhangslos, da es nicht gelingt, diese in das System zu integrieren und davon zu profitieren.

3.4 Kurze Charakterisierung der verschiedenen Bildungsbereiche und Schultypen

3.4.1 Vorschulerziehung/Elementarbereich [Νηπιαγωγείο, Nepiagogeio]

Zur Vorschulerziehung gehören private oder öffentliche Betreuungs- und Erziehungsangebote, die sich an Säuglinge und Kleinkinder im Alter von sechs Monaten bis zur Einschulung im sechsten Lebensjahr richten. Bis zum vierten Lebensjahr ist der Besuch von Säuglingsstationen [Vrefonepiakoi Stathmoi] und Kindertagesstätten [Paidikoi Stathmoi] freiwillig, danach verpflichtend. Die Mehrheit dieser Betreuungsangebote ist privat, da die öffentlichen Einrichtungen, insbesondere in den großen Städten, nicht ausreichen, um den Bedarf an Betreuungsplätzen zu decken. Der Besuch der zweijährigen Vorschule [Nepiagogeio] ist obligatorisch und dient mittunter dazu, den Kindern erste Kenntnisse im Schreiben, Rechnen und Lesen zu vermitteln. In den öffentlichen Vorschulen werden die Kinder nur vormittags betreut, während die privaten Einrichtungen Ganztagsbetreuung anbieten. Die Erzieherinnen und Erzieher [Nepiagogoi] verfügen über eine vierjährige universitäre Ausbildung, ähnlich wie die Grundschullehrkräfte.

3.4.2 Primarbereich [Δημοτικό, Demotiko]

Die Einschulung in die Volksschule [Demotiko] erfolgt mit sechs Jahren. In der sechsjährigen Volksschule werden die Kinder in allgemeinbildenden Themen und in wichtigen Kulturtechniken unterrichtet. Sprache, Mathematik, Geschichte, Kunst, Religion, Musik, Sport und ab der vierten Klasse Englisch, Biologie und Informatik bilden die curricularen Schwerpunkte in der Volksschule. Etwa ein Drittel der Volksschulen bietet ein erweitertes Programm mit Nachmittagsbetreuung an. Die Schülerinnen und Schüler erhalten bis zur vierten Klasse eine Verbalbeurteilung ihrer Leistungen und werden erst ab der fünften Klasse benotet. Hierbei stellt eine „Zehn“ die beste Note dar. Doch ungeachtet ihres Notendurchschnitts, werden am Schuljahresende alle Kinder in die nächste Klasse versetzt. Am Ende der Volksschule erhalten sie das Abschlusszeugnis [Endeiktiko] und gehen ins Gymnasium.

3.4.3 Sekundarbereich I [Γυμνάσιο, Gymnasium]

Das griechische dreijährige Gymnasium ist eine weiterführende Schule und stellt die letzte Stufe der neunjährigen Schulpflicht dar. Es werden allgemeinbildende Fächer (Neu- und Altgriechisch, eine zweite Fremdsprache, Geschichte, Biologie, Geografie, MINT-Fächer, Religion, Musik und Sport) angeboten, die von Fachlehrkräften unterrichtet werden. Am Ende jeder Klasse werden Jahresendprüfungen zu nahezu allen Fächern abgelegt, die auf einer Skala von eins bis 20 benotet werden. Nach einer Gesetzesinitiative

der Regierung im Jahr 2017 sollen die Jahresendprüfungen im Gymnasium abgeschafft werden. Eine Innendifferenzierung nach Interessen und Lernschwerpunkten wie auch nach Leistungen existiert im Gymnasium nicht; alle Schülerinnen und Schüler werden gemeinsam unterrichtet. Ziel ist es, allgemeinbildende Inhalte und basale Kompetenzen zu vermitteln, die für die Integration in die Gesellschaft als notwendig erachtet werden. Der Übergang der Absolventinnen und Absolventen des Gymnasiums auf weiterführende Schulen erfolgt direkt ohne Aufnahmeprüfungen. Mit ihrem gymnasialen Abschlusszeugnis [Apolyterion Gymnasium] stehen den Jugendlichen am Ende der Schulpflicht zwei Optionen frei: a) der Besuch des allgemeinen Lyzeums (GEL) oder b) der Besuch des beruflichen Lyzeums (EPAL). Meistens entscheiden sich leistungsschwache Jugendliche aus nicht privilegierten sozioökonomischen Schichten für den beruflichen Bildungszweig.

3.4.4 Sekundarbereich II [Γενικό Λύκειο, Geniko Lykeio, GEL / Επαγγελματικό Λύκειο, Epaggelmatiko Lykeio, EPAL]

Zum Sekundarbereich II gehören zwei Schultypen: das dreijährige allgemeine Lyzeum (GEL) und das ebenfalls dreijährige berufliche Lyzeum (EPAL). Das GEL weist eine ausschließlich akademische curriculare Orientierung aus, während das EPAL berufliche Fachrichtungen für eine Vielzahl von Berufen anbietet. Zu Beginn des Sekundarbereichs II sind die beruflich und akademisch ausgerichteten Bildungswege miteinander kompatibel, da die unterrichteten Fächer in beiden Schultypen große Überschneidungen aufweisen, sodass ein Wechsel zwischen den zwei Schultypen GEL und EPAL leicht möglich ist (vertikale Mobilität). In der zweiten Klasse wird in beiden Schultypen eine Innendifferenzierung eingeführt, welche im GEL über Orientierungsfächer und im EPAL über Berufsbereiche erfolgt, die in der dritten Klasse weitergeführt wird.

Über die allgemeinbildenden Fächer hinaus, die 29 Stunden des Lehrplans in der zweiten Klasse ausmachen, werden im GEL Wahlmöglichkeiten zwischen zwei Orientierungsbereichen mit jeweils fünf Lehrstunden angeboten. Die Wahl besteht zwischen dem humanistisch-sozialwissenschaftlichen Schwerpunkt und dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Schwerpunkt. In der dritten Klasse des GEL werden die allgemeinbildenden Fächer auf 15 Wochenstunden reduziert, während die Orientierungsfächer auf 15 Wochenstunden erhöht werden. Zu den zwei Wahlmöglichkeiten der zweiten Klasse kommt als dritte Option „Wirtschaft und Informatik“ hinzu. Zudem können freie Wahlfächer (Kunstgeschichte, BWL, Grafikdesign) im Umfang von zwei Wochenstunden belegt werden.

Am Ende jeder Klasse im GEL werden innerschulische Jahresendprüfungen abgelegt, die zusammen mit den Noten aus den einzelnen Quartalen eine Durchschnittsnote auf einer Skala von eins bis 20 ergeben. In die nächste Klasse wird versetzt, wer im Durchschnitt eine Mindestnote von 9,5 erreicht hat.

Im EPAL wird in der zweiten Klasse zwischen zwölf Berufsbereichen gewählt, die sich in der dritten Klasse in einer Vielzahl beruflicher Fachrichtungen ausdifferenzieren (siehe Kap. 4.3.1).

Am Ende der ersten Klasse des EPAL oder des GEL kann der Wechsel in eine Berufsschule (EPAS) erfolgen, die duale Berufsausbildungen anbietet (siehe Kap. 4.3.2).

Im EPAL schlägt sich geschlechtsstereotypisches Verhalten bei der Wahl der Schulart und der Fachrichtung nieder. So entscheiden sich mehr Jungen als Mädchen für eine berufliche Ausbildung; in den EPAL ist die Schülerschaft zu knapp zwei Dritteln männlich. Innerhalb des EPAL oder der EPAS wählen Mädchen in der zweiten Klasse eher Berufsbereiche, die „traditionell weiblichen“ Berufen entsprechen, wie etwa Friseur/-in, Pflege- und paramedizinische Berufe oder Verwaltungstätigkeiten, während die Jungen sich für Kfz-Mechanik, Elektroinstallation oder Informatik entscheiden. Im GEL zeigt sich geschlechtsstereotypisches Verhalten bei der Wahl der Orientierungsfächer in der zweiten Klasse, da MINT-Fächer primär von den Jungen und geisteswissenschaftliche Fächer vorrangig von Mädchen belegt werden. In allen Schultypen zeigen Schülerinnen einen grundsätzlich erfolgreicherem Bildungsverlauf mit besseren Leistungen und einer geringeren Wahrscheinlichkeit, eine Klasse zu wiederholen oder die Schule abzubrechen.

Mit dem Abschlusszeugnis GEL oder EPAL kann eine Teilnahme an den zentral organisierten Panhellenischen Prüfungen erfolgen, die ausschlaggebend für die Aufnahme in eine Universität oder Fachhochschule sind.

Absolventinnen und Absolventen des GEL können bei den Panhellenischen Prüfungen bis zu zwei von insgesamt fünf wissenschaftlichen Feldern auswählen: a) Humanwissenschaften und Jura, b) Wissenschaften und Technologie, c) Gesundheits- und Lebenswissenschaften, d) Bildungswissenschaften, e) Wirtschaftswissenschaften und Informatik. Die Kandidatinnen und Kandidaten werden je nach wissenschaftlichem Feld in vier bis fünf Fächern geprüft, wobei Neugriechisch ein Pflichtfach darstellt. Nach einem komplizierten Berechnungssystem werden die Punkte ermittelt, die die Kandidatinnen und Kandidaten erreicht haben. Die Platzvergabe nach erfolgter Bewerbung erfolgt zentral durch das Bildungsministerium. Für Kandidatinnen und Kandidaten aus den EPAL gelten gesonderte Bedingungen (siehe Kap. 4.3.1).

3.4.5 Sonderschulen/Sonderschulwesen [Ειδικό Σχολείο, Eidiko Scholeio]

Für Kinder und Jugendliche mit geistiger oder körperlicher Beeinträchtigung, die besonderer pädagogischer Förderung bedürfen, existieren Integrationsklassen und Sonderschulen. Die Debatte um die Integration dieser Schülerinnen und Schüler in Regelschulen, sodass alle Kinder voneinander profitieren könnten, wird zuweilen mit Nachdruck geführt, hat jedoch faktisch kaum Konsequenzen. Die Herausforderungen, die das Lehren und Lernen in gemeinsamen Klassen hinsichtlich Infrastruktur, Lernmaterialien und personeller Ausstattung mit sich bringen würde, können angesichts der chronischen Unterfinanzierung der Schulen, aber auch aufgrund von weit-

verbreiteten Vorurteilen nicht hinreichend bewältigt werden. So wird Integration nur in Modellprojekten und Pilotklassen realisiert. In der Regel herrscht aber das Modell der getrennten Förderung in Sondereinrichtungen. Sonderschulen werden mit Ministerialbeschluss gegründet; das Gleiche gilt für die Gründung von Integrationsklassen in Vorschulen [Nepiagogeio], Volksschulen [Demotiko], Gymnasien [Gymnasio], allgemeinen (GEL) und beruflichen (EPAL) Lyzeen.

3.4.6 Tertiärbereich [Ανώτατα Εκπαιδευτικά Ιδρύματα, Anotata Ekpaideutika Idrymata, AEI/Πανεπιστήμια, Panepistemia kai Τεχνολογικά Εκπαιδευτικά Ιδρύματα, Technologica Ekpaudeutika Idrymata, TEI]

Das Hochschulwesen [Ανώτατα Εκπαιδευτικά Ιδρύματα, Anotata Ekpaideutika Idrymata, AEI] wird in den universitären und in den technologischen Sektor (Gesetz Nr. 4009/2011) untergliedert. Zum universitären Sektor gehören Universitäten [Πανεπιστήμια, Panepistemia], Polytechnische Hochschulen [Πολυτεχνεία, Polytechnia] sowie Hochschulen für Künste [Ανωτάτη Σχολή Καλών Τεχνών, Anotatati Schole Kalon Technon]. Zum technologischen Sektor gehören Fachhochschulen [Τεχνολογικά Εκπαιδευτικά Ιδρύματα, Technologica Ekpaudeutika Idrymata, TEI] sowie die Hochschule für pädagogische und technologische Bildung [Ανωτάτη Σχολή Παιδαγωγικής και Τεχνολογικής Εκπαίδευσης, Anotati Schole Paidagogikis kai Technologikis Ekpaideusis, ASPAITE].

In Griechenland operieren 22 Universitäten und Polytechnika und 15 Fachhochschulen, insgesamt 37 Einrichtungen, die als Hochschulen [Anotata Ekpaideutika kai Technologica Idrymata, ATEI] anerkannt sind. Gemäß Artikel 16 der griechischen Verfassung ist die Hochschulbildung staatlich und kostenlos. Eine Ausnahme bilden die Fernstudien-Universität Patras und die International Hellenic University in Thessaloniki.

Zudem können laut dem neuesten Gesetzentwurf (Juni 2017) mit Ministerialbeschluss zweijährige Berufsbildungsprogramme im Hochschulwesen gegründet werden, deren Abschlüsse dem Niveaus 5 des Hellenischen und Europäischen Qualifikationsrahmens entsprechen.

Seit den 1980er-Jahren sucht (und findet) ein immer größerer Anteil eines Jahrgangs Zugang zu Universitäten und Fachhochschulen. Für den Einzelnen/die Einzelne bietet der erfolgreiche Studienabschluss soziale Mobilität und verspricht – zumindest bis zum Ausbruch der Krise – die besten Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Auch für die Gesellschaft ist das Anheben der Qualifikationen der Bevölkerung mit Wettbewerbsvorteilen in globalen Wirtschaftsmärkten sowie mit höherer Integrations- und Innovationsfähigkeit verbunden. Daher wurden die Expansion und Differenzierung des Hochschulwesens seit Mitte der 1980er-Jahre von vielen griechischen Regierungen als Antwort auf die Herausforderungen der europäischen Integration und Globalisierung, aber auch auf eine Mittelschicht, die herausragende Positionen in Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft anstrebte, gesehen. Mittlerweile nehmen 40 Prozent eines Jahrgangs ein Studium auf; dies entspricht den europäischen Benchmarks (siehe Tabelle 3).

Die Leistungsfähigkeit des Hochschulwesens jedoch leidet unter der Massenexpansion und den fragmentarischen politischen Interventionen. Jahrzehntelange innenpolitische Reformdebatten sowie externe Einflüsse wie der Bologna-Prozess konnten bisher wenig an dieser Situation ändern. Zu den großen Defiziten gehören die fehlende Evaluation und Qualitätssicherung in der Lehre, die disziplinierten Abschottungen, die chronische Unterfinanzierung sowie die Patronage seitens der regierenden Parteien trotz formaler Selbstverwaltung. Diese Organisationsmängel und Verwaltungsdefizite führen zu Motivationsverlusten bei Studierenden und Lehrenden, die sehr oft ihr Studium oder ihre akademische Karriere im Ausland (hauptsächlich in Großbritannien und Deutschland) aufnehmen oder fortsetzen. 2011 studierten im Ausland knapp fünf Prozent der Gesamtzahl der griechischen Studierenden, eine der höchsten OECD-Quoten an „foreign students“ (vgl. OECD 2014, S. 9). Das Gesetz 4009/2011, das eine radikale Reformierung der verkrusteten universitären Strukturen und Hochschulprogramme vorsah und mit großer parteiübergreifender Mehrheit verabschiedet wurde, wurde 2017 zurückgenommen.

Die Aufnahme in den universitären oder technologischen Sektor erfolgt nach erfolgreicher Teilnahme an den Panhellenischen Prüfungen (siehe Kap. 3.4.3). Die Universitäten und Fachhochschulen melden ihre Kapazitäten an das Bildungsministerium und Letzteres entscheidet aufgrund der erreichten Punktzahl über die Platzvergabe. Alternative Zugangsmöglichkeiten existieren nicht. Das Studium findet laut Verfassung in öffentlichen Einrichtungen statt und ist gebührenfrei; private Hochschulen sind nicht erlaubt. Die Regelstudienzeit beträgt acht Semester, wobei in den Polytechnischen Hochschulen zehn und in der Fachrichtung Medizin sogar zwölf Studiensemester vorgeschrieben sind. Der Bologna-Prozess wurde so umgesetzt, dass Polytechnische Hochschulen [Polytechnia] nicht auf die zwei Zyklen (Bachelor und Master) umgestellt haben. Sie vergeben Masterabschlüsse am Ende einer fünfjährigen akademischen Ausbildung.

3.4.7 Weiterbildung [Εκπαίδευση Ενηλίκων, Ekpaideusi Enilikon/ Συνεχιζόμενη Επαγγελματική Κατάρτιση, Synehizomeni Epaggelmatiki Katartisi]

Unter Erwachsenenbildung bzw. Weiterbildung werden Bildungsaktivitäten von Erwachsenen verstanden, die im Anschluss an eine erste abgeschlossene Phase der formalen Bildung aufgenommen werden und vielfältigen Interessen und Bedarfen (individuelle, wirtschaftliche, arbeitsmarktbezogene, gesellschaftliche) dienen. Es wird zwischen der allgemeinen Erwachsenenbildung [Geniki Ekpaideusi Enilikon] und der beruflichen Weiterbildung [Synehizomeni Epaggelmatiki Katartisi] unterschieden. Weiterbildungsangebote werden oft mit spezifischer Zielsetzung und an spezifische Adressatengruppen gerichtet. Dazu gehören bspw. die Second-Chance-Schulen [Σχολεία Δεύτερης Ευκαιρίας, Scholeia Deuteris Eukairias] zum Nachholen von Schulabschlüssen, die Elternschulen [Σχολές Γονέων, Scholes Goneon], Alpha-

betriebsbegleitende Weiterbildungsprogramme für Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge, Kurse zu kulturellen, gesellschaftlichen oder künstlerischen Themen sowie zu Sprachen und Informations- und Kommunikationstechnologien. Der gemessen an Teilnehmerzahlen und Finanzierungsvolumen größte Bereich ist die berufliche Weiterbildung [Synehizomeni Epaggelmatiki Katartisi]. In diesen Bereich gehören Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, Weiterbildungsangebote von Unternehmen, Universitäten, Verwaltungen und Sozialpartnern (siehe Kap. 4.3.5). Die Beteiligung Erwachsener am lebensbegleitenden Lernen stagniert jedoch seit Jahren mit etwa drei Prozent auf einem sehr niedrigen Niveau (2017 4,5 % im Vergleich zum europäischen Durchschnitt von 10,9 %, siehe Tabelle 3). Dieser geringe Anteil an Erwachsenen am lebensbegleitenden Lernen verhindert, dass die Defizite des formalen Bildungssystems durch nicht formale und informelle Lernaktivitäten im späteren Leben kompensiert werden und erhöht so die Bildungsungleichheit. Dass Prozesse der Bildungsbenachteiligung kumulativ über den Lebenslauf wirken, dass die Weiterbildung soziale Selektivität verstärkt und dass auch regionale Kontexte von Bedeutung für Bildungschancen sind, sind Phänomene, die auch für Griechenland zutreffen. Durch die Einführung des Hellenischen Qualifikationsrahmens (HQR) durch das Gesetz Nr. 3879/2010 soll jedoch künftig die Durchlässigkeit zwischen den Einzelbereichen des Bildungssystems erhöht und nicht formal und informell erworbene Kompetenzen anerkannt und zertifiziert werden.

4 Berufliche Aus- und Weiterbildung

4.1 Entwicklung und Stellenwert der beruflichen Bildung

Berufsbildungssysteme weisen eine hohe Stabilität auf, da ihre Entwicklung pfadabhängig entlang nationaler Traditionen und Landescharakteristika verläuft (vgl. Gonon 2016). In den vergangenen sechs Jahrzehnten wurde das Berufsbildungssystem in Griechenland mehrmals reformiert (siehe Kap. 5.8 und 7.1). Trotz der Reformbemühungen seitens der Politik ist es jedoch bis heute nicht gelungen, den Stellenwert der beruflichen Bildung zu erhöhen und die berufliche Ausbildung als eine attraktive sowie gleichwertige Lernoption zu der allgemeinen Bildung für die griechische Jugend zu etablieren. Die Gründe dafür sind vielfältig.

Die Berufsbildung in Griechenland wie auch das gesamte Bildungssystem ist staatszentriert (siehe Kap. 5.2). Der Staat spielt eine allumfassende Rolle in der Planung, Organisation und Kontrolle des Systems. Für den griechischen Staat hatten öffentliche Investitionen in die berufliche Bildung bis Ende der 1950er-Jahre keine Priorität. Im Vordergrund des staatlichen Interesses stand nach Abschluss der Schulpflicht das damals sechsjährige allgemeinbildende Gymnasium, welches ein daran anschließendes Universitätsstudium ermöglichte. Zudem existierte aufgrund des nicht entwickelten industriellen Sektors auch seitens der Privatwirtschaft kein Bedarf an beruflich gut ausgebildeten Fachkräften. So wurde der beruflichen, praxisorientierten Bildung und Ausbildung im Bildungsverständnis der griechischen Bevölkerung keine große Bedeutung beigemessen. Seit Jahrzehnten bleibt die Berufsbildung in Griechenland eine Randererscheinung im griechischen Bildungssystem. Dies zeigt sich u. a. in einem polarisierten Arbeitsmarkt von hochgebildeten Hochschulabsolventinnen und -absolventen gegenüber Personen ohne berufliche Qualifikationen, der teilweise bis heute Bestand hat (Efstratoglou 2017; für entsprechende Typologien vgl. Green 2006).

4.1.1 Geschichtliche Entwicklung der beruflichen Bildung

Im Jahr 1959 wurde erstmals ein umfassendes Bildungsgesetz verabschiedet, welches darauf abzielte, der beruflichen Bildung ein stärkeres Gewicht innerhalb des Bildungssystems zu verleihen und ein zeitgemäßes, alle Stufen umfassendes Berufsbildungswesen zu entwickeln (vgl. Lauterbach u. a. 2000, S. 20).

Aufgrund der politischen Instabilität in den 1960er-Jahren und des Militärputsches 1967 konnten jedoch die geplanten Reformen nicht umgesetzt werden. Nach dem Sturz der Militärjunta 1974 wurden in den Jahren 1976 und 1977 Gesetze zur Neuorganisation des Bildungswesens verabschiedet, die teilweise an die Reformen aus den 1960er-Jahren anknüpften (Gesetz Nr. 576/1977). Die Einrichtung eines dreijährigen

technisch-beruflichen Lyzeums [Techniko Epaggelmatiko Lykeio, TEL] im Anschluss an die neunjährige Schulpflicht neben dem dreijährigen allgemeinen Lyzeum [Geniko Lykeio, GEL] zielte darauf ab, die Gleichwertigkeit dieses Schulzweiges im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Gleichzeitig wurde durch den Aufbau eines gegliederten beruflichen Schulwesens mit den technisch-beruflichen Schulen [Technikes Epaggelmatikes Scholes, TES] sowie den höheren technischen Schulen [Anoteres Technikes Epaggelmatikes Scholes, ATES] eine plural alle Stufen umfassende und flächendeckende Berufsbildungsstruktur angestrebt.

Im Rahmen der Reformen der 1980er-, 1990er- und 2000er-Jahre entstanden in der Folge zusätzliche Berufsbildungsoptionen. Mit dem Gesetz Nr. 1346/1983 wurden die 38 dualen Ausbildungsschulen [Σχολές Μαθητείας, Scholes Mathitias] der öffentlichen Arbeitsverwaltung (OAED) gegründet und durch das Gesetz Nr. 1566/1985 die Abschlüsse dieser Ausbildungsform mit den Abschlüssen der TES gleichgesetzt. Weiterhin führte das Gesetz Nr. 2009/1992 in Form einer zweijährigen Berufsausbildung an einem postsekundären, nicht tertiären Berufsausbildungsinstitut [Institouto Epaggelmatikis Katartisis, IEK] eine neue Berufsbildungsoption ein. Darüber hinaus wurden mit dem Gesetz Nr. 2640/1998 die dreijährigen technisch-beruflichen Bildungsanstalten [Technika Epaggelmatika Ekpaideuteria, TEE] anstelle der TES gegründet, während das Gesetz Nr. 3475/2006 die Entstehung des dreijährigen beruflichen Lyzeums [Epaggelmatiko Lykeio, EPAL] und der zweijährigen Berufsschule [Epaggelmatikes Scholes, EPAS] mit sich brachte.

Doch zeigte sich bald, dass all diese Reformen das Prestige der beruflichen Bildung, mit wenigen Ausnahmen, nicht wesentlich steigern und die Dominanz des allgemeinen Lyzeums [Geniko Lykeio, GEL] nicht brechen konnten.

Die Zahlen sind eindeutig: Während sich für die Berufsbildung in den vergangenen Jahrzehnten stets nur eine Minderheit von ca. 30 Prozent der Schülerinnen und Schüler entschied (mit Ausnahme zu Beginn des neuen Jahrhunderts) (siehe Tabelle 12), verfolgte die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler den Weg der Allgemeinbildung mit dem Ziel, ein Studium an einer Universität oder Fachhochschule aufzunehmen.

Tabelle 12: Anzahl der Schüler/-innen im Sekundarbereich II (ISCED 3) nach Bildungswegen (allgemeine Bildung sowie technische und berufliche Bildung) [2001–2013]

Jahr	Allgemeines Lyzeum	Technisch-berufliches Lyzeum ¹⁸	Gesamtzahl	Technische und berufliche Bildung [in %]	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in der technischen und beruflichen Bildung [in %]
2001	241.214	156.258	397.472	39,3	
2002	230.165	160.451	390.616	41,1	2,7
2003	228.747	153.311	382.058	40,1	-4,4
2004	233.723	145.020	378.743	38,3	-5,4
2005	235.097	134.623	369.720	36,4	-7,2
2006	238.975	124.141	363.116	34,2	-7,8
2007	232.926	110.622	343.548	32,2	-10,9
2008	239.652	108.459	348.111	31,2	-2,0
2009	241.726	108.010	349.736	30,9	-0,4
2010	247.441	108.933	356.374	30,9	0,9
2011	247.220	113.658	360.878	31,5	4,3
2012	247.717	121.008	368.725	32,8	6,5
2013	245.892	123.989	369.881	33,5	2,5

Quelle: KANEP/GSEE 2017

4.1.2 Stellenwert der beruflichen Bildung

Der Grund für die geringe Nachfrage nach beruflicher Bildung liegt in den tief verwurzelten Vorurteilen der Jugendlichen und Eltern gegenüber der Berufsausbildung, die sich seit Jahrzehnten hartnäckig halten: Mit der Berufsbildung wird anstrengende körperliche Arbeit verbunden. Bildungstheoretisch kann das geringe Ansehen der beruflichen Bildung auch auf die aus dem antiken Griechenland bekannte Dichotomie zwischen den Begriffspaaren „Geist und Körper“, „Theorie und Praxis“ sowie „universell und partikulär“ zurückgeführt werden, die sich bis heute in der begrifflichen Differenzierung und der damit einhergehenden unterschiedlichen Bewertung zwischen „paedeia“ bzw. „ek-paideusi“ und „katartisi“ zeigt.

Zudem sprachen volkswirtschaftliche Gründe für die Förderung der akademischen statt der beruflichen Bildung. Die Hochschulabsolventinnen und -absolventen hatten in den 1960er- und 1970er-Jahren erfolversprechendere Berufsaussichten etwa beim

18 Darunter werden die EPAL sowie ihre Vorgänger (TEE) subsummiert.

Staatsdienst, der neu strukturiert wurde, oder im Privatsektor, wo vor allem Ingenieurinnen und Ingenieure für den Wiederaufbau der Infrastruktur und wegen des Baubooms in den Städten gefragt waren. Die Bildungspolitik richtete ihre Aufmerksamkeit folglich auf die Allgemein- und die Hochschulbildung, deren Kapazitäten durch Neugründungen ausgebaut wurden. Darüber hinaus greifen institutionell-strukturell verankerte Mechanismen der sozialen Sicherung (z. B. Alters-, Kranken- und Arbeitslosensicherung), die individuelle Bildungsentscheidungen massiv beeinflussen können (vgl. Wolf 2011). Im Vergleich zum deutschen System der sozialen Sicherung, das deutlich auf ein beruflich orientiertes Erwerbssystem ausgerichtet ist und über eine duale Ausbildung eine soziale Absicherung (immer noch) ermöglicht, hält das griechische System der sozialen Sicherung eine gesicherte soziale und ökonomische Existenz vorwiegend für Hochschulabsolventinnen und -absolventen vor. So hatten sich viele Eltern, die nach dem Zweiten Weltkrieg in einem sozialpolitisch tief gespaltenen Land harte Wiederaufbauarbeit leisten bzw. wegen hoher Arbeitslosigkeit in den 1960er-Jahren massenhaft (überwiegend nach Deutschland) auswandern mussten, für ihre Kinder den sozialen Aufstieg bzw. die soziale Absicherung vornehmlich über den Weg akademischer Bildung erhofft.

Die Berufsbildung blieb für die meisten Eltern und Jugendlichen nur eine Notlösung. Nach dem Gymnasium fand mithin ein sozialer Selektionsprozess statt, wobei die leistungsschwachen Schülerinnen und Schüler – meist aus schwachen sozioökonomischen Schichten – eine Berufsausbildung aufnahmen bzw. dorthin „aussortiert“ wurden. Diese Entwicklung trug dazu bei, dass sich das Ansehen der beruflichen Bildung weiter verschlechterte, sich Vorurteile verstärkten und ein Teufelskreis zulasten dieser Bildungsform entstand. Dementsprechend ist es bezeichnend, dass die Teilnahme Jugendlicher an der beruflichen Bildung zwischen 2002 und 2009 um 44 Prozent zurückging (von 160.000 auf 108.000 Jugendlichen, vgl. Tabelle 12; KANEP/GSEE 2011, S. 35).

Gleichzeitig wurde der Bereich der Hochschulbildung aufgrund der einseitigen Orientierung von Schülerinnen und Schüler und Eltern durch die Neugründung von Universitäten und Fachhochschulen aufgebläht.

Darüber hinaus trugen die Reformen im Berufsbildungssystem dazu bei, dass der Zugang zu bestimmten Berufen meist verkompliziert wurde. Jede neue Reform brachte neue Absolventinnen und Absolventen auf den Arbeitsmarkt, für die unterschiedliche Ausbildungsprofile sowie Berufsbezeichnungen galten. Diejenigen, die eine berufliche Ausbildung absolvierten, waren (und sind immer noch) unklaren Zugangsbestimmungen in bestimmten Berufen unterworfen, da sogar für sehr ähnliche Ausbildungsberufe der Zugang zum Arbeitsmarkt bzw. die Ausübung eines Berufs nicht einheitlich geregelt sind. Jede neue Reform hat somit neue potenzielle Arbeitslose hervorgebracht. Durch protektionistische Gesetzgebung hatten partikuläre Interessen bestimmter Gruppen oft Vorrang gegenüber universellen Rechten. Im Rückschluss trug die Planungsunsicherheit über die beruflichen Aussichten der Berufsschulabsolventinnen und -absolventen

zu einer weiteren Verringerung der Attraktivität dieses Bildungszweigs bei Eltern und Schülerinnen und Schülern bei.

Hinzu kommt, dass Berufsprofile und Lerninhalte kaum den Bedarf der Wirtschaft und des Produktionssystems berücksichtigen. Dies führt dazu, dass die Qualifikationen der Berufsbildungsabsolventinnen und -absolventen häufig nicht den Anforderungen der Wirtschaft entsprechen. Die Arbeitgeber reagieren mit Skepsis auf die fachlichen Qualifikationen der Berufsschulabsolventinnen und -absolventen und bevorzugen Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die über höhere Qualifikationen verfügen. Viele Arbeitgeber nutzen die Krise aus, um hochqualifiziertes Personal für wenig Geld einzustellen. Vonseiten der Arbeitgeber wird zudem Berufsbildungsabsolventinnen und -absolventen (teilweise aber auch Hochschulabsolventinnen und -absolventen) unterstellt, über fehlende überfachliche Kompetenzen wie Teamfähigkeit, kommunikative Kompetenzen oder Problemlösungsstrategien zu verfügen. Gleichzeitig zeigen die Unternehmen jedoch ebenfalls ein sehr geringes Interesse, an der Ausbildung Jugendlicher aktiv teilzunehmen. Dies kann teilweise durch fehlende Anreize begründet werden, liegt jedoch ebenfalls an der protektionistischen und etatistischen Bildungstradition, die die Verantwortung für die Auszubildenden stets auf den Staat verlagert. So bleibt das Engagement der privaten Wirtschaft in der beruflichen Bildung sehr niedrig; Berufsbildung wird zu 100 Prozent aus öffentlichen Mitteln finanziert. Griechenlands Wirtschaft basiert auf Kleinbetrieben¹⁹, zu 96,2 Prozent sind es Kleinstbetriebe mit bis zu neun Beschäftigten (SBA 2017a), deren Ausbildungsbereitschaft sehr gering ist. Denn wie Forschungsergebnisse immer wieder aufgezeigt haben, korreliert die Betriebsgröße positiv mit der Ausbildungsbereitschaft: Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten verfügen über formalisierte Ausbildungsregelungen, entwickelte Ausbildungsstrukturen und etablierte Qualitätssicherungsmechanismen und sind besonders aktiv in der betrieblichen Ausbildung (vgl. Cedefop 2010, S. 32–33). Folglich steht die kleinbetriebliche Struktur der griechischen Wirtschaft in Verbindung mit der gegenwärtigen Krise einem möglichen Ausbildungsengagement der Betriebe im Wege.

Erkenntnisse aus der Forschung machen jedoch auf die institutionellen Komplementaritäten zwischen dem Ausbildungssystem und dem Produktionssystem aufmerksam und heben die Rolle der Unternehmen für die Hervorbringung bestimmter Arten von Qualifikationen hervor (vgl. Hall/SosKice 2001; Iversen/Stephens 2008; Busemeyer/Trampusch 2012). Zudem zeigen Befunde aus der international vergleichenden Berufsbildungsforschung, dass die enge Anlehnung der Berufsbildung an die Anforderungen der Arbeitswelt und der Wirtschaft sowie die Einbeziehung der Sozialpartner eine unabdingbare Voraussetzung für ein qualitativ hochwertiges und im Hinblick auf den Übergang von der Schule zum Beruf erfolgreiches Konzept darstellt. Berufsbildungsformen,

19 In Deutschland hingegen ist der Anteil der Kleinbetriebe mit 83,7 Prozent geringer, während der Anteil der Großbetriebe mit mehr als 250 Beschäftigten viermal so hoch ist wie in Griechenland (0,4 % vs. 0,1 %) (SBA 2017b).

die auf dem Konzept bspw. des deutschen dualen Systems basieren, werden dabei immer wieder als beispielhaft hervorgehoben (vgl. Ebner 2013; Euler 2013).

Zwar sind seit mehreren Jahrzehnten gewisse Strukturen für die berufliche Ausbildung, welche nach dem Prinzip des dualen Systems aufgebaut sind (siehe Kap. 4.3.2), vorhanden, diese werden allerdings zu wenig genutzt. So sind bspw. die technischen Ausbildungsschulen des OAED [Techniques Scholes Mathitias] bereits mit dem Königlichen Dekret 14/03.06.1952 gegründet worden. Sie haben sich dennoch nie zu einem breit akzeptierten Berufsbildungspfad entwickelt. Nur ca. 18 Prozent der Schülerinnen und Schüler (20.127), die sich für eine berufliche Ausbildung entscheiden, besuchen gegenwärtig die EPAS [Epaggelmatikes Scholes Mathitias], davon ca. zehn Prozent die EPAS der OAED; weitere acht Prozent besuchen Berufsschulen, die unter die Zuständigkeit anderer Ministerien fallen. Der überwiegende Teil allerdings, d. h., mehr als 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler (89.790), die sich für eine technische-berufliche Bildung entscheiden, tun dies in schulischer Form in den EPAL unter der Zuständigkeit des Bildungsministeriums (vgl. KANEP/GSEE 2017).

Hinzu kam, dass die für die Umsetzung der Reformen unabdingbaren Ministerialdekrete oder Präsidialdekrete über neue Curricula, Ausbildungsverordnungen, Lernmaterialien, Ausbau der Schullabore, Weiterbildung der Lehrkräfte, Zugang zu Berufen u. a. meistens Jahre auf sich warten ließen oder nie realisiert wurden, wie z. B. bei den wichtigen Berufspraktika (vgl. Ioannidou/Stavrou 2013).

Zudem galt bei jeder Berufsbildungsreform prioritär, den Absolventinnen und Absolventen der Berufsbildung den Übergang zur tertiären Bildung bzw. zu den Fachhochschulen zu ermöglichen oder durch spezielle Prüfungen zu erleichtern. Dadurch wird die Durchlässigkeit zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung, die ein wichtiges Kriterium horizontaler und vertikaler Mobilität darstellt, innerhalb des formalen Bildungssystems gewährleistet. In der Praxis jedoch werden Berufsschulen oft als notgedrungener Umweg für leistungsschwache Schülerinnen und Schüler angesehen, um ein ganz anderes Ziel zu erreichen, nämlich den ersehnten Hochschulzutritt. Auch die Durchlässigkeit zwischen formalem Bildungssystem und nicht formaler Bildung ist zwar gesetzlich vorgesehen (Gesetz Nr. 3879/2010), in der Realität wird sie jedoch nicht umgesetzt. So haben die IEK-Absolventinnen und -Absolventen (postsekundäre, nicht tertiäre berufliche Ausbildung) bspw. keinen Zugang zum tertiären Sektor (siehe Kap. 4.2 und 4.3.3). Letzteres wäre jedoch ein wichtiger Schritt zur Anerkennung der Gleichwertigkeit von Berufsbildungs- und Hochschulabschlüssen.

Für eine strukturelle Reform der Berufsbildung ist die Einbindung der Sozialpartner von entscheidender Bedeutung. Eine solche institutionelle Einbindung von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften würde ihre Bereitschaft für die Einbringung eigener Ressourcen und ihre Verantwortung für Gesellschaft und Volkswirtschaft insgesamt steigern. In letzter Zeit sind Tendenzen zu einer stärkeren Einbindung der Sozialpartner deutlich zu erkennen. Insbesondere die Gewerkschaften engagieren sich mit

wissenschaftlichen Studien und gewerkschaftspolitischen Forderungen für die Qualität der Ausbildung sowie für den Schutz von Auszubildenden zunehmend im Feld der beruflichen Bildung. Dabei rekurren sie auf die Erfahrungen und das Know-how von Partnerorganisationen in anderen Ländern (vor allem Deutschland), zu denen griechische Gewerkschaften Partnerschaften aufbauen. In jüngster Zeit bringt sich auch die Deutsch-Griechische Industrie- und Handelskammer durch Unterstützung von Pilotprojekten im Bereich der dualen Berufsausbildung aktiv ein.

Zusammenfassend lässt sich hinsichtlich der Entwicklung und des Stellenwerts der beruflichen Bildung in Griechenland Folgendes feststellen:

- ▶ Es herrscht ein ungebrochen starker Trend der Schülerinnen und Schüler zur Allgemeinbildung und zum (Fach-)Hochschulstudium.
- ▶ Das Ansehen und die Attraktivität der Berufsausbildung sind nach wie vor niedrig.
- ▶ Die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung wird zwar bei allen Reformbemühungen konstatiert, jedoch hat ein Umdenken in der Bevölkerung und bei den Unternehmen zugunsten dieser Bildungsform bisher nicht stattgefunden.
- ▶ Die Berufsausbildung wird fast ausschließlich (mit Ausnahme der Mathititias in den EPAS) schulbasiert angeboten.
- ▶ Die Sozialpartner (Gewerkschaften und Unternehmen) beginnen, sich stärker in der beruflichen Bildung zu engagieren.
- ▶ Die Verbindung zwischen beruflichen Qualifikationen und Arbeitsmarkterfordernissen ist eingeschränkt; dadurch verfehlt berufliche Bildung ihre primäre Funktion, nämlich den Übergang in eine adäquate, qualifizierte Beschäftigung zu erleichtern.

4.2 Struktur der Berufsbildung und Angebote

Die gängigste Unterscheidung bei der Kategorisierung von Berufsbildungssystemen bezieht sich auf die Leitdifferenz des Lernortes und gliedert sich in schulbasierte berufliche Bildung, betriebsbasierte berufliche Bildung sowie Mischformen (duals Modell). Außerdem werden Berufsbildungssysteme entlang von Merkmalen wie dem Grad der Verbindung zum Arbeitsmarkt sowie dem Maß an staatlicher Intervention und/oder Einbeziehung der Sozialpartner charakterisiert und systematisiert (vgl. Greinert 2004; Gonon 2016).

Das griechische Berufsbildungssystem ist im Wesentlichen schulbasiert mit umfassenden staatlichen Interventionen, loser Kopplung an den Arbeitsmarkt und einem sehr niedrigen Firmenengagement. Berufliche Bildungsangebote sind gesellschaftlich wenig anerkannt, da auch Unternehmen und Arbeitgeber immer noch eine kritische bis ablehnende Haltung gegenüber betrieblichen Ausbildungsformen einnehmen. Auch gibt es wenig Autonomie der Berufsschulen, häufig wechselnde Berufsprofile und instabile gesetzliche Regelungen, und es mangelt an arbeitsmarktorientierten Ausbildungspro-

grammen sowie der Einbeziehung der Sozialpartner in die Berufsbildung. Somit spiegeln Struktur und Angebote der Berufsbildung in Griechenland eine Reihe von länderspezifischen Merkmalen wider, die wesentlicher Bestandteil politischer Debatten und rechtlicher Reformen waren (und immer noch sind). Das Ministerium für Bildung, Forschung und Religionsangelegenheiten übernimmt die zentrale Rolle für die Organisation und Implementierung der Berufsbildung, während das Ministerium für Arbeit und Sozialversicherung für die betriebsbasierte Ausbildung und die Identifizierung von „ausbildungsfreundlichen“ Unternehmen verantwortlich ist.

Die berufliche Bildung in Griechenland weist eine plurale, alle Stufen umfassende und flächendeckende Struktur auf. Voraussetzung für die Aufnahme einer beruflichen Erstausbildung ist ein erfolgreicher Abschluss der neunjährigen Schulpflicht. Zugang zur Berufsbildung auf der Sekundarebene hat jeder, der einen Gymnasialabschluss hat. Eine Zugangsprüfung zum Nachweis fachspezifischen Wissens und/oder entsprechender Fähigkeiten ist nicht vorgeschrieben. Gleichwohl gibt es am Ende jeden gymnasialen Schuljahres Abschlussprüfungen, die noten- und versetzungsrelevant sind (siehe Kap. 3.4.3). Im Rahmen der beruflichen Erstausbildung (EQR 3, ISCED 3b) können die Jugendlichen zwischen einer Ausbildung an einem EPAL [Επαγγελματικό Λύκειο] oder an einer EPAS [Επαγγελματική Σχολή] wählen²⁰.

4.2.1 Berufsbildung auf der Sekundarstufe II (formale Bildung): Berufliches Lyzeum (EPAL) und Berufsschule (EPAS)

Das berufliche Lyzeum (EPAL) bietet eine rein schulbasierte Ausbildung an. Sie findet tagsüber in Form von Vollzeitunterricht oder berufsbegleitend in Abendklassen [Esperino EPAL] statt. Je nach Unterrichtsform dauert die Ausbildung drei Jahre (Vollzeit) bzw. vier Jahre (Abendklassen) und endet mit einem doppelt qualifizierenden Abschluss: Abschlusszeugnis des EPAL [Δίπλωμα Επαγγελματικού Λυκείου, Diploma EPAL] und Ausbildungszertifikat [Πτυχίο, Ptychio EPAL]. Nach erfolgreichem Abschluss der ersten Klasse des allgemeinen Lyzeums (GEL) oder des beruflichen Lyzeums (EPAL) haben die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, zwischen den beiden Schultypen zu wechseln (horizontale Mobilität).

Absolventinnen und Absolventen der EPAL steht aufgrund ihres doppelt qualifizierenden Abschlusses ein breites Spektrum an weiteren Bildungs- und Berufswegen offen (siehe Kap. 4.3.1).

Die Ausbildung in den Berufsschulen (EPAS) basiert auf dem Konzept der alternierenden Berufsausbildung. Die Lehre [Μαθητεία, Mathitia] wurde mit dem Gesetzesdekret Nr. 3971/1959 eingeführt und seitdem hauptsächlich von der öffentlichen Arbeitsverwaltung (OAED) in den eigenen Berufsschulen betrieben. Die Lehre in den EPAS der OAED hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, denn sie wird als eine strate-

²⁰ Die Schulen für Berufsausbildung [Σχολές Επαγγελματικής Κατάρτισης, SEK], welche die alten EPAS laut Gesetz Nr. 4186/2013 ersetzen sollten, wurden nach dem Gesetz Nr. 4386/2016 abgeschafft und werden hier nicht weiter behandelt.

gisch wichtige bildungspolitische Maßnahme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit angesehen.

Die Ausbildung findet in der Schule und im Betrieb statt und zielt auf den Erwerb von arbeitsmarktrelevanten Lerninhalten und Kompetenzen ab. Die Ausbildung dauert insgesamt zwei Jahre (vier Semester). Zugang zu dieser Form haben junge Leute im Alter von 16 bis 23 Jahren, die mindestens die erste Klasse eines GEL oder eines EPAL erfolgreich abgeschlossen haben. Ziel ist es, Auszubildenden Berufserfahrung unter realen Arbeitsbedingungen zu vermitteln, um ihren Eintritt in den Arbeitsmarkt vorzubereiten.

Nach der Ausbildung erhalten Absolventinnen und Absolventen ein Abschlusszeugnis [Δίπλωμα επαγγελματικής σχολής, Diploma EPAS] und ein Ausbildungszertifikat [Πτυχίο, Ptychio EPAS], welches ihnen die Ausübung eines Berufs bzw. die Fortführung ihres Bildungs- und Qualifizierungswegs ermöglicht. Größtenteils gehen EPAS-Absolventinnen und -Absolventen direkt in den Arbeitsmarkt als Fachkräfte über (siehe Kap. 4.3.2).

4.2.2 Berufsausbildung auf der postsekundären, nicht tertiären Stufe (nicht formale Bildung): Berufsausbildungsinstitute (IEK)

Die Berufsausbildungsinstitute (IEK) [Ινστιτούτα Επαγγελματικής Κατάρτισης, Institouta Epaggelmatikis Katartisis] sind auf der postsekundären, nicht tertiären Stufe angesiedelt und gehören zur nicht formalen Bildung. Es gibt öffentliche und private IEK. Die Zuständigkeit für die IEK liegt beim Generalsekretariat für lebenslanges Lernen des Bildungsministeriums, welches die Verantwortung für die Ausbildungsangebote sowie für die Entwicklung und Aktualisierung von Ausbildungsprogrammen und -inhalten trägt.

Die IEK bieten zwei Arten beruflicher Bildungsgänge für unterschiedliche Zielgruppen an:

1. Geringqualifizierte Erwachsene, die nur die Schulpflicht abgeschlossen haben (Sekundarstufe I), können an der IEK eine einjährige berufliche Erstausbildung absolvieren und einen Berufsabschluss auf unterem Sekundarniveau erhalten [Πιστοποιητικό Επαγγελματικής Κατάρτισης, Pistopoiotiko Epaggelmatikis Katartisis].
2. Absolventinnen und Absolventen der Sekundarstufe II, d. h. des allgemeinen Lyzeums (GEL) sowie des beruflichen Lyzeums (EPAL) oder der Berufsschulen (EPAS), können am Ende der ein- bis zweijährigen Ausbildung (einjährig fachgebunden, sonst zweijährig) ein berufliches Diplom [Δίπλωμα επαγγελματικής κατάρτισης, Diploma Epaggelmatikis Katartisis] erhalten.

Die Auswahl der Studierenden an den IEK erfolgt zweimal im Jahr – jeweils zu Beginn des Winter- und des Sommersemesters – nach Kriterien, welche die früheren

Schulnoten und beruflichen Erfahrungen sowie die soziale Lage der Bewerberinnen und Bewerber berücksichtigen. IEK-Absolventinnen und -Absolventen können direkt in den Arbeitsmarkt übergehen und als höher qualifizierte Fachkräfte eingesetzt werden.

4.3 Überblick über Angebotsformen und ihnen zugeordnete Ausbildungsgänge

4.3.1 Angebotsform I: Schulbasierte Ausbildung: Berufliches Lyzeum [Epaggelmatiko Lykeio, EPAL]

Das berufliche Lyzeum (EPAL) ist eine schulbasierte Berufsbildungsform der Sekundarstufe II und steht den Absolventinnen und Absolventen des Gymnasiums am Ende der Schulpflicht als Alternative zum allgemeinen Lyzeum [Geniko Lykeio, GEL] zur Verfügung. Jährlich entscheiden sich etwa 30 Prozent eines Jahrgangs für diesen Bildungsweg, während etwa 70 Prozent das GEL vorziehen. Dieses Verhältnis ist in den letzten zehn Jahren relativ stabil geblieben. Aufnahmevoraussetzung für den Besuch des beruflichen Lyzeums ist der erfolgreiche Abschluss des Gymnasiums [Gymnasio] (Sekundarstufe I) sowie ein Mindestalter von 15 Jahren.

Die EPAL stehen unter der Verantwortlichkeit des Bildungsministeriums und wurden zuletzt durch das Gesetz Nr. 4186/2013 geregelt, während die angebotenen Fachbereiche sowie die einzelnen Fachrichtungen durch das Gesetz Nr. 4386/2016 reguliert werden. Nach der letzten Reform bieten die EPAL zwei Bildungszyklen an: a) den dreijährigen Zyklus der beruflichen schulbasierten Ausbildung in Sekundarstufe II, der Teil des formalen Bildungssystems ist, und b) den einjährigen postsekundären Zyklus der „Post-Lyzeum-Ausbildungsklasse“ [Μεταλυκειακό έτος – Τάξη Μαθητείας, Metalykeiako Etos – Taxi Mathiteias], der dem nicht formalen Bildungsbereich angehört und als arbeitsplatznahe Ausbildung konzipiert wurde. Der Besuch der Ausbildungsklasse ist für die Absolventinnen und Absolventen des EPAL freiwillig.

Folgende Daten beschreiben die Situation für diese Berufsbildungsform (Schuljahr 2014/2015)²¹:

- ▶ Anzahl von EPAL: 393 (davon 73 Abendklassen)
- ▶ Anzahl von Schülerinnen und Schülern: 87.093 (61.048 männlich und 26.045 weiblich)
- ▶ Anzahl von Lehrkräften: 11.728 (6.746 männlich und 4.982 weiblich)
- ▶ Anzahl von Schülerinnen und Schülern pro Lehrkraft: 7:1

21 Quelle: ELSTAT (2016): <http://www.statistics.gr/el/statistics/-/publication/SED27/2014> (Stand: 10.04.2017).

Die geografische Verteilung der EPAL spiegelt die Zentrum-Peripherie-Ungleichheiten wider, denn die überwiegende Anzahl von EPAL konzentriert sich auf die zwei großen Städte Griechenlands (Athen und Thessaloniki) und ist somit in den Regionen „Attika“ (91 Schulen) und „Zentralmakedonien“ (82 Schulen) zu finden. Diese zwei Städte verfügen über eine EPAL-Schülerpopulation, die etwa 47 Prozent aller EPAL-Schülerinnen und -Schüler ausmacht.

Die Ausbildung an den EPAL findet tagsüber in Form von Vollzeitunterricht oder berufsbegleitend in Abendklassen statt. Abendklassen wenden sich grundsätzlich an erwerbstätige Schülerinnen und Schüler, wobei die Dauer der Ausbildung hier vier Jahre beträgt. Vermittelt werden allgemeinbildende Inhalte und berufsrelevante Fertigkeiten in der gewählten beruflichen Fachrichtung.

Die Angebotsstruktur der zu vermittelnden Berufsbildungsinhalte gliedert sich wie folgt:

- ▶ Orientierungsgruppen: Sie umfassen sechs breite Kategorien bzw. berufliche Orientierungsgruppen, nämlich a) technologische Richtung, b) Verwaltung und Wirtschaft, c) Agrarwirtschaft, d) Schiffstechnik/Schifffahrt, e) Gesundheitswesen, Kosmetik und Friseurtechnik und f) angewandte Kunst.
- ▶ Berufsbereiche: Die sechs Orientierungsgruppen werden in zwölf Berufsbereiche weiter ausdifferenziert.
- ▶ Berufliche Fachrichtungen: Jeder einzelne Berufsbereich beinhaltet eine bestimmte Anzahl an Fachrichtungen. Insgesamt werden 39 berufliche Fachrichtungen angeboten.
- ▶ Das Berufsbildungsangebot wird in drei Klassen vermittelt:
- ▶ Erste Klasse: Die erste Klasse dient der Orientierung und hat einen allgemeinbildenden Charakter. Sie ist als „Klasse wesentlicher Kompetenzen“ gekennzeichnet, denn in diesem ersten Schuljahr zielen die angebotenen Inhalte auf die Vermittlung allgemeinen Wissens und auf die Entwicklung generischer Kompetenzen. Das Spektrum der zu vermittelnden Inhalte besteht aus allgemeinbildenden Fächern (15 Wochenstunden), Fächern „wesentlicher Kompetenzen“ (vier Wochenstunden), Wahlfächern (zwei Wochenstunden) und Unterstützungskursen (vier Wochenstunden). Die Mindestschülerzahl beträgt 15 Schülerinnen und Schüler pro Schuleinheit.
- ▶ Zweite Klasse: In der zweiten Klasse des EPAL wählen die Schülerinnen und Schüler einen Berufsbereich aus, der ihren Qualifikationen und Neigungen am ehesten entspricht. Zugang zu der zweiten Klasse haben Absolventinnen und Absolventen der ersten Klasse des EPAL oder der ersten Klasse des GEL sowie Absolventinnen und Absolventen des GEL. Das Curriculum sieht allgemeinbildende Fächer (13 Wochenstunden), spezifische Kurse, die eng mit den Berufsbereichen verbunden sind (18 Wochenstunden), Wahlfächer (zwei Wochenstunden) und Unterstützungskurse

(zwei Wochenstunden) vor. Die Mindestschülerzahl beträgt 15 Schülerinnen und Schüler pro Schuleinheit.

- Dritte Klasse: Die dritte Klasse ist die Klasse der beruflichen Fachrichtungen. Das Gewicht liegt hier auf der Vermittlung von berufsspezifischen Inhalten (23 Wochenstunden). Allgemeinbildende Fächer wie Griechisch, Mathematik, Physik, Chemie, Englisch und Sport werden ebenfalls angeboten (zwölf Wochenstunden). Die Mindestzahl beträgt hier zehn Schülerinnen und Schüler pro Schuleinheit.

Das Gesetz Nr. 4386/2016 hat die Lerninhalte für die zweite und dritte Klasse erneut bestimmt und weiter spezifiziert. Es handelt sich dabei um die neun Berufsbereiche Umwelt und Landwirtschaft, Betriebswirtschaftslehre, Bauwerke, angewandte Kunst, Elektrotechnik und Automatik, Ingenieurwesen, Schiffstechnik/Schifffahrt, Informatik oder Gesundheitswesen sowie 36 Fachrichtungen, u. a. Nahrungsmitteltechnologie, Kfz-Mechaniker/-in, Kfz-Elektriker/-in und Elektroinstallation.

Die Schülerinnen und Schüler eignen sich theoretische und berufsbezogene Inhalte überwiegend durch Frontalunterricht oder Gruppenarbeit in der Schule an. Für die Vermittlung berufspraktischer Aspekte existieren fachspezifisch ausgestattete schulische Labore. Dort werden Fachkenntnisse und berufsbezogene Kompetenzen durch Instruktion oder Modelllernen erworben. Die Curricula werden in fachspezifischen Arbeitsgruppen, bestehend aus Fachexperten und -expertinnen, Lehrkräften sowie Vertretern und Vertreterinnen der jeweiligen Berufsgruppen, entwickelt und unter der Aufsicht des Instituts für Bildungspolitik [Institouto Ekpaideutikis Politikis, IEP] aktualisiert. Das IEP ist eine nachgeordnete Behörde des Bildungsministeriums, das für die Entwicklung von Lehrplänen und Lehrmaterialien für den Primarbereich und die Sekundarbereiche I und II zuständig ist. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sind an der Entwicklung der Curricula nur indirekt beteiligt, da sie lediglich Stellungnahmen zu den Berufsprofilen abgeben.

Die Evaluation der Schülerinnen und Schüler wird auf der Basis von wissensbasierten Tests, individuellen oder gruppenspezifischen Projekten und praktischen Übungen von der jeweiligen Lehrkraft (je nach Fachrichtung) durchgeführt. Bei erfolgreichem Abschluss erhalten die Schülerinnen und Schüler ein Ausbildungszertifikat.

Absolventinnen und Absolventen der EPAL steht aufgrund ihres doppelt qualifizierenden Abschlusses ein breites Spektrum an weiteren Bildungs- und Berufswegen offen. Eine erste Option ist der direkte Übergang in den Arbeitsmarkt. Eine weitere Option besteht darin, Bildungsangebote im Rahmen des formalen und nicht formalen Bildungssystems wahrzunehmen und so ihre Qualifikationen zu verbessern. Diese Möglichkeiten sind:

- Fortsetzung ihrer Ausbildung im EPAL für ein zusätzliches Post-Lyzeum-Schuljahr in der freiwilligen „Ausbildungsklasse“ [Τάξη Μαθητείας, Taxi Mathiteias]. Die Ausbil-

dukungsklasse folgt dem Prinzip der dualen Ausbildung und beinhaltet a) praktische Ausübung in einem Unternehmen (28 Stunden pro Woche) und b) Kurse im Labor und Propädeutik für die Zertifizierungsprüfungen (sieben Stunden pro Woche).

- ▶ Fortsetzung ihrer Qualifizierung in einem postsekundären, nicht tertiären Berufsausbildungsinstitut [Ινστιτούτο Επαγγελματικής Κατάρτισης, Institutou Epaggelmatikis Katartisis, IEK].
- ▶ Aufnahme eines Studiums an einer Universität [Ανώτατα Εκπαιδευτικά Ιδρύματα, AEI] oder an einer Fachhochschule [Τεχνολογικά Εκπαιδευτικά Ιδρύματα, TEI] nach einer speziellen Quote; dies geschieht nach Ablegung von standardisierten und zentralorganisierten Hochschulzulassungsprüfungen [Πανελλήνιες Εξετάσεις, Panhellenische Prüfungen].

4.3.2 Angebotsform II: Alternierende Ausbildung: Berufsschule [Epaggelmatiki Scholi, EPAS]

Die Berufsschulen (EPAS) entsprechen dem Vorbild der dualen Berufsausbildung und gehören der nicht formalen Bildung an. Diese Angebotsform kombiniert Theorie und Praxis, wobei Wert auf die praktische Ausbildung in einem Betrieb gelegt wird. Das Studium an der EPAS dauert insgesamt zwei Jahre (vier Semester).

Wesentliche Voraussetzungen für den Besuch der EPAS sind:

- ▶ erfolgreicher Abschluss der ersten Klasse des allgemeinen oder beruflichen Lyzeums (GEL oder EPAL)
- ▶ Mindestalter 16 Jahre und nicht älter als 23 Jahre.

Die Abschlussnote ist für die Bewerbung an einer EPAS bewertungsrelevant. Außerdem werden soziale und ökonomische Kriterien berücksichtigt, da sich in der Regel junge Menschen aus schwachen sozioökonomischen Schichten für die duale Ausbildung interessieren.

Im Wesentlichen wird die duale Ausbildung von der Organisation für Beschäftigung des Arbeitskraftpotenzials (OAED) unter der Zuständigkeit des Arbeitsministeriums organisiert und angeboten. Landesweit operieren im Schuljahr 2016/2017 insgesamt 51 EPAS der OAED. Durchschnittlich nehmen jährlich etwa 10.000 Schülerinnen und Schüler an dieser Angebotsform teil; der überwiegende Anteil der Schülerinnen und Schüler ist männlich (60 Prozent männlich und 40 Prozent weiblich). Im jährlichen Durchschnitt absolvieren die duale Ausbildung an den EPAS der OAED ca. 4.500 junge Menschen. Außer den von der OAED verwalteten Berufsschulen gibt es weitere EPAS, die unter der Aufsicht anderer Ministerien stehen (u. a. Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung, Ministerium für Tourismus, Ministerium für Gesundheitswesen). Der Unterschied besteht in den angebotenen Berufsbereichen und Fachrichtungen, die eng mit dem Verantwortungsbereichen des jeweiligen Ministeriums zusammenhängen.

Die EPAS der OAED bieten ein breites Spektrum an Berufsbereichen und Fachrichtungen an, die sich auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes beziehen. Die Lehrlingsausbildung umfasst 14 Fachgebiete, u. a. Elektronik, Maschinenbau, Angewandte Künste, Agrarwirtschaft, Gesundheit und Sozialfürsorge, Bauwesen und Informatik sowie 36 Fachrichtungen, die je nach Nachfrage aktiviert wird, u. a. Brenn- und Erdgastechnik, CNC-Werkzeugmaschinen, Elektroinstallationen, Landmaschinen, Bauwerke, Verwaltung, Tischlerei, Tierzucht, Materialprüfung, Hotel- und Catering-Services, Weinbau und Kelterei. Um den Arbeitsmarktbedarf einschätzen zu können, arbeitet die OAED mit den Sozialpartnern sowie den Regional- und Lokalbehörden zusammen. Eine wichtige Rolle spielen dabei die landesweit 30 Vermittlungsbüros [Γραφεία Διασύνδεσης, Grafeia Diasyndesis], welche die Berufsbildungseinrichtungen mit dem Arbeitsmarkt verbinden sollen. Die Entscheidung über die Fachrichtungen, die angeboten werden, wird dezentral auf der Ebene der Schuleinheit gefällt.

Auf der Basis von Zeitreihen (2011 bis 2015) kann festgehalten werden, dass fünf Fachrichtungen die größte Nachfrage (mehr als 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler) erfahren:

1. Friseurhandwerk
2. Kraftfahrzeugmechaniker/-in
3. Elektriker/-in
4. Fachkraft für thermische und hydraulische Maschinen
5. Fachkraft für Computer und Informationsnetzwerke.

Die Curricula werden von der OAED entwickelt, wobei Repräsentanten der jeweiligen Berufsbereiche am curricularen Entwicklungsprozess teilnehmen. Existierende Berufsprofile und Berufsstandards werden dabei berücksichtigt.

Die Auszubildenden beginnen in der Regel ab dem ersten Semester mit ihrer praktischen Ausbildung in einem Betrieb, wobei nicht nur der private, sondern auch der öffentliche Sektor Ausbildungsplätze anbietet. Die Suche nach fachrichtungsrelevanten Ausbildungsplätzen gestaltet sich nicht immer einfach, da das Angebot seitens der Betriebe begrenzt ist. Die Situation hat sich seit Beginn der Krise verschärft. Für die Vermittlung der Schülerinnen und Schüler an die Ausbildungsbetriebe sind die Berufsschulen zuständig; die Ausbildungsbetriebe bekommen dafür einen Zuschuss von der OAED. Jede Schule verfügt über eine Liste mit lokalen Unternehmen, die im bereichsnahen Tätigkeitsfeld aktiv sind und Interesse an einer Teilnahme an der dualen Ausbildung haben. Lehrende der Berufsschulen kümmern sich um die Aufrechterhaltung regulärer Kontakte zu Arbeitsgebern und Betrieben mit dem Ziel, die Anzahl der angebotenen Ausbildungsplätze zu steigern. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände bemühen sich zudem durch verschiedene Aktionen (Werbekampagnen oder Newsletter), das Engagement der Unternehmen an der dualen Ausbildung zu steigern.

Die Auszubildenden sind vormittags im Betrieb und nachmittags in der Schule, wo theoretische und praktische Kurse unterrichtet werden. Während im Betrieb die Aneignung praktischer Kenntnisse erfolgen soll, fokussiert die Berufsschule die Vermittlung von theoretischem Fachwissen. Es gibt keinen gesetzlich definierten Ausbildungsplan für die betriebsinterne Ausbildung, allerdings stehen die zuständigen Lehrenden in Kontakt mit dem Arbeitgeber, um eine Abstimmung zwischen schulbasierter und unternehmensbasierter Ausbildung zu ermöglichen. Zwischen der Schule, dem Arbeitgeber und der Schülerin bzw. dem Schüler wird ein Ausbildungsvertrag [Συμφωνητικό Μαθητείας, Symfonitiko Mathiteias] geschlossen. Die Auszubildenden werden während der praktischen Ausbildung vom Unternehmen mit einem gesetzlich geregelten Gehalt vergütet (75 Prozent des Mindestlohns des nationalen Tarifvertrags). Die Unternehmen beteiligen sich kaum an der Finanzierung der dualen Ausbildung. Der Staat finanziert zu 100 Prozent die Implementierung der dualen Berufsausbildung, wobei der Teil der praktischen Ausbildung durch den Europäischen Sozialfonds kofinanziert wird (siehe Kap. 5.3). In der Periode 2007 bis 2013 wurde die praktische (betriebsinterne) Ausbildung der EPAS über die Übernahme der Lohnkosten durch das operationale Programm „Bildung und lebenslanges Lernen“ finanziell gefördert.

Nach erfolgreichen Abschlussprüfungen der Ausbildung erhalten die Absolventinnen und Absolventen ein Abschlusszeugnis [Δίπλωμα επαγγελματικής σχολής, Diploma Epaggelmatikis Scholis] und ein Ausbildungszertifikat, welches sie zur Ausübung eines Berufs berechtigt oder ihnen weitere Bildungsoptionen ermöglicht. EPAS Absolventinnen und -Absolventen verfügen darüber hinaus über Berufslizenzen, soweit die von ihnen gewählte Fachrichtung durch gesetzliche Vorschriften geregelt ist.

Hinsichtlich der Mobilität der Absolventinnen und Absolventen, im Sinne von weiteren Bildungsoptionen, lassen sich folgende Perspektiven festhalten:

- ▶ Zugang zur zweiten Klasse des allgemeinen Lyzeums (GEL)
- ▶ Zugang zur zweiten Klasse des beruflichen Lyzeums (EPAL) einer nicht ähnlichen Fachrichtung
- ▶ Zugang zur dritten Klasse des beruflichen Lyzeums (EPAL) mit ähnlicher Fachrichtung
- ▶ Zugang zu postsekundären Berufsausbildungsinstituten (IEK) (fachgebunden)

4.3.3 Angebotsform III: Berufliche Ausbildung auf postsekundärer, nicht tertiärer Stufe: Berufsausbildungsinstitute [Institouta Epaggelmatikis Katartisis, IEK]

Die Berufsausbildungsinstitute (IEK) sind Teil der nicht formalen Bildung und zielen auf die Vermittlung berufsrelevanter Kenntnisse und Fähigkeiten auf postsekundärer Stufe. Das Generalsekretariat für lebenslanges Lernen des Ministeriums für Bildung, Forschung

und Religionsangelegenheiten trägt die Verantwortung für die Angebotsentwicklung, die Aktualisierung von Berufsbildungsprogrammen und -inhalten sowie für die Sicherung der Qualität. Die Arbeits-, Studien- und Prüfungsordnung der IEK wird zentral durch das Bildungsministerium (Nr. 5954/2014) geregelt.

Es gibt etwa 129 öffentliche sowie 62 private IEK in 74 Städten. Darunter sind zwei öffentliche IEK für Personen mit Behinderungen sowie drei IEK, die in Gefängnissen operieren. Im Wintersemester 2015 waren 30.700 Personen in den öffentlichen IEK und 31.161 in den privaten IEK eingeschrieben. Die über 180 angebotenen IEK-Programme beinhalten ein weites Spektrum an Fachgebieten und Fachrichtungen, die i. d. R. gesetzlich vorgegebene Qualifikationen beinhalten.

Die IEK bieten zwei Arten von beruflichen Bildungsgängen an, die sich an unterschiedliche Zielgruppen richten: Eine einjährige berufliche Erstausbildung für geringqualifizierte Erwachsene (Absolventinnen und Absolventen der Sekundarstufe I) sowie eine ein- bis zweijährige Ausbildung für Absolventinnen und Absolventen der Sekundarstufe II (siehe Kap. 4.2).

Folgende Faktoren werden bei der Einschreibung an einer IEK berücksichtigt:

- ▶ Mindestalter 18 Jahre,
- ▶ Abschluss des allgemeinen Lyzeums (GEL) oder des beruflichen Lyzeums (EPAL),
- ▶ für bestimmte Fachrichtungen ist auch ein Abschluss der unteren Sekundarstufe (I) möglich,
- ▶ Gesamtnotendurchschnitt des Abschlusszeugnisses,
- ▶ berufliche Erfahrung,
- ▶ sozioökonomische Lage der Familie.

Die Dauer der Ausbildung an einem IEK dauert insgesamt fünf Semester, davon ist ein Semester (sechs Monate) für die praktische Ausbildung an einem Betrieb vorgeschrieben und bildet eine Voraussetzung für den erfolgreichen Abschluss. IEK-Auszubildende, die bereits vor oder während der wirksamen Ausbildungsperiode mehr als 150 Arbeitstage vorweisen können, sind vom Pflichtsemester der praktischen Ausbildung befreit.

Während der vier Ausbildungssemester eignen sich die Auszubildenden theoretische und praktische Kenntnisse und Fähigkeiten an, die durch schriftliche und mündliche Prüfungen evaluiert werden.

Jedes IEK verfügt über ein oder mehrere Fachgebiet(e), das bzw. die wiederum eigene Fachrichtungen anbieten bzw. anbietet, wie z. B. Informations-, Telekommunikations- und Netztechnologien, Finanz- und Verwaltungsdienstleistungen, Tourismus, Landwirtschaft, Bekleidung, Bauindustrie, Energie, Umwelt, Kultur und Sport. Die Angebotsliste wird zu Beginn jedes Wintersemesters publiziert. Zudem hat jedes IEK die Möglichkeit, solche Fachgebiete anzubieten, die eng mit den Anforderungen des lokalen

Arbeitsmarkts verbunden sind. Die Mindestzahl für die Aufnahme eines Programms beträgt 15 Personen.

Die Evaluierung der IEK-Auszubildenden durchläuft zwei Phasen: a) Nach erfolgreichen Abschlussprüfungen erhalten die Auszubildenden eine „Berufsausbildungsbestätigung“ [Βεβαίωση επαγγελματικής κατάρτισης, Vevaiosi Epaggelmatikis Katartisis]; b) anschließend können die Absolventinnen und Absolventen an theoretischen und praktischen Prüfungen teilnehmen, um ein Zertifikat [Πιστοποιητικό επαγγελματικής κατάρτισης, Pistopoietiko Epaggelmatikis Katartisis] für ihre Fachrichtung zu erlangen. Diese Prüfungen werden gemeinsam für die Absolventinnen und Absolventen öffentlicher und privater IEK zweimal im Jahr von einem zentralen Prüfungsausschuss und den regionalen Prüfungsausschüssen durchgeführt.

Bis 2014 wurden auch in den öffentlichen IEK-Studiengebühren erhoben, die von den IEK Auszubildenden pro Semester zu entrichten waren. Auszubildende aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen wurden von den Studiengebühren befreit. Aufgrund der Krise hat das Bildungsministerium im Jahre 2011 ein durch EU-Mittel mitfinanziertes Programm mit dem Titel „Voucher für die Erste Berufliche Ausbildung“ mit dem Ziel eingeführt, die Studiengebühren für eine breite Masse der IEK-Studierenden in vollem Umfang zu finanzieren. Infolge der Inkraftsetzung des neuen Gesetzes zur Reform der Berufsbildung (N. 4186/2013) ist heute das Studium in öffentlichen IEK gebührenfrei.

Nach einer Studie von KANEP/GSEE finden nur knapp 22 Prozent der Absolventinnen und Absolventen der postsekundären IEK innerhalb der ersten sechs Monate nach ihrem Abschluss überhaupt eine Anstellung (KANEP/GSEE 2013, S. 14). Nur ein Drittel davon konnte zudem Arbeit in ihrer Fachrichtung finden, zwei Drittel mussten sich in anderen Berufsfeldern beschäftigen (ebd.).

4.3.4 Angebotsform IV: Höhere Berufsausbildung [Ανώτερη Επαγγελματική Εκπαίδευση, Anoteri Epaggelmatiki Ekpaideusi]

Die höhere Berufsausbildung in Griechenland ist Teil des postsekundären, nicht tertiären Bildungsbereichs. Berufliche Qualifikationen dieser Angebotsform setzen eine Mindestdauer von zwei akademischen Jahren voraus. Zugang zur höheren Berufsausbildung haben in der Regel Absolventinnen und Absolventen des allgemeinen Lyzeums (GEL) oder beruflichen Lyzeums (EPAL). Es gibt verschiedene Anbieter für die höhere Berufsausbildung, die von unterschiedlichen Ministerien beaufsichtigt werden. Die praktische Ausübung an relevanten Arbeitsplätzen ist integraler Teil dieser Angebotsform. Je nach Ausbildungsinhalten können Hotels, Schiffe oder Kasernen als praktische Ausbildungsplätze fungieren.

Exemplarische Berufsbildungsanbieter im Bereich der höheren Berufsausbildung sind die Akademie für Handelsschiffahrt (Fachrichtung Mechaniker/-in oder Kapitän) unter der Aufsicht des Ministeriums für Seehandel und Insepolitik oder die Schule für Touristik unter der Aufsicht des Ministeriums für Tourismus sowie die Schule für Po-

lizisten und Polizistinnen und die Feuerwehrrakademie (beide unter der Aufsicht des Ministeriums des Inneren).

Entscheidungen über spezifische Teilnahmevoraussetzungen treffen die Anbieter selbst auf der Grundlage von vordefinierten (allgemeinen und lernspezifischen) Kriterien. In der Regel sind Eingangsprüfungen vorgeschrieben, die landesweit organisiert werden. Die Anzahl der Studierenden ist stets begrenzt.

Absolventinnen und Absolventen der höheren Berufsausbildung haben Zugang zur universitären Bildung (EQR 6, 7, 8, siehe Tabelle 12). Die Studierenden an höheren Schulen und Akademien, die eng mit dem Gegenstand der öffentlichen Sicherheit verbunden sind, bekommen während ihrer Ausbildung einen Lohn und sind nach erfolgreichem Abschluss im öffentlichen Dienst beschäftigt.

4.3.5 Angebotsform V: Berufliche Weiterbildung außerhalb der formalen Strukturen des Bildungs- und Berufsbildungssystems [Συνεχιζόμενη Επαγγελματική Κατάρτιση, Synechizomeni Epaggelmatiki Katartisi, Kentra Epaggelmatikis Katartisis und Zentren für lebenslanges Lernen]

Als berufliche Weiterbildung [Synechizomeni Epaggelmatiki Katartisi] werden Formen des organisierten Lernens innerhalb und außerhalb von Bildungseinrichtungen (wie z. B. am Arbeitsplatz) definiert, welche darauf abzielen, bereits bestehende Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen Erwachsener zu ergänzen, zu aktualisieren oder zu erweitern, um die Integration oder Re-Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, die Beschäftigungsfähigkeit zu sichern und zur persönlichen und professionellen Weiterentwicklung beizutragen (Gesetz Nr. 3879/2010, Artikel 2, siehe Kap. 7.1). Diese berufliche Weiterbildung wird von der allgemeinen Erwachsenenbildung [Γενική Εκπαίδευση Ενηλίκων, Geniki Ekpaideusi Enilikon] unterschieden, die Angebote im Bereich der Grundbildung sowie sprachliche, kulturelle und politische Bildung für Erwachsene umfasst und auf Persönlichkeitsentfaltung und den Abbau von sozialer und Bildungsungleichheit abzielt (Gesetz Nr. 3879/2010, Artikel 2, siehe Kap. 7.1).

Berufliche Fort- und Weiterbildungsprogramme werden überwiegend durch die sogenannten „Beruflichen Weiterbildungszentren“ [Kentra Epaggelmatikis Katartisis, Κέντρα Επαγγελματικής Κατάρτισης, KEK] angeboten. Mit der Inkraftsetzung des Gesetzes Nr. 4093/2012 wurden wichtige Ordnungsänderungen im Bereich der Weiterbildung eingeführt, wobei zwischen Zentren für lebenslanges Lernen I und Zentren für lebenslanges Lernen II unterschieden wird. Als „Zentren für lebenslanges Lernen I“ (ZLLL I) [Κέντρα Διά Βίου Μάθησης I, Kentra Dia Viou Mathisis I] werden Anbieter im Bereich der allgemeinen Erwachsenenbildung bezeichnet, die von Städten und Kommunen betrieben werden, während die (i. d. R. privaten) beruflichen Weiterbildungsanbieter (KEK) zu den „Zentren für lebenslanges Lernen II“ (ZLLL II) [Κέντρα Διά Βίου Μάθησης II] zählen.

Es gibt öffentliche und private KEK/ZLLL II, die von der nationalen Organisation für die Zertifizierung von Qualifikationen und für berufliche Orientierung (EOPPEP, ΕΟΠΠΕΠ) evaluiert und akkreditiert werden. Ohne die Akkreditierung durch die EOPPEP dürfen Weiterbildungsanbieter weder staatliche noch europäische Finanzierung erhalten bzw. sich an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen.

Infrastruktur, Personal, die technische Ausstattung sowie die Lehrenden und Trainerinnen und Trainer sind Teil der Evaluierung im Akkreditierungsprozess, der einen wesentlichen und effektiven Bestandteil eines umfassenden Qualitätssicherungsprozesses für den Weiterbildungsbereich darstellt.

In der Regel bieten die KEK/ZLLL II Weiterbildungsprogramme für Absolventinnen und Absolventen aller Bildungsstufen mit Fokus auf Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose. Aufgrund der finanziellen Krise und der rasanten Steigerung und mittlerweile Stagnation der Arbeitslosigkeit auf sehr hohem Niveau (siehe Kap. 1) wurde in den letzten Jahren eine Vielzahl von Programmen implementiert, die darauf abzielte, Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Der Löwenanteil der angebotenen Programme wird durch den Europäischen Sozialfonds, konkret durch das operationelle Programm „Entwicklung der Human Resources“, gefördert.

Das Ministerium für Arbeit und Sozialversicherungen trägt die Verantwortung und spielt eine zentrale Rolle bei der Festlegung der zu fördernden Programme. Dies geschieht auf der Basis der diagnostizierten aktuellen und zukünftigen Bedarfe des Arbeitsmarkts. Die so geförderten Programme zielen zum einen auf bestimmte Berufssektoren oder Altersgruppen, die besonders hart von der Krise betroffen sind (z. B. Bausektor, junge Menschen), zum anderen aber auch durch die sogenannten „horizontalen Programme“ auf alle anderen Altersgruppen und Berufsbereiche. Exemplarisch können hier Weiterbildungsprogramme zum Erwerb neuer oder zur Aktualisierung und Weiterentwicklung bestehender Kompetenzen benannt werden, wie bspw. Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT-)Kompetenzen, Social-Media-Marketing, Programme für die Tourismusbranche, Logistics, Handel usw..

Die angebotenen Programme sollen zu einer zertifizierten Qualifikation führen, da die Anbieter andernfalls keine öffentliche Finanzierung erhalten. Diese strikte Auflage zwingt insbesondere die privaten Anbieter zur Entwicklung von Programmen, die im Zusammenhang mit einem akkreditierten Berufsprofil stehen. Die Programme werden oft von dem jeweiligen Weiterbildungsanbieter entwickelt.

Die Dauer der Programme variiert je nach Ziel und Thematik. Viele der angebotenen Programme schreiben auch praktisches On-the-job-Training an einem Unternehmen vor. Dieses folgt dem theoretischen Teil und ermöglicht es den Lernenden, ihre neu erworbenen Kompetenzen im realen Berufsfeld einzusetzen und weiterzuentwickeln. Für die Suche eines Trainingplatzes sind die Weiterbildungsanbieter selbst verantwortlich. Weiterbildungsprogramme, die von der EU kofinanziert werden, sind Teil der akti-

ven Arbeitsmarktpolitik. Dies bedeutet, dass die Teilnehmenden während der Dauer der Maßnahme finanziell unterstützt werden.

Über die Weiterbildungsprogramme für Arbeitslose hinaus, die gemessen an Teilnehmerzahlen und Finanzvolumen aktuell den größten Bereich darstellen, gibt es zudem Weiterbildungsprogramme, die sich an Erwerbstätige richten. In der Regel werden Letztere mit Mitteln aus dem Fonds für Beschäftigung und Berufsausbildung [Λογαριασμός για την Απασχόληση και την Επαγγελματική Κατάρτιση, Logariasmos gia tin Apasholisi kai tin Epaggelmatiki Katartisi, LAEK] ermöglicht.

Berufliche Weiterbildungsprogramme werden von den meisten Universitäten – einschließlich der Hellenic Open University [Ελληνικό Ανοικτό Πανεπιστήμιο] – zudem in Präsenzform und im E-Learning-Format angeboten. Unternehmen, Unternehmensverbände und Gewerkschaften sind sehr aktiv im Bereich der beruflichen Weiterbildung und bieten Weiterbildungsmaßnahmen für ihre Zielgruppe in einer Vielzahl von Themen an. Auch Ministerien, nachgeordnete Behörden, große Agenturen und Verwaltungen auf zentraler und regionaler Ebene stellen ihren Beschäftigten Weiterbildungskurse zur Verfügung. Die Verantwortung für die Planung, Organisation und Durchführung dieser Programme liegt bei der jeweils durchführenden Organisation. Die dadurch erworbenen Qualifikationen können in den meisten Fällen nicht den Qualifikationen des Hellenischen Qualifikationsrahmens [Εθνικό Πλαίσιο Προσόντων, Ethniko Plaisio Prosonon, HQR] auf nationaler Ebene zugeordnet werden und sind daher keine anerkannten formalen Qualifikationen.

5 Wichtige Rahmenbedingungen und Bestimmungsfaktoren beruflicher Bildung

5.1 Rechtliche Standardisierung der Berufsbildung und Qualifizierung in Schule und Betrieb

Die politische, organisatorische und curriculare Ordnung des Berufsbildungssystems liegt beim Ministerium für Bildung, Forschung und Religionsangelegenheit. Eine wichtige Rolle bei der beruflichen Bildung in Form der dualen Ausbildung in Schule und Betrieb spielt auch das Ministerium für Arbeit und Sozialversicherungen, welches über die Organisation für die Beschäftigung des Arbeitskraftpotenzials (OAED) die Zuständigkeit für die 51 beruflichen Schulen (EPAS) innehat (siehe Kap. 4.3.2). Die unter der Zuständigkeit anderer Ministerien (Ministerium für Tourismus, Ministerium für Gesundheit, Ministerium für landwirtschaftliche Entwicklung und Ernährung) operierenden EPAS bilden einen, gemessen an der Schülerzahl, kleinen Teil der beruflichen Ausbildung.

Die EPAS verfügen über eine sehr eingeschränkte Autonomie. Zugangsvoraussetzungen, Lehrpläne, Lerninhalte, Lernmethoden, Prüfungsverfahren und Abschlüsse werden vom Bildungsministerium per Gesetz und durch entsprechende Verordnungen reglementiert bzw. reguliert. Dies führt zu einer sich stetig ausbreitenden rechtlichen Standardisierung der Berufsbildung sowie zu einer inflationären Verabschiedung von Regeltexten (Gesetze, Ministerial- und Präsidialerlässe, Verordnungen), die sich teilweise sogar widersprechen. So sind bspw. innerhalb von acht Monaten (2016 bis 2017) 23 Rechtsbestimmungen zur Berufsbildung erlassen worden (zwei Gesetze und 21 Ministerialerlasse). Zentral geregelt werden zudem die Zugangsvoraussetzungen und Angebote für benachteiligte Gruppen sowohl in privaten als auch in öffentlichen beruflichen Einrichtungen auf allen Stufen.

Diese zentrale Steuerung hat weitreichende Konsequenzen. Die so erworbenen Qualifikationen sind auf der einen Seite einheitlich und national anerkannt, der Zugang zu bestimmten Berufen ist reglementiert und für alle gleich; auf der anderen Seite haben Ausbildungs- und Prüfungsinhalte aufgrund bürokratischer Steuerung und institutioneller Schwerfälligkeit oft wenig Bezug zum wirtschaftlichen Bedarf. Folglich kann das System nicht zeitnah auf Entwicklungen in der Wirtschaft oder im Arbeitsmarkt reagieren.

Ein hohes Maß an Flexibilität weisen hingegen Programme der beruflichen Weiterbildung auf. In diesem Fall ist die staatliche Reglementierung eingeschränkt, die Akteure sind vielfältig und die Passung zum aktuellen Wirtschaftsbedarf ist besser. Die Rolle des Staates beschränkt sich bei öffentlich (staatlich oder durch den ESF) kofinanzier-

ten Maßnahmen in der Sicherung der Qualität bspw. durch akkreditierte Programme, akkreditierte Anbieter oder zertifizierte Trainerinnen und Trainer. Zudem existiert seit 2010 rechtlich die Möglichkeit der Anerkennung und Zertifizierung von nicht formal erworbenen Qualifikationen auf der Grundlage von Lernergebnissen (Wissen, Fähigkeiten und Kompetenzen) (siehe Gesetz 3879/2010, Artikel 16).

Qualifikationen, die durch das formale Bildungssystem erworben wurden, sind in unterschiedliche Qualifikationstypen klassifiziert und werden dem achtstufigen Hellenischen Qualifikationsrahmen (HQR) zugeordnet (siehe Kap. 3.3). Im Zuge der Etablierung des HQR wurde zudem das Hellenische Qualifikationsregister entwickelt, eine Datenbasis, die darauf abzielt, alle beruflichen Qualifikationen abzubilden²².

5.2 Steuerungs-/Governancestrukturen der Berufsbildung und Qualifizierung in Schule und Betrieb

Der Bildungsbereich wird durch das Ministerium für Bildung, Forschung und Religionsangelegenheiten zentral gesteuert. Dementsprechend verfügt Griechenland über ein staatszentriertes Ausbildungssystem mit wenigen Elementen dezentraler Steuerung (vgl. Green u. a. 1999). Erst seit der letzten Gebietsreform („Kallikratis Reform“, Gesetz Nr. 3852/2010) wurden Elemente einer dezentralen Steuerung eingeführt, die den Schulen mehr Autonomie gewähren und das Handeln neuer Akteure ermöglichen sollen.

Im Zuge dieser Dezentralisierung wurden mehrere Zuständigkeiten des Bildungsministeriums auf die entsprechenden Regional- oder Kommunalverwaltungen [Peripherien oder Demoi, Περιφέρειες και Δήμοι] übertragen (siehe Kap. 1.2). Der Zuständigkeitsbereich variiert je nach Bildungsform und Zielgruppe. Bezüglich der formalen Bildung (allgemeine Bildung und berufliche Erstausbildung) haben die Kommunen eine Reihe von Kompetenzen übernommen, wie z. B. Bau und Betrieb, Wartung und Instandhaltung von Schulgebäuden; bei der (Mit-)Gestaltung von schulischen Ausbildungscurricula bleibt ihr Einfluss jedoch unbedeutend. Eine Ausnahme bilden die postsekundären Berufsausbildungsinstitute [Institouta Epaggelmatikis Katartisis, IEK] und die Zentren lebenslangen Lernens I und II [Kendra Dia Viou Mathisis I und II], die ihr Angebot an Erwachsene richten und dem Bereich der nicht formalen Bildung zuzuordnen sind. Regionalen und lokalen Akteuren steht in diesem Fall ein viel größerer Handlungsspielraum zur Verfügung.

Die Nationale Organisation für die Zertifizierung von Qualifikationen und für berufliche Orientierung [Εθνικός Οργανισμός Πιστοποίησης Προσόντων και Επαγγελματικού Προσανατολισμού, EOPPEP] ist die zuständige Behörde für die Validierung und Anerkennung von Qualifikationen und für die Sicherung der Qualität außerhalb der formalen Bildung. Die Vorgängerorganisation Nationales Zentrum für die Zertifizierung

22 Aktuell sind 610 Qualifikationen registriert, siehe <http://proson.eoppep.gr> (Stand: 10.04.2017).

von Qualifikationen [Εθνικό Κέντρο Πιστοποίησης, ΕΚΕΠΙΣ] hatte zunächst berufliche Weiterbildungsanbieter und seit 2006 über 200 Berufsprofile in Kooperation mit den Sozialpartnern akkreditiert. Diese Aufgaben werden seit 2010 von der EOPPEP wahrgenommen, die als Nachfolgeorganisation von drei, im Zuge der Krise fusionierten und bis dato im Feld der beruflichen Bildung und Weiterbildung operierenden Organisationen entstand: dem Nationalen Zentrum für die Zertifizierung von Qualifikationen (ΕΚΕΠΙΣ, Εθνικό Κέντρο Πιστοποίησης), der Organisation für berufliche Bildung und Weiterbildung [Οργανισμός Επαγγελματικής Εκπαίδευσης και Κατάρτισης, ΟΕΕΚ] und dem Nationalen Zentrum für berufliche Orientierung [Εθνικό Κέντρο Επαγγελματικού Προσανατολισμού, ΕΚΕΠ]. Im Verwaltungsrat der EOPPEP sind das Bildungsministerium, das Arbeitsministerium sowie die Sozialpartner vertreten.

Auch hinsichtlich der Identifizierung des Arbeitsmarktbedarfs nach bestimmten Qualifikationen sind verschiedene zuständige Stellen und mehrere Akteure involviert: das Ministerium für Arbeit und Sozialversicherungen, das Nationale Institut für Arbeit und Human Resources [Εθνικό Ινστιτούτο Εργασίας και Ανθρώπινου Δυναμικού, ΕΙΕΑΔ] sowie ein Netzwerk von Stakeholdern auf nationaler und regionaler Ebene (u. a. Sozialpartner und Regionen).

Da, wo ein korporatistisch-staatliches Steuerungsmodell existiert, wie in den oben beschriebenen Fällen, wird das Handeln der Akteure oft durch ein komplexes und teilweise widersprüchliches institutionalisiertes Regelsystem gelenkt, das die Interaktion zwischen den Akteuren erschwert und hohe Koordinationsleistungen erfordert, um Entscheidungen zu treffen bzw. umzusetzen. In der politischen Realität ist hierarchische Steuerung durch das zuständige Ministerium die am häufigsten anzutreffende Interaktionsform unter den verschiedenen Berufsbildungsakteuren. Zwar sind Mehrheitsentscheidungen in verschiedenen gesetzlich vorgesehenen Gremien möglich, so bspw. im „Rat für lebenslanges Lernen und für Beschäftigung“ oder im „Beratungsausschuss für den nationalen Qualifikationsrahmen“ (Gesetz Nr. 3879/2010; Gesetz Nr. 4115/2013), sie scheitern jedoch oft aufgrund der unterschiedlichen Interessenlagen der beteiligten Akteure (Vertreter verschiedener Ministerien und Sozialpartner).

5.3 Finanzierung der Berufsbildung und Qualifizierung

Im Allgemeinen lassen sich folgende Finanzierungsquellen für die Berufsbildung und Berufsqualifizierung unterscheiden:

- ▶ öffentliche Finanzierung (Staatshaushalt),
- ▶ projektförmige Förderung insbesondere durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE),
- ▶ Privatwirtschaft,
- ▶ Unterstützung durch internationale Zusammenarbeit und Initiativen.

5.3.1 Finanzierung des beruflichen Lyzeums (EPAL)

Schulgebäude, technologische Infrastruktur, Schulausstattung, Lehr-/Lernmaterialien sowie Lehrerfortbildung werden vom Bildungsministerium finanziert, und zwar aus dem allgemeinen Staatshaushalt, dem ESF und dem EFRE.

5.3.2 Finanzierung der Berufsschule (EPAS)

Schulgebäude, technologische Infrastruktur und Laborausstattungen werden grundsätzlich vom allgemeinen Staatshaushalt finanziert. Die Berufsschulen (EPAS), die der Zuständigkeit der Organisation für die Beschäftigung des Arbeitskraftpotenzials (OAED) unterliegen, werden zudem vom Ministerium für Arbeit und Sozialversicherungen finanziell unterstützt.

Eine sehr wichtige Rolle bei der Finanzierung der dualen Ausbildung spielt der ESF, insbesondere das operationale Programm „Entwicklung von Humanressourcen – Bildung und lebenslanges Lernen“. Für die Förderperiode 2014 bis 2020 zielt dieses Programm u. a. auf die Förderung der dualen beruflichen Ausbildung im Rahmen der Zielvorgabe „Investitionen in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen“. In diesem Zusammenhang wird durch das operationale Programm die praktische Ausübung bzw. die betriebliche Ausbildung der EPAS-Auszubildenden finanziell unterstützt. Der Tageslohn für die betriebliche Ausbildung während der vier Semester beträgt etwa 17 Euro, davon sind elf Euro vom ESF subventioniert. Das Geld wird entweder an den Arbeitgeber oder direkt an die Lernenden ausgezahlt.

5.3.3 Finanzierung der Berufsausbildungsinstitute (IEK)

Die öffentlichen Berufsausbildungsinstitute (IEK) werden durch das Generalsekretariat für lebenslanges Lernen bzw. das Bildungsministerium finanziert.

In der letzten Förderperiode (2007 bis 2013) wurde die praktische bzw. betriebliche Ausbildung der IEK-Studierenden vom ESF kofinanziert. Bis 2014 wurden sowohl in den privaten als auch in den öffentlichen IEK Studiengebühren erhoben, die pro Semester zu entrichten waren. Kandidatinnen und Kandidaten bzw. Studierende aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen wurden von den Studiengebühren befreit. Aufgrund der finanziellen Krise sind infolge der Inkraftsetzung des Gesetzes zur Reform der Berufsbildung (Nr. 4186/2013) die Studiengebühren in den öffentlichen IEK abgeschafft worden.

Für die Zertifizierungsprüfungen der Absolventinnen und Absolventen der öffentlichen und privaten IEK ist die Nationale Organisation für die Zertifizierung von Qualifikationen und für berufliche Orientierung (EOPPEP) zuständig. Die Zertifizierungsprüfungen werden landesweit zweimal im Jahr durchgeführt. Jede Bewerberin, jeder Bewerber bzw. jede Antragstellerin, jeder Antragsteller entrichtet bei der EOPPEP eine Gebühr in Höhe von 100 Euro (50 Euro für den theoretischen Teil und 50 Euro für den

praktischen Teil der Prüfung). Diese Gebühren ermöglichen EOPPEP das Zertifizierungssystem zu finanzieren.

5.3.4 Finanzierung der beruflichen Fort- und Weiterbildung

Fort- und Weiterbildungsprogramme werden in Griechenland von zahlreichen Ministerien, öffentlichen Trägern, Universitäten, Sozialpartnern und privaten Unternehmen angeboten.

Das Arbeitsministerium finanziert durch den ESF in Kooperation mit der OAED ein breites Spektrum an berufsbezogenen und arbeitsmarktfördernden Maßnahmen für Weiterbildung und Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, insbesondere für Arbeitslose und Benachteiligte. Diese kofinanzierten Programme werden als Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik eingesetzt und von privaten beruflichen Weiterbildungszentren (Zentren lebenslangen Lernens II) durchgeführt.

In der letzten Förderperiode 2007 bis 2013 des ESF wurden vom operationalen Programm „Entwicklung der Humanressourcen“ Projekte zur Steigerung und Verbesserung arbeitsmarktrelevanter Kompetenzen kofinanziert (vgl. Ypourgeio Ergasias 2013).

Hinsichtlich der betriebsinternen beruflichen Weiterbildung wird von den Arbeitgebern (private Unternehmen und öffentlicher Dienst) eine Weiterbildungsabgabe in Höhe von 0,24 Prozent der Lohnkosten an die OAED entrichtet, die dafür einen eigens eingerichteten Fonds [Logariasmos gia tin Apasholisi kai tin Epaggelmatiki Katartisi, LAEK] unterhält. Betriebsinterne berufliche Weiterbildungsprogramme dürfen von diesem Fonds gefördert werden, um bspw. die Kosten für Trainerinnen und Trainer abzudecken.

5.3.5 Finanzierung des lebenslangen Lernens

Der überwiegende Anteil der Finanzierung für Programme der allgemeinen Erwachsenenbildung (z. B. Alphabetisierungskurse, kulturelle Erwachsenenbildung, Elternschulen, Migrantenschulen usw.) stammt vom ESF. Das Generalsekretariat für lebenslanges Lernen in Kooperation mit lokalen Bildungseinrichtungen (Elternschulen, Second-Chance-Schulen, Zentren für lebenslanges Lernen) bieten eine Vielzahl solcher Programme an, die vom operationalen Programm „Bildung und lebenslanges Lernen“ kofinanziert werden.

5.4 Ausbildung des Berufsbildungspersonals

Für das Personal in der beruflichen Bildung gelten je nach Berufsschultypus oder Ausbildungsgang unterschiedliche Regelungen; die jeweiligen Anforderungen werden in verschiedenen Gesetzen, Verordnungen oder Ministerialerlässen des zuständigen Ministeriums festgehalten. Folgende Gruppen von Lehrkräften sind in der beruflichen Bildung tätig:

- ▶ Lehrkräfte, Lehrpersonen in beruflichen Lyzeen (EPAL)
- ▶ Lehrkräfte, Lehrpersonen in Berufsschulen (EPAS)
- ▶ Lehrkräfte, Lehrpersonen in beruflichen Ausbildungsinstituten (IEK)
- ▶ Lehrkräfte in der beruflichen Weiterbildung (Zentren für lebenslanges Lernen I und II)

Von Lehrpersonen in den EPAL und EPAS werden je nach Unterrichtsfach (allgemeinbildendes/fachspezifisches Fach oder Laborübungen) fachliche Qualifikationen und praktische Erfahrungen verlangt. Die Anforderungen an das Personal umfassen einen Diplomabschluss auf Tertiärstufe (Universität oder Fachhochschule) in der entsprechenden Fachrichtung oder einen Berufsabschluss aus einem Berufsbildungsgang (EPAL, IEK, höhere Berufsschulen o. Ä.) bzw. im Hinblick auf Laborübungen und praktische Tätigkeiten bzw. praktische Erfahrungen in dem jeweiligen Beruf. Eine berufspädagogische Qualifizierung auf der Tertiärstufe mit entsprechenden Ausbildungsgängen, welche bspw. in Deutschland möglich ist, existiert in Griechenland nicht. Sehr wohl gibt es jedoch Zusatzausbildungen für das Personal in der beruflichen Bildung u. a. mit einem pädagogischen und methodisch-didaktischen Schwerpunkt, z. B. in der Hochschule für pädagogische und technologische Bildung (ASPAITE). Diese Zusatzausbildungen wie auch Studienabschlüsse auf Master- oder PhD-Level sind nicht selten; zudem sind sie obligatorisch, wenn eine Leitungsfunktion an einer Schule oder in der Bildungsverwaltung angestrebt wird. Das Bildungsministerium ist für die Einstellung und Evaluation des Personals der EPAL verantwortlich, während die OAED die Verantwortung für die Lehrkräfte in den EPAS innehat.

Die betriebliche Ausbildung der Schülerinnen und Schüler in den Betrieben übernehmen Berufstätige, die als Praxisausbilder/-innen fungieren und mit den verantwortlichen Betreuerinnen und Betreuern in den EPAS kooperieren. Beratende, kontrollierende und koordinierende Aufgaben werden vom Lehrpersonal in den EPAS wahrgenommen.

Anbieter von Programmen in der öffentlich finanzierten beruflichen Weiterbildung müssen zertifizierte Trainerinnen und Trainer aus einem Trainerregister einstellen (siehe Gesetz 3879/2010, Artikel 19).

5.5 Berufsbildungsforschung

Die wichtigsten Akteure in der Berufsbildungsforschung in den letzten Jahren sind die Sozialpartner. Insbesondere das Zentrum für die Entwicklung von Bildungspolitik (KANEP) des Dachverbands der Griechischen Arbeitnehmer (GSEE) hat eine Vielzahl von Studien durchgeführt und Berichte veröffentlicht, die unterschiedliche Aspekte der beruflichen Bildung in Griechenland beleuchten, u. a. zur Verbindung der Inhalte der Berufsausbildung mit den Qualifikationen und Kompetenzen, die vom Arbeitsmarkt

nachgefragt werden, zum Verbleib der Absolventinnen und Absolventen nach Abschluss der Berufsbildungsmaßnahme oder zur Validierung von nicht formalem und informellem Lernen (vgl. KANEP/GSEE 2013; 2016). Zudem haben andere Institute der Sozialpartner, wie bspw. das Institut für Arbeit (INE) des GSEE oder das Institut für kleine und mittlere Unternehmen (IME) des Dachverbands für Handel, Handwerk und Kleinbetriebe (GSVEE) wie auch der Dachverband der Unternehmen und Industrien (SEV), Studien z. B. zum arbeitsplatznahen Lernen (Stavrou 2014) oder zu Nachfragen an Qualifikationen (SEV 2013), zur Rolle der Sozialpartner in der Berufsbildung (IME/GSVEE 2016) oder zur Arbeitslosigkeit und Arbeitskräfteentwicklung (INE/GSEE 2013; Esftratoglou 2017) durchgeführt. Die Mehrheit dieser Forschungs- und Entwicklungsprojekte wurde durch eine Kofinanzierung mit europäischen und nationalen Mitteln ermöglicht.

Demgegenüber ist die universitäre Forschung in diesem Bereich rudimentär zu nennen. In den Universitäten und Fachhochschulen des Landes existiert keine Abteilung, die sich der Berufsbildung widmet. Deshalb bleiben entsprechende Forschungen und Qualifikationsarbeiten in diesem Bereich aus. Eine Ausnahme bildet die Aristoteles-Universität Thessaloniki, an deren philosophischer Fakultät auch Themen der beruflichen Bildung und Weiterbildung behandelt werden. Die Schwerpunkte der Forschung liegen im Bereich der Validierung und Anerkennung von beruflich erworbenen Kompetenzen, der Planung und Evaluierung von Programmen der beruflichen Weiterbildung sowie der Kompetenzen von Trainerinnen und Trainern.

Insgesamt betrachtet spielt die Berufsbildungsforschung in Griechenland noch eine untergeordnete Rolle. Den Anspruch einer evidenzbasierten Bildungspolitik kann sie aktuell nicht erfüllen.

5.6 Verfahren zur Qualitätssicherung von beruflicher Bildung

Eine systematische Beobachtung und Erfassung der verschiedenen Dimensionen des Berufsbildungssystems (Input, Prozess, Output) mittels objektiver Beobachtungs- und Erfassungsinstrumente und somit das, was unter Bildungsmonitoring verstanden wird, existiert in dieser Form in Griechenland nicht. Zwischen 2010 und 2012 unternahm die Politik jedoch besondere Anstrengungen, um Daten zur beruflichen Bildung und zum lebensbegleitenden Lernen auf nationaler Ebene zu sammeln und zu analysieren, den Ist-Zustand zu bestimmen, Maßnahmen und Anreize daraus abzuleiten und letztendlich sicherzustellen, dass die Bildungsausgaben in Zeiten sehr knapp gewordener Mittel gezielt und effizient eingesetzt werden. Hierzu wurde vom Bildungsministerium erstens eine umfassende Studie zur Bestandsaufnahme in der beruflichen Bildung (berufliches Lyzeum, EPAL, und Berufsschulen, EPAS), (Ypourgeio Paideias 2011a) in Auftrag gegeben und zweitens vom Generalsekretariat für lebenslanges Lernen des

Bildungsministeriums ein Berichtswesen zu lebensbegleitendem Lernen in Griechenland (GSLLL 2013) eingerichtet.

Ziel der umfassenden Studie zur beruflichen Bildung war a) die Erhebung aller zentralen Parameter, die einen Einfluss auf die berufliche Bildung haben, b) die Sammlung und Analyse quantitativer und qualitativer Daten in Bezug auf alle Akteure des Berufsbildungssystems (Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrende und Bildungsadministration) und c) die Herleitung verwertbarer Ergebnisse für politische Interventionen in diesem Feld.

Die Bemühungen zu einer regelmäßigen Bildungsberichterstattung auf nationaler Ebene wurden in der Folge jedoch nicht fortgesetzt. Gleichwohl werden seitens des Bildungsministeriums und nachgeordneter Behörden regelmäßig Berichte verfasst, um der Berichtspflicht Griechenlands gegenüber supranationalen und internationalen Organisationen (EU, OECD, UNESCO) nachzukommen.

Einen nennenswerten Akteur im Feld der Bildungsberichterstattung stellt das Zentrum für die Entwicklung von Bildungspolitik (KANEP) des Dachverbands der Griechischen Arbeitnehmer (GSEE) dar. KANEP verfasst jährlich einen indikatorenbasierten Bildungsbericht mit variierenden Schwerpunkten, zuletzt zum Primar- und Sekundarbereich (vgl. KANEP/GSEE 2017; 2016; 2011). Der aktuelle Bericht (KANEP/GSEE 2017) erhebt Indikatoren sowohl zum Input als auch zum Output des Bildungssystems auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene und bemüht sich um internationale Vergleichbarkeit (u. a. zum OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“, der EUROSTAT-UNESCO-OECD-Datenbank, dem Education and Training 2020 Bildungsindikatoren).

Die Grundlagen für eine umfassende Qualitätssicherung im Bildungswesen wurden in den Jahren 2010 bis 2011 mit der Verabschiedung folgender Gesetze gelegt (siehe Kap. 7.1):

- ▶ Nr. 3848/2010 zur Etablierung von Evaluationsnormen und Meritokratie im Bildungsbereich (Primar- und Sekundarbereich),
- ▶ Nr. 4009/2011 zur Erhöhung der Qualität der Lehre und Forschung und zur Internationalisierung der Hochschulbildung,
- ▶ Nr. 3879/2010 zur Entwicklung des lebensbegleitenden Lernens und zur Qualitätssicherung in der Aus- und Weiterbildung.

Im Gesetz Nr. 3879/2010 werden Qualitätsstandards für Weiterbildungsanbieter und Lehrende in der Weiterbildung definiert (siehe Artikel 18 und 19). Zudem wird anerkannt, dass auch Qualifikationen und Kompetenzen, die außerhalb des formalen Bildungs- und Ausbildungssystems erworben wurden, im Kontext von lebensbegleitendem Lernen bewertet, anerkannt und zertifiziert werden sollten. In diesem Zusammenhang wird nach Instrumenten und Methoden gesucht, anhand derer nicht

formal erworbene Kompetenzen zuverlässig und allgemeingültig auf der Grundlage von Bildungsstandards oder beruflichen Kompetenzprofilen gemessen werden können.

Als Voraussetzung für eine valide und zuverlässige Anerkennung und Zertifizierung von nicht formal erworbenen Kompetenzen gilt die Sicherung der Qualität der erbrachten Bildungsdienstleistungen, aber auch der zu verwendenden Anerkennungsverfahren und -instrumente.

Als Konsequenz aus den gesetzlichen Rahmenbedingungen wurde ein nationaler Rahmen zur Qualitätssicherung im lebenslangen Lernen unter Beteiligung der Sozialpartner entwickelt (vgl. GSVEE u. a. 2010), der sogenannte π^3 (vom griechischen Wort „ποιότητα“ = Qualität). Qualität im Rahmen des π^3 wird als das Ergebnis von Qualitätsbemühungen in allen Aspekten des Bildungsprozesses (Input, Prozess und Output) definiert. Insgesamt 15 Qualitätsindikatoren, die Input-, Prozess- und Outputkriterien berücksichtigen, wurden ausgewählt, um Qualitätsbemühungen sichtbar zu machen (vgl. Ypourgeio Paideias 2011; Anhang I). Der nationale Rahmen zur Qualitätssicherung im lebenslangen Lernen π^3 wurde 2011 pilotartig in ausgewählten Berufsausbildungsinstituten (IEK) eingesetzt und 2012 revidiert. Nach einer inaktiven Phase aufgrund der finanziellen Restriktionen im Bildungsbereich wird Griechenland im Zuge des dritten Anpassungsprogramms, das 2015 unterschrieben wurde, dazu verpflichtet, einen Qualitätssicherungsrahmen für die berufliche Bildung und Ausbildung anzuwenden sowie weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität der Berufsbildung zu ergreifen (vgl. Ypourgeio Paideias 2016). Das Gesetz Nr. 4336/2015, das daraufhin verabschiedet wurde, sieht einen Qualitätsrahmen für Curricula und Auszubildende vor. Der π^3 wurde dementsprechend modifiziert und angepasst und wird im Rahmen eines Selbst-evaluationsverfahrens in den IEK voraussichtlich ab 2017 eingesetzt. Darüber hinaus wird derzeit über die Implementierung des Qualitätsrahmens π^3 in der beruflichen Weiterbildung diskutiert.

5.7 Länderübergreifende Mobilität/Internationalisierung/Internationale Berufsbildungszusammenarbeit

Die Dynamik, welche die griechische Berufsbildungspolitik in den letzten Jahren entwickelt hat und die auf strukturelle Reformen abzielt, hat viel mit europäischen Initiativen zu tun. Trotz der im Vertrag von Maastricht 1993 verankerten nationalen Zuständigkeit in der Bildungspolitik wurden zunächst mit der Lissaboner Erklärung 2000 und anschließend mit der Kopenhagener Erklärung 2002 gemeinsam verabschiedete bildungspolitische Agenden umgesetzt, die weitreichende Auswirkungen für die Mitgliedsstaaten der EU mit sich brachten. Insbesondere die Kopenhagener Erklärung zielte auf die Herstellung eines europäischen Berufsbildungsraums auf freiwilliger Basis. Ähnlich wie beim Bologna-Prozess für den Hochschulraum wurde die Entwicklung von Instrumenten zur Förderung der Zusammenarbeit, der Mobilität und der Transparenz

in der beruflichen Bildung vereinbart. Zu den wichtigsten Projekten im Bereich der europäischen Berufsbildungspolitik gehören:

- ▶ das Leistungspunktesystem für berufliche Bildung „European Credit Transfer System for Vocational Education and Training (ECVET)“ (vgl. European Parliament and Council of the European Union 2009a),
- ▶ der Qualitätssicherungsrahmen „European Quality Assurance in Vocational Education and Training (EQAVET)“,
- ▶ später „European Quality Assurance Reference Framework (EQARF)“ (vgl. European Parliament and Council of the European Union 2009b),
- ▶ der EUROPASS als Portfolio standardisierter Vorlagen zu Lebenslauf, Sprach-, Bildungs- und Berufsnachweisen sowie
- ▶ der Transparenzrahmen für (berufliche) Qualifikationen „European Qualifications Framework (EQF)“ (vgl. European Parliament and Council of the European Union 2008).

All diese Instrumente werden in Griechenland in unterschiedlichem Ausmaß umgesetzt und haben die Internationalisierung der Berufsbildung und die Mobilität der Studierenden und Lehrenden entscheidend vorangetrieben. So hat sich bspw. die Zahl der europäischen Lebensläufe CV (EUROPASS CV), die in Griechenland auf der Homepage des Europäischen Zentrums für Berufsbildung (Cedefop) registriert wurden, zwischen 2009 und 2014 verachtfacht. Zur Implementierung des ECVET wurde eine Studie verfasst und in Pilotprojekten die Machbarkeit überprüft (vgl. IKY 2013). Die Zuordnung von Qualifikationen zum Hellenischen Qualifikationsrahmen (HQR) und Europäischen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (EQR), die durch das formale und teilweise nicht formale (z. B. Berufsausbildungsinstitut, IEK) Bildungssystem erworben wurden, ist 2016 erfolgt (vgl. EOPPEP 2016). Ein Verfahren zur Validierung und Anerkennung von nicht formal und informell erworbenen Kompetenzen gemäß der Kommissionsempfehlung wird angestrebt (vgl. Council of the European Union 2012). Der Qualitätsrahmen π^3 wurde 2011 unter Berücksichtigung des „European Quality Assurance Reference Framework (EQARF)“ entworfen und nach einer Erprobungsphase in einigen IEK wird nun seine Weiterentwicklung und Umsetzung in der Berufsbildung von der Troika eingefordert (siehe Kap. 5.6). Mobilitätsprogramme für Schülerinnen und Schüler und Studierende an beruflichen Lyzeen (EPAL) und IEK sowie für Lehrende in der Berufsbildung werden im Rahmen des Programms „ERASMUS+“ angeboten.

Zudem beobachtet man in den letzten Jahren in Griechenland wie auch in anderen Ländern des europäischen Südens (Spanien, Portugal, Italien) neue Initiativen seitens der Europäischen Kommission sowie Mobilitätsprogramme und Pilotprojekte auf binationaler Basis zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Förderung dualer Elemente in den Berufsbildungssystemen. Dazu gehören bspw.:

- ▶ die Kommissionsmitteilung zur „Rethinking Education“ (vgl. European Commission 2012), die einen Schwerpunkt auf die praxisorientierte Ausbildung setzt,
- ▶ die Empfehlung des Europäischen Rats zur Einführung einer Jugendgarantie (Rat der Europäischen Union 2013) sowie
- ▶ die im Juli 2013 ins Leben gerufene Europäische Ausbildungsallianz (Council of the European Union 2013).

Darüber hinaus unterzeichnete Griechenland (zusammen mit Spanien, Portugal, Italien, der Slowakei und Lettland) im Dezember 2012 ein Memorandum für verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Bildung und Ausbildung mit Deutschland. Im Rahmen dieses Memorandums sind bilaterale Kooperationsprojekte entstanden, die allgemeine Prinzipien und konkrete Maßnahmen zur Einführung von Berufsbildungsformen nach deutschem Vorbild umsetzen sollen. Zu dieser Kategorie gehören die Kooperationsprojekte „Mentoring Dual International (MENDI)“ der Deutsch-Griechischen Industrie- und Handelskammer mit der Organisation für die Beschäftigung des Arbeitskraftpotenzials (OAED) und der DEKRA-Akademie im Hotel- und Gastronomiebereich, das BMBF-Strategie-Projekt „VETnet“ sowie das Kooperationsprojekt des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) mit dem Dachverband der Griechischen Arbeitnehmer (GSEE) mit dem Fokus auf die Rahmenbedingungen der Ausbildung, das im Rahmen des BMBF-Projektes „UNIONS4VET“ durchgeführt wird.

5.8 Aktuelle Diskurslinien und zentrale Reformansätze in der beruflichen Bildung

Das griechische Bildungssystem ist durch eine unsystematische Bildungsplanung gekennzeichnet, die in hohem Maße anfällig für innenpolitische Richtungswechsel und externe Einflüsse ist (siehe Kap. 4.1). Die Antriebskräfte für die aktuellen Entwicklungen und Bildungsreformen, insbesondere in der beruflichen Bildung, liegen eindeutig außerhalb des nationalen Bildungssystems. Die Suche nach international gültigen Orientierungsprinzipien und Best-Practice-Modellen begünstigt eine institutionelle Isomorphie²³ nach dem neo-institutionalistischen Erklärungsansatz (vgl. DiMaggio/Powell 1983) und fördert duale Berufsbildungsformen. Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Jugendarbeitslosigkeit fungieren einzelne Staaten, die eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit ausweisen, als positive „Referenzgesellschaften“ (Waldow 2016) und legen die Übernahme bestimmter Berufsbildungsmodelle nah. Gleichwohl zeigt sich am Beispiel deutscher Transferaktivitäten von Berufsbildungselementen in andere Länder, dass der Prozess

23 Nach dem neoinstitutionalistischen Ansatz nähern sich Organisationen, die sich im gleichen organisationalen Feld bewegen, mehr oder weniger bewusst und freiwillig immer weiter an, bis sie eine Strukturgleichheit (Griechisch: Isomorphie) erreicht haben.

des Policy-Transfers²⁴ ein äußerst komplexes Unterfangen ist, bei dem Kontextfaktoren, wie bspw. das betriebliche Arbeitsregime, das Arbeitsrecht, die administrative-institutionelle Ordnung der Berufsbildung, die sozialen Akteure oder die Entwicklungs- und Anwendungsprozesse der Technik, eine erhebliche Rolle spielen und die Erfolgsaussichten des Policy-Transfers maßgebend beeinflussen (vgl. Barabasch/Wolf 2011; für Griechenland Ioannidou 2018).

In den vergangenen sechs Jahrzehnten wurde der Reformbedarf des griechischen Berufsbildungssystems seitens der Bildungspolitik mehrmals festgestellt (siehe Kap. 4.1 und 5.1). Die meisten dieser Reformen zielten darauf ab, zumindest auf proklamatorischer Ebene den Stellenwert der beruflichen Bildung zu erhöhen und berufliche Ausbildung als eine attraktive Lernoption zu etablieren.

Die Reformen der 1970er-, 1980er-, 1990er- und 2000er-Jahre zielten hauptsächlich auf die Erweiterung der Berufsbildungsoptionen durch die Gründung neuer Typen von Berufsbildungseinrichtungen auf verschiedenen Stufen. Dadurch wurde das Ziel verfolgt, die Nachfrage zu stimulieren und das Ansehen der beruflichen Bildung zu erhöhen.

Es zeigte sich jedoch, dass die häufigen, fragmentarischen und oft wenig durchdachten Reformkonzepte manchmal sogar kontraproduktiv wirkten. Denn die Reformbemühungen wurden maßgeblich von einem parteipolitisch induzierten Politik- und Regierungsmodell bestimmt, was zu Diskontinuitäten bei den Reformschritten, Inkonsistenz bei der Durchsetzung der Reformen sowie zum Fehlen einer klaren strategischen Linie bei den politischen Entscheidungen führte. Zudem übten machtbewusste Interessengruppen ihren Einfluss oft dahingehend aus, dass die Reformen eher partikulären Interessen und dem Erhalt des Status quo dienten. Hinzu kommen die aus dem historischen Institutionalismus bekannten Phänomene der institutionellen Schwerfälligkeit von (Bildungs-)Institutionen sowie deren pfadabhängige Entwicklungsverläufe. Aus all diesen Gründen konnte letztlich eine substanzielle und nachhaltige Verbesserung der beruflichen Bildung nicht eintreten.

Betrachtet man sämtliche Reformen in den vergangenen 60 Jahren, so ist festzuhalten, dass es sich oft mehr um eine Umbenennung der Berufsschularten handelte (TEL/TES Gesetz Nr. 1566/1985; TEE Gesetz Nr. 2640/1998; EPAL/EPAS Gesetz Nr. 3475/2006) als um substanzielle Veränderungen, die ein klares Ziel verfolgten, bildungspolitisch begründet waren und auf wissenschaftliche Evidenz basierten.

Seit 2012 wird nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlichen Krise und der alarmierenden Jugendarbeitslosenzahlen wieder intensiv über die Reformierung der beruflichen Bildung in Griechenland diskutiert. Europäische Initiativen und Best-Practice-Beispiele aus dem Ausland trugen ebenfalls zu dieser Entwicklung bei. Dazu gehören

24 In der Berufsbildungsforschung wird unter dem englischen Begriff „Policy-Transfer“ die Übertragung von Bildungsstrukturen, Bildungsprozessen, Curricula oder Best Practices von einem Land in ein anderes Land (Aufnahmeland) zusammengefasst (vgl. exemplarisch Phillips/Ochs 2003; 2004).

insbesondere das von der EU-Kommission im Dezember 2012 geschaffene Jugendbeschäftigungspaket, welches eine sogenannte „Jugendgarantie“ sowie die Schaffung einer „Europäischen Ausbildungsallianz“ (vgl. Council of the European Union 2013) zur europaweiten Verbreitung des dualen Systems vorsieht, aber auch das „Memorandum für die Förderung der beruflichen Bildung“, welches zwischen Deutschland und sechs weiteren Ländern (Spanien, Griechenland, Portugal, Italien, der Slowakei und Lettland) im Dezember 2012 geschlossen wurde. Allerdings wird die Relevanz des landesspezifischen Kontextes, insbesondere des arbeitskulturellen Kontextes (vgl. Wolf 2011), für die Übertragung und Verbreitung des dualen Systems auf andere Länder oft unterschätzt. Es zeigt sich, dass die Erfolgsaussichten eines Berufsbildungstransfers nach Griechenland nicht vom Willen internationaler Akteure oder des Geberlandes, sondern vor allem von den Kontextbedingungen im Aufnahmeland stark bedingt sind (vgl. Ioannidou 2018).

Das Gesetz Nr. 4186/2013 hat sich um einen Richtungswechsel hin zu einer praxisorientierten und arbeitsmarktrelevanten Berufsbildung bemüht. Substanzielle Fortentwicklungen waren jedoch auch in diesem Gesetz kaum zu erkennen, da Optionen für horizontale und vertikale Mobilität zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung unzureichend blieben, die Bedarfssituationen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt nicht adäquat berücksichtigt wurden und an einem verschulten Wissen festgehalten wurde (vgl. Ioannidou/Stavrou 2013).

Im Juli 2015 unterschrieb die Regierung von Alexis Tsipras (eine Koalition der link-populistischen SYRIZA mit der rechtspopulistischen ANEL) mit den Vertreterinnen und Vertretern der Gläubiger (Troika) ein neues Maßnahmenpaket, welches sie neben weiteren Auflagen (weitere Einsparungen im öffentlichen Sektor, Durchführung von strukturellen Reformen) u. a. dazu verpflichtete, bis Dezember 2015 folgende Maßnahmen für die Reformierung der beruflichen Bildung zu ergreifen (Gesetz Nr. 4336/2015): i) einen zeitgemäßen Qualitätssicherungsrahmen für die berufliche Bildung und Ausbildung zu erlassen, ii) einen Mechanismus zur Identifizierung von Qualifikationsbedarfen sowie zur Akkreditierung von Bildungs- und Ausbildungsprogrammen zu errichten, iii) Pilotpartnerschaften mit regionalen Akteuren (Verwaltung und Unternehmen) innerhalb von 2015 bis 2016 aufzubauen, iv) einen vom OEAD verabschiedeten Implementierungsplan für die duale Ausbildung vorzulegen, wonach mindestens 33 Prozent aller Berufsschülerinnen und -schüler von den beruflichen Lyzeen (EPAL) im Zeitraum 2016 bis 2017 einen Ausbildungsplatz bekommen, und v) die Einbeziehung von Unternehmen und Erhöhung der privaten Finanzierung für Ausbildung sicherzustellen.

Mit dem Gesetz Nr. 4368/2016 wurde der Mechanismus zur Identifizierung des Qualifikationsbedarfs eingerichtet; im gleichen Gesetz wird zudem eine formative Evaluierung der Curricula eingeführt. Ein neues Gesetz im Jahr 2016 (Nr. 4386/2016) regelt erneut das Berufsbildungsangebot der Berufsausbildungsinstitute (IEK) sowie deren Abschlüsse.

Weitere wichtige Reformansätze, die in die Gesetzgebung der letzten Jahre aufgenommen wurden, sind:

- I. Die Rückkopplung der neuen Ausbildungsprogramme an den Wirtschaftsbedarf auf regionaler Ebene durch den zu etablierenden Mechanismus zur Identifizierung des Qualifikationsbedarfs.
- II. Die Verbindung der Ausbildungsprogramme mit akkreditierten Berufsprofilen. Die neuen Ausbildungscurricula sollen zudem die Grundsätze des Europäischen Leistungspunktesystems für berufliche Bildung berücksichtigen und somit die Mobilität der Lernenden sowie die Vergleichbarkeit der Lernergebnisse aus diversen beruflichen Ausbildungswegen erleichtern.
- III. Die Verabschiedung eines Qualitätsrahmens (π^3) für berufliche Bildung und Ausbildung.
- IV. Die Entwicklung eines Systems zur Validierung von Lernergebnissen aus nicht formaler Bildung und informellem Lernen.
- V. Die Anerkennung von Qualifikationen und deren Zuordnung zum nationalen Qualifikationsrahmen (HQR).

Zudem wird in den letzten Jahren eine aktive Beteiligung der Sozialpartner im öffentlichen Dialog zur Reformierung der Berufsbildung sowie ihre Bereitschaft, mit finanziellen und personellen Ressourcen in diesem Feld mitzuwirken, beobachtet.

Es ist zu erwarten, dass diese gesetzlichen Initiativen – vorausgesetzt, sie werden implementiert – in Kombination mit dem Engagement der Sozialpartner Anreize für Lernende, Berufsbildungsanbieter und Unternehmen schaffen werden, um die Attraktivität und die Nachfrage nach beruflicher Bildung zu erhöhen, die Schulabbrecherquote zu reduzieren, regionale und sektorale Disparitäten zu mindern und das Engagement der privaten Wirtschaft zu fördern.

Die Umsetzung der in die Wege geleiteten nötigen Reformen wird jedoch einerseits vom Reformwillen der politischen Akteure abhängig sein und andererseits von der Stärke der Beharrungskräfte, die auf historischen Pfadabhängigkeiten gründen. Somit oszillieren Reformbemühungen im Feld der beruflichen Bildung, die oft durch Politiktransfer ausgelöst werden, permanent zwischen „Dynamik und Stagnation“ (Bohlinger/Wolf 2016).

6 Literaturverzeichnis

- Barabasch, Antje; Wolf, Stefan: Internationaler Policy Transfer in der Berufsbildung. Konzeptionelle Überlegungen und theoretische Grundlagen am Beispiel deutscher Transferaktivitäten. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft (2011) 2, S. 283–307
- Bohlinger, Sandra; Wolf, Stefan: Zwischen Dynamik und Stagnation. Politiktransfer kooperativer Berufsausbildung als Weg aus der Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa. In: Zeitschrift für Pädagogik (2016) 3, S. 340–357
- Busemeyer, Marius R.; Trampusch, Christine: The Comparative Political Economy of Collective Skill Formation. In: Busemeyer, Marius R.; Trampusch, Christine (Hrsg.): The Political Economy of Collective Skill Formation. Oxford 2012, S. 3–38
- Cedefop: Employer-provided vocational training in Europe. Evaluation and interpretation of the third continuing. Vocational training survey. Luxemburg 2010
- Council of the European Union: European Alliance for Apprenticeships – Council Declaration 14986/13 of 18 October 2013. URL: <http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=EN&f=ST%2014986%202013%20INIT> (Stand: 07.08.2017)
- Council of the European Union: Council recommendation of 20 December 2012 on the validation of non-formal and informal learning. In: Official Journal of the European Union 2012/C 398/01. URL: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=OJ:C:2012:398:FULL&from=EN> (Stand: 21.01.2019)
- DiMaggio, J. Paul.J.; Powell, W.Walter. . The Iron Cage Revisited: Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields. In: American Sociological Review, 48, 1983, S. 147–160.
- Ebner, Christian: Erfolgreich in den Arbeitsmarkt? Die duale Berufsausbildung im internationalen Vergleich. 1. Aufl., Frankfurt a. M. 2013
- Efstratoglou, Angelos: Wirtschaft und Arbeitskräfte in Griechenland 2000–2015. Athen 2017. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/athen/13243.pdf> (Stand: 10.04.2017)
- ELSTAT: Η Ελλάδα σε αριθμούς 2016 [Griechenland in Zahlen 2016]. Piraeus 2016. URL: http://www.statistics.gr/documents/20181/1515741/GreeceInFigures_2016Q2_GR.pdf/b5554738-1829-4d4e-8b75-53b631b016fc (Stand: 10.04.2016)
- ELSTAT: Demographic and social characteristics of the Resident Population of Greece according to the 2011 Population – Housing Census revision of 20/3/2014. Piraeus 2014
- EOPPEP: Greece EQF Referencing Report. Athens 2016

- Euler, Dieter: Das duale System in Deutschland – Vorbild für einen Transfer ins Ausland? 1. Aufl., Gütersloh 2013
- EUROFOUND: NEETs – Young people not in employment, education or training. Characteristics, costs and policy responses in Europe. Luxemburg 2012. URL: <http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2012/54/en/1/EF1254EN.pdf> (Stand: 10.04.2017)
- European Commission: Neue Denkansätze für die Bildung: bessere sozioökonomische Ergebnisse durch Investitionen in Qualifikationen. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Strasbourg 2012. URL: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52012DC0669&from=DE> (Stand: 07.08.2017)
- European Parliament and Council of the European Union (2009a): Recommendation of the European Parliament and of the Council of 18 June 2009 on the establishment of a European credit system for vocational education and training (ECVET). In: Official Journal of the European Union 2009/C 155/02. URL: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:155:0011:0018:EL:PDF> (Stand: 10.04.2017)
- European Parliament and Council of the European Union (2009b): Recommendation of the European Parliament and of the Council of 18 June 2009 on the establishment of a European quality assurance reference framework for vocational education and training. In: Official Journal of the European Union 2009/C 155/01. URL: [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009H0708\(01\)&rid=1](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009H0708(01)&rid=1) (Stand: 21.01.2019)
- European Parliament and Council of the European Union: Recommendation of the European Parliament and of the Council of 23 April 2008 on the establishment of the European qualifications framework for lifelong learning. In: Official Journal of the European Union 2008/C 111/01. URL: [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009H0708\(01\)&rid=1](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009H0708(01)&rid=1) (Stand: 21.01.2019)
- EUROSTAT: News Release. Euroindicators. Euroarea Unemployment Rate. 31 January 2014. URL: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-31012014-AP/EN/3-31012014-AP-EN.PDF (Stand: 23.05.2014)
- Gavalakis, Nikolaos; Katsioulis, Nicole: Gestrandet in Griechenland. Wie die Implementierung der EU-Flüchtlingspolitik scheitert. Politik für Europa #2017plus. Berlin 2016. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/12894.pdf> (Stand: 10.04.2017)
- Georgiadou, Vassiliki: Länderanalyse Griechenland. In: Melzer, Ralf; Serafin, Sebastian (Hrsg.): Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und

- arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit. Berlin 2013, S. 79–106. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10030.pdf> (Stand: 10.04.2017)
- Gonon, Philipp: Zur Dynamik und Typologie von Berufsbildungssystemen. Eine internationale Perspektive. In: Zeitschrift für Pädagogik (2016) 3, S. 307–322
- Green, Andy: Models of Lifelong Learning and the „knowledge society“. In: Compare. A Journal of comparative and international education (2006) 3, S. 307–325
- Green, Andy; Wolf, Alison; Leney, Tom: Convergence and divergence in European education and training systems. London 1999 Erste Auflage
- Greinert, Wolf-Dietrich: Die europäischen Berufsbildungssysteme. Überlegung zum theoretischen Rahmen der Darstellung ihrer historischen Entwicklung. In: Europäische Zeitschrift – Berufsbildung (2004) 32, S. 18–26
- GSVEE; INE; IME: Εκπόνηση μελέτης για ένα ενιαίο πλαίσιο ποιοτικής αναβάθμισης αρχικής/συνεχιζόμενης κατάρτισης και εκπαίδευσης ενηλίκων [Studie zur Entwicklung eines gemeinsamen Qualitätsrahmens zur Verbesserung der Qualität in der beruflichen Aus- und Weiterbildung]. Athen 2010 (Unveröffentlicht)
- GSELL: Έκθεση 2012 για τη διά βίου μάθηση στην Ελλάδα [Bericht über das lebenslange Lernen in Griechenland 2012]. Athen 2013. URL: http://share.pdfonline.com/ab3b543720d6402bb8ed2416f87c562a/APOLOGISMOS_GGBM_2013.pdf (Stand: 10.04.2017)
- Hager, Paul; Hyland, Terry (2003): Vocational education and training. In: Blake, Nigel/Smeyers, Paul/Smith, Richard D./Standisch, Paul (Hrsg.): Philosophy of Education. (2003) Maden: Blackwell, S. 271–287
- Hall, Peter A.; Soskice, David: An introduction to varieties of capitalism. In: Hall, Peter A.; Soskice, David (Hrsg.): Varieties of capitalism. Oxford 2001, S. 1–68
- IKY: Οδηγός παρουσίασης, ανάπτυξης και εφαρμογής του Ευρωπαϊκού συστήματος συσώρευσης και μεταφοράς πιστωτικών μονάδων στην επαγγελματική εκπαίδευση και κατάρτιση (ECVET) στην Ελλάδα [Guide to the presentation, development and implementation of the European credit system for vocational education and training (ECVET) in Greece]. Athen 2013. URL: <http://www.academia.edu/4703410/> (Stand: 10.04.2017)
- ILO: Undeclared Work in Greece: Nature, Drivers and Way Forward. Policy Brief Series. No 1, October 2017. URL: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/documents/publication/wcms_582514.pdf (Stand: 08.02.2018)
- IME; GSVEE: Ο Κοινωνικός διάλογος για την επαγγελματική εκπαίδευση και κατάρτιση στην Ελλάδα. Διερεύνηση του ρόλου και των προτάσεων πολιτικής των κοινωνικών εταίρων [Sozialer Dialog über berufliche Bildung. Erforschung der Rolle und der politischen Handlungsempfehlungen der Sozialpartner]. Athen 2016

- INE; GSEE: Οι κατευθύνσεις της οικονομικής πολιτικής το 2013: η ανεργία των νέων [Leitlinien zur Wirtschaftspolitik 2013: Jugendarbeitslosigkeit]. Enimerosi 2013. URL: <http://www.inegsee.gr/sitefiles/files/enhmerosh-teyxos-210.pdf> (Stand: 10.04.2017)
- Ioannidou, Alexandra: Berufsbildungstransfer in der Krise. In: Eckelt, Marcus; Lehmkuhl, Kerstin; Wolf, Stefan (Hrsg.): Deutsch-griechische Kooperation in der beruflichen Bildung. Duale Ausbildung im Tourismus – das Projekt MENDI. 1. Aufl. Bielefeld 2018
- Ioannidou, Alexandra; Stavrou, Stavros: Reformperspektiven der Berufsbildung in Griechenland [Reform prospects for vocational training in Greece]. Berlin 2013. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/10251.pdf> (Stand: 10.04.2017)
- Iversen, Torben; Stephens, John D.: Partisan politics, the welfare state, and three worlds of human capital formation. In: Comparative political studies (2008) 4–5, S. 600–637
- KANEP; GSEE: Ετήσια έκθεση για την παιδεία 2016. Τα βασικά μεγέθη της εκπαίδευσης. Σύνοψη αποτελεσμάτων. [Bildungsreport 2016. Indikatorenbasierte Bildungsberichterstattung. Zusammenfassung]. Athen 2017. URL: https://www.kanep-gsee.gr/wp-content/uploads/2017/04/H_Elliniki_protovathmia_deuterothathmia_ekpaideusi_meros_B.pdf (Stand: 20.07.2017)
- KANEP; GSEE: Ετήσια έκθεση για την παιδεία 2015. Τα βασικά μεγέθη της εκπαίδευσης. Πρωτοβάθμια / Δευτεροβάθμια Εκπαίδευση. Μέρος Α [Bildungsreport 2015. Indikatorenbasierte Bildungsberichterstattung. Primar- und Sekundarbereich]. Athen 2016
- KANEP; GSEE: Κατάρτιση, Απασχόληση, Εκπαιδευτική Πολιτική: Διερεύνηση της σύνδεσης της επαγγελματικής κατάρτισης με την απασχόληση [Ausbildung, Beschäftigung, Bildungspolitik. Eine Untersuchung der Verbindung der Berufsbildung mit der Beschäftigung]. Athen 2013. URL: http://www.kanep-gsee.gr/sitefiles/files/Katartisi_MELETH_FINAL.pdf (Stand: 11.07.2017)
- KANEP; GSEE: Τα βασικά μεγέθη της εκπαίδευσης 2011. Δημόσιες και ιδιωτικές δαπάνες για την εκπαίδευση. [Grunddaten für Bildung 2011. Öffentliche und private Ausgaben]. Athen 2011
- Lauterbach, Uwe; Lenzke, Werner; Pirgiotakis, Joannis: Internationales Handbuch der Berufsbildung. Griechenland [Aktualisierung 2000 Nikitas Patiniotis: Bildungs- und Berufsbildungsreform 1997]. Bielefeld 2006
- Lazaretou, Sophia: Human capital escape. The modern trend of migration in Greek years of crisis. In: Economic Bulletin, Bank of Greece (2016) 43, S. 31–54
- Matsaganis, Manos: The Greek crisis. Social impact and policy responses. Berlin 2013. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/10314.pdf> (Stand: 10.04.2017)

- Matsaganis, Manos; Leventi, Chrysa: Poverty and Inequality during the Great Recession in Greece. In: *Political Studies Review* (2014) 2, S 209–223
- Matsaganis, Manos: Οι μεταμορφώσεις του κοινωνικού κράτους στην Ελλάδα. [Die Metamorphosen des Sozialstaats in Griechenland]. In: *The books' journal* (2018a) 86, S. 18–23
- Matsaganis, Manos: Income support policies and labour market reform under austerity in Greece. In: Theodoropoulou, S.: *Labour market policies in the era of pervasive austerity: a European perspective*. Policy Press: Bristol (2018b), S. 43–68
- OECD: Indicator C4. Who studies abroad and where? In: *Education at a Glance 2014*. OECD Indicators. Paris 2014. URL: <http://dx.doi.org/10.1787/888933118656> (Stand: 24.07.2017)
- Phillips, David; Ochs, Kimberly: Processes of policy borrowing in education: some explanatory and analytical devices. In: *Comparative Education* (2003) 4, 451–461
- Phillips, David; Ochs, Kimberly: Researching policy borrowing: some methodological challenges in comparative education. In: *British Educational Research Journal* (2004) 6, 773–784
- Polychroniou, C. J.: A failure by any other name. The international bailouts of Greece. Levy Economics Institute of Bard College. Policy Note 6. 2013. URL: http://www.levyinstitute.org/pubs/pn_13_6.pdf (Stand: 10.04.2016)
- Rat der Europäischen Union: Empfehlung des Rates vom 22. April 2013 zur Einführung einer Jugendgarantie (2013/C 120/01). URL: [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013H0426\(01\)&from=DE](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013H0426(01)&from=DE) (Stand: 07.08.2017)
- SEV: Ο τομέας του περιβάλλοντος: μηχανισμός διάγνωσης των αναγκών των επιχειρήσεων σε επαγγέλματα και δεξιότητες [Der Umweltsektor. Ein Mechanismus zur Diagnose von Qualifikationsanforderungen seitens der Unternehmen]. Athen 2013. URL: http://www.sevstegi.org.gr/sites/default/files/PERIVALLON_0.pdf (Stand: 10.04.2017)
- Sotiropoulos, Dimitris A.: The social situation of Greece under the crisis. Basic socio-economic data for Greece 2013. Berlin 2014. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/10743.pdf> (Stand: 04.07.2017)
- Stavrou, Stavros: Μέθοδοι μάθησης με βάση την εργασία. Προτάσεις πολιτικής [Lernen am Arbeitsplatz in Griechenland. Politikempfehlungen]. Athen 2014 (Unveröffentlicht)
- Waldow, Florian: Das Ausland als Gegenargument. Fünf Thesen zur Bedeutung nationaler Stereotype und negativer Referenzgesellschaften. In: *Zeitschrift für Pädagogik* (2016) 3, S. 403–421

- Wolf, Stefan: Arbeitskultur und der Transfer von Berufsbildungselementen in andere Länder. In: Zeitschrift für Berufs und Wirtschaftspädagogik (2011) 4, S. 543–567
- Υπουργείο Ergasias, Koinonikon Asfaliseon kai Pronoias: Σχέδιο δράσης στοχευμένων παρεμβάσεων για την ενίσχυση της απασχόλησης και της επιχειρηματικότητας των νέων στο πλαίσιο επιχειρησιακού προγράμματος του ΕΣΠΑ [Aktionsplan zielgerichteter Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und des Unternehmergeits von Jugendlichen im Rahmen des ESF Programms]. Athen 2013. URL: http://www.espa.gr/Lists/Custom_Announcements/Attachments/522/130110_Sxedio_Drasis_Neon_Pliroforiako_Entypo.pdf (Stand: 10.04.2017)
- Υπουργείο Paideias, Dia Viou Mathisis kai Thriskeumatou: Αποτύπωση της υφιστάμενης κατάστασης στα ΕΠΑ.Λ-ΕΠΑ.Σ με την ανάπτυξη και αξιοποίηση εργαλείων Τεχνολογιών Πληροφορίας και Επικοινωνίας (ΤΠΕ), στο πλαίσιο εφαρμογής των εκπαιδευτικών πολιτικών και παρεμβάσεων του Υπουργείου Παιδείας, Δια Βίου Μάθησης και Θρησκευμάτων του Επιχειρησιακού Προγράμματος «Εκπαίδευση και Δια Βίου Μάθηση [Studie zum Ist-Zustand in EPAL & EPAS durch die Entwicklung und Nutzung von IKT im Rahmen des operationalen Programms „Bildung und Lebensbegleitendes Lernen“]. Athen 2011a.
- Υπουργείο Paideias, Dia Viou Mathisis kai Thriskeumatou: π³ Εθνικό πλαίσιο διασφάλισης ποιότητας στη διά βίου μάθηση [π³. Nationaler Rahmen zur Qualitätssicherung im lebenslangen Lernen]. Athen 2011b. URL: <http://www.gsa.edu.gr/images/stories/plaisio.pdf> (Stand: 10.04.2017)
- Υπουργείο Paideias, Ereunas kai Thriskeumatou: Εθνικό Στρατηγικό Πλαίσιο για την Αναβάθμιση της Επαγγελματικής Εκπαίδευσης και Κατάρτισης και της Μαθητείας [Nationaler strategischer Rahmen zur Förderung der Berufsbildung]. Athen 2016. URL: https://www.minedu.gov.gr/.../Strategic_Framework_VET_fine.docx (Stand: 10.04.2017)

7 Weiterführende Informationen

7.1 Rechtsgrundlagen, Ausbildungsordnungen, curriculare Materialien

Gesetze

- ▶ Gesetz Nr. 4386/2016 (vom 11.05.2016) Regelungen zu Forschung und weiteren Angelegenheiten [Ρυθμίσεις για την έρευνα και άλλες διατάξεις]
- ▶ Gesetz Nr. 4368/2016 (vom 21.02.2016) Maßnahmen zur Beschleunigung der Regierungsarbeit und andere Angelegenheiten [Μέτρα για την επιτάχυνση του κυβερνητικού έργου και άλλες διατάξεις]
- ▶ Gesetz Nr. 4336/2015 (vom 14.08.2015) Rentenrecht – Ratifizierung des Programms zur finanziellen Unterstützung durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus und Regelungen zur Realisierung des Finanzierungsvertrags [Συνταξιοδοτικές διατάξεις Κύρωση του Σχεδίου Σύμβασης Οικονομικής Ενίσχυσης από τον Ευρωπαϊκό Μηχανισμό Σταθερότητας και ρυθμίσεις για την υλοποίηση της Συμφωνίας Χρηματοδότησης]
- ▶ Gesetz Nr. 4327/2015 (vom 14.05.2015) Dringende Maßnahmen für den Primar-, Sekundar-, und Tertiärbildungsbereich [Επείγοντα μέτρα για την Πρωτοβάθμια, Δευτεροβάθμια και Τριτοβάθμια Εκπαίδευση και άλλες διατάξεις]
- ▶ Ministerialbeschluss 5954/2014 (vom 02.07.2014) Geschäftsordnung der Berufsausbildungsinstitute IEK, die dem Generalsekretariat für Lebenslanges Lernen unterstellt sind [Κανονισμός Λειτουργίας Ινστιτούτων Επαγγελματικής Κατάρτισης (IEK) που υπάγονται στη Γενική Γραμματεία Διά Βίου Μάθησης (Γ.Γ.Δ.Β.Μ.)]
- ▶ Gesetz Nr. 4186/2013 (vom 17.09.2013) Umstrukturierung des Sekundarbildungsbereichs [Αναδιάρθρωση της Δευτεροβάθμιας Εκπαίδευσης και λοιπές διατάξεις]
- ▶ Gesetz Nr. 4115/2013 (vom 30.01.2013) Organisation und Funktionsweise des Instituts für Jugend und Lebenslanges Lernen und der Nationalen Organisation für die Zertifizierung von Qualifikationen und berufliche Orientierung Οργάνωση [και λειτουργία Ιδρύματος Νεολαίας και Δια Βίου Μάθησης και Εθνικού Οργανισμού Πιστοποίησης Προσόντων και Επαγγελματικού Προσανατολισμού και άλλες διατάξεις.]
- ▶ Gesetz Nr. 4093/2012 (vom 12.11.2012) Annahme des mittelfristigen Rahmens zur wirtschaftlichen Anpassungsstrategie 2013–2016 – Dringende Implementierungsmaßnahmen des Gesetzes 4046/2012 und des mittelfristigen Rahmens zur wirtschaftlichen Anpassungsstrategie 2013–2016 [Έγκριση Μεσοπρόθεσμου Πλαισίου Δημοσιονομικής Στρατηγικής 2013-2016 – Επείγοντα Μέτρα Εφαρμογής

του ν. 4046/2012 και του Μεσοπρόθεσμου Πλαισίου Δημοσιονομικής Στρατηγικής 2013-2016]

- ▶ Gesetz Nr. 4009/2011 (vom 06.09.2011) Struktur, Funktion, Qualitätssicherung der Lehre und Internationalisierung der Hochschulen [Δομή, λειτουργία, διασφάλιση της ποιότητας των σπουδών και διεθνοποίηση των ανωτάτων εκπαιδευτικών ιδρυμάτων]
- ▶ Gesetz Nr. 3879/2010 (vom 21.09.2010) Entwicklung des lebenslangen Lernens und andere Angelegenheiten [Ανάπτυξη της Δια Βίου Μάθησης και λοιπές διατάξεις] Englische Übersetzung: <http://www.gsae.edu.gr/images/nomothesia/nomoi/Law-3879-LifeLongLearning.pdf>
- ▶ Gesetz Nr. 3852/2010 (vom 07.06.2010) Neue Architektur der dezentralen Verwaltung – Kallikratis Programm [Νέα Αρχιτεκτονική της Αυτοδιοίκησης και της Αποκεντρωμένης Διοίκησης – Πρόγραμμα Καλλικράτης]
- ▶ Gesetz Nr. 3848/2010 (vom 19.05.2010) Förderung der Rolle der Lehrenden – Etablierung von Evaluationsnormen und Meritokratie im Bildungsbereich (Primar- und Sekundarbereich) [Αναβάθμιση του ρόλου του εκπαιδευτικού – καθιέρωση κανόνων αξιολόγησης και αξιοκρατίας στην εκπαίδευση και λοιπές διατάξεις]
- ▶ Gesetz Nr. 4283/2014 (vom 10.09.2014) Gründung und Organisation des Rats für Nationale Bildungspolitik [Ίδρυση και οργάνωση Συμβουλίου Εθνικής Πολιτικής για την Παιδεία και άλλες διατάξεις]
- ▶ Gesetz Nr. 3475/2006 (vom 13.07.2006) Organisation und Funktionsweise der beruflichen Bildung im Sekundarbereich Οργάνωση [και λειτουργία της δευτεροβάθμιας επαγγελματικής εκπαίδευσης και άλλες διατάξεις]
- ▶ Gesetz Nr. 2640/1998 (vom 03.09.1998) Technische und berufliche Bildung im Sekundarbereich [Δευτεροβάθμια τεχνική επαγγελματική εκπαίδευση και άλλες διατάξεις]
- ▶ Gesetz Nr. 2234/1994 (vom 31.08.1994) Modifizierung und Ergänzung des Gesetzes Nr. 1892/1990 – Für Modernisierung und Entwicklung [Τροποποίηση και συμπλήρωση του Ν. 1892/1990. Για τον εκσυγχρονισμό και την ανάπτυξη και άλλες διατάξεις]
- ▶ Gesetz Nr. 2009/1992 (vom 14.02.1992) Nationales System der Beruflichen Bildung und Weiterbildung [Εθνικό Σύστημα Επαγγελματικής Εκπαίδευσης και Κατάρτισης και άλλες διατάξεις]
- ▶ Gesetz Nr. 1876/1990 (vom 08.03.1990) Freie kollektive Tarifverhandlungen und andere Angelegenheiten [Ελεύθερες συλλογικές διαπραγματεύσεις και άλλες διατάξεις]
- ▶ Gesetz Nr. 1566/1985 (vom 30.09.1985) Struktur und Funktionsweise des Primar- und Sekundarbildungsbereichs [Δομή και λειτουργία της Πρωτοβάθμιας και Δευτεροβάθμιας εκπαίδευσης και άλλες διατάξεις]

- ▶ Gesetz Nr. 1346/1983 (vom 14.04.1983) Modifizierung und Ergänzung des Arbeitsrechts und andere Angelegenheiten [Τροποποίηση και συμπλήρωση διατάξεων της Εργατικής Νομοθεσίας και ρύθμιση διαφορών θεμάτων]
- ▶ Gesetz N. 576/1977 (vom 13.04.1977) Zur Organisation und Steuerung der Mittleren und Höheren Technischen und Beruflichen Bildung [Περί οργάνωσης και διοικήσεως της Μέσης και Ανωτέρας Τεχνικής και Επαγγελματικής Εκπαιδεύσεως]
- ▶ Gesetzesdekret Nr. 3971/1959 (vom 04.09.1959) Über Technische und Berufliche Bildung, Organisation der Sekundarstufe und Bildungssteuerung [Περί Τεχνικής και Επαγγελματικής Εκπαιδεύσεως, Οργάνωσης της Μέσης Εκπαιδεύσεως και Διοικήσεως της Παιδείας]
- ▶ Königliches Dekret 14 (vom 03.06.1952) zur Gründung der Technischen Ausbildungsschulen der OAED [Ίδρυση Τεχνικών Σχολών Μαθητείας του ΟΑΕΔ]

Anhang I: Qualitätsrahmen π^3 (' π^3 ')

The tool that is proposed within the National Quality Assurance & Assessment Framework is called ' π^3 '.²⁵ The π^3 tool literally means 'quality always and everywhere' and responds to the clause on quality assurance in article 19 of the Law 3879/2010 that takes in the establishment of a system for continuing education and evaluation of all educational staff in non-formal education and second chance education, as well as a monitoring and evaluation system of all programmes operated under the auspice of the National Network for LLL. This tool sets a framework of priorities and principles on quality assurance in non-formal adult education learning. This covers all forms of educational and learning provision for people over 16 years old and includes initial VET, all apprenticeship schemes, continuing VET, basic skills education and all liberal and/or popular adult education programmes. It further provides to all relevant structures a tool for organizing and delivering the evaluation of learning outcomes for those participating in any of the programmes provided. This is essentially delivered on the grounds that π^3 :

- ▶ defines quality by setting a number of principles and criteria in all three dimensions of education and learning, namely inputs, processes and outputs, and
- ▶ provides a large number of measurable quantitative and qualitative indicators for the evaluating the degree implementation of quality assurance principles by all relevant providers.

The following table analyses the eight quality principles of π^3 :

1. 'LLL is attractive' means:

Inputs	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Incentives are provided to high level trainers for participating. ▶ Curricula are based on standards (educational, occupational, evaluation). ▶ Interest for participating in LLL programmes is high.
Processes	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Trainers apply methods that are consistent with the principles of adult education. ▶ Learning outcomes meet the expectations of the participants.
Outputs	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Acquired knowledge, skills and qualifications enhance the image of the graduate. ▶ Consultation and vocational orientation meet the needs of various groups.

²⁵ Vgl. <http://www.gsa.edu.gr/images/nomothesia/nomoi/Law-3879-LifeLongLearning.pdf>.

2. 'LLL is effective' means:

Inputs	<ul style="list-style-type: none"> ▶ The development of the curricula, which are divided into modules, takes into account the different needs of the trainees.
Processes	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Trainers use various and contemporary training methods depending upon the training programme and the trainees involved. ▶ Methods, techniques and resources of consultation and vocational orientation comply with international standards.
Outputs	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Learning outcomes are achieved. ▶ The acquired knowledge, skills and qualifications are recognized and are included in the National Qualifications Framework. ▶ The acquired knowledge, skills and qualifications ensure the permanence and / or (re) integration in the national and EU labour market.

3. 'LLL is relevant to the needs of the labour market' means:

Inputs	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Professional profiles are based on the actual content of the professions. ▶ Curricula of LLL programmes are based on professional profiles. ▶ Curricula of LLL programmes include apprenticeship in the business environment. ▶ The interest of the unemployed to participate in LLL programmes is high.
Processes	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Apprenticeship in the business environment (where applicable) is consistent with the training content. ▶ Training methods put emphasis on the connection of theory and practice.
Outputs	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Acquired knowledge, skills and qualifications are relevant to the actual needs of the respective job. ▶ Acquired knowledge, skills and qualifications help find a profession relevant to the interests and qualifications of the graduate.

4. 'LLL is sustainable and promotes social cohesion' means:

Inputs	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Planning of LLL is based on the constant identification of the needs of the trainees and the labour market.
Processes	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Tuition fees ensure a break even operation of LLL service providers. ▶ Various funding sources are utilised for the implementation of LLL activities.
Outputs	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Acquired knowledge, skills and qualifications give access to a variety of learning paths. ▶ Consultation and vocational orientation services address the needs of LLL graduates. ▶ Acquired knowledge, skills and qualifications contribute to the promotion of active citizenship.

5. 'LLL promotes creativity and innovation' means:

Inputs	<ul style="list-style-type: none"> ▶ LLL programmes provided are innovative and based on early identification of the labour market needs. ▶ LLL programmes promote creativity and innovation. ▶ Consultation and vocational orientation are based on innovative methods.
Processes	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Innovative teaching methods are applied in LLL programmes.
Outputs	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Innovative methods are used for the certification of acquired qualifications.

6. 'LLL uses resources of high standards' means:

Inputs	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Trainers have relevant and adequate qualifications. ▶ Infrastructures are contemporary and meet quality standards. ▶ Trainers take part regularly in training of trainers (ToT) learning activities. ▶ Consultation and vocational orientation staff have the possess, the required qualifications and they are constantly trying to improve.
Processes	<ul style="list-style-type: none"> ▶ ICT is utilised for the provision of LLL.
Outputs	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Certification bodies employ examiners with high qualifications, who are evaluated periodically. ▶ Certification bodies are audited periodically by national bodies.

7. 'LLL is provided with social responsibility' means:

Inputs	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Vulnerable groups are motivated to participate in LLL programmes. ▶ LLL programmes specifically designed for the needs of socially vulnerable groups are available. ▶ Building infrastructure meet accessibility standards.
Processes	<ul style="list-style-type: none"> ▶ LLL providers utilise all funding instruments in order to deliver LLL programmes specifically designed to address the needs of vulnerable groups. ▶ LLL provision is consistent with national and international standards. ▶ Consultation and vocational orientation services are accessible to vulnerable groups.
Outputs	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Qualifications certification methods and procedures are accessible to all. ▶ Certification of qualifications is provided in a transparent, objective and reliable way that complies with national and international standards.

8. 'LLL exploits networking and cooperation' means:	
Inputs	▶ LLL providers develop local and regional networks and participate in international partnerships.
Processes	▶ Networking of consultation and vocational orientation institution with other stakeholders is regularly monitored and assessed.
Outputs	▶ Certification bodies actively participate in European and international networks for the exchange of know-how.

The degree to which adult education structures incorporate the aforementioned principles in their systems and operational procedures is evaluated, at a top level via a set of fifteen (15) measurable indicators, presented in the table below:

No	Indicator	Calculation	Quality Principle
1	Degree of attraction of adult learners in LLL programmes	Number of applications submitted by adult learners (≥ 16 years old) to participate in LLL programmes	1
2	Degree of satisfaction of the recipients of LLL services compared to their expectations	Average score to the respective question to the recipients of LLL services	1
3	Recognition of qualifications of the adult learners from the labour market	Average score to the respective question to the employers	1
4	Degree of certification of qualifications acquired through LLL programmes	Percentage of adult learners who successfully completed the certification procedure	2
5	Degree of use of the qualifications acquired through LLL programmes	Average score to the respective question to the employed adult learners	2
6	Degree of alignment of VET Programmes to the corresponding professions	Ratio of VET programmes that are based upon a certified professional profile against the total number of VET programmes	3
7	Degree of participation of unemployed people to LLL programmes	Ratio of unemployed people participating in LLL programmes against the total number of people participating in the programmes	3
8	Degree of participation to more than one LLL programmes	Ratio of adult learners that have participated in more than one LLL programme against the total number of adult learners	4
9	Degree of use of Consultancy and Career orientation services	Percentage of adult learners that have successfully participated in a LLL programme and have used consultancy and career orientation services, against the total number of the adult learners who have successfully participated in a LLL programme	4

No	Indicator	Calculation	Quality Principle
10	Degree of use of innovative teaching methods that promote creativity and autonomous learning in the LLL programmes	Number of innovative teaching interventions that promote creativity and autonomous learning during the delivery of LLL programmes	5
11	Degree of participants' satisfaction from the LLL service providers	Average score to the respective question to the participants of each programme	6
12	Knowledge update of the trainers	Percentage of training hours for knowledge update vs. the total number of trainers	6
13	Degree of participation to LLL programmes of socially vulnerable groups	Percentage of people belonging to socially vulnerable groups who participate in LLL programmes, against the total number of participants	7
14	Incorporation of quality systems in the LLL and accreditation service providers	Ratio of LLL and accreditation service providers with a quality system against the total number of certified service providers	7
15	Degree of participation to networks (national and international)	Number of collaborations (networks, work groups, participation in projects, etc.)	8

The key indicators can and should be enhanced, analysed and further developed by the organisations involved in terms of their content. To this end the MEC has developed a “toolbox” of forty seven (47) additional indicators to support this effort.

It must be noted however that although π^3 is meant to be applied as a tool (with the use of the abovementioned indicators) for assuring quality in all LLL programmes including those on adult literacy and numeracy, in reality π^3 has not yet been fully implemented as it is currently under review after it has been piloted in a number of Initial Vocational Education and Training Institutes (IEK).

7.2 Anschriften

**Υπουργείο Παιδείας, Έρευνας και Θρησκευμάτων
(Ministerium für Bildung, Forschung und Religionsangelegenheiten)**

Ανδρέα Παπανδρέου 37
Μαρούσι, Τ.Κ. 151 80
Αθήνα

**Γενική Γραμματεία Διά Βίου μάθησης (GGDVM)
(Generalsekretariat für lebenslanges Lernen)**

Ανδρέα Παπανδρέου 37
Μαρούσι, Τ.Κ. 151 80
Αθήνα

**Εθνικός Οργανισμός Πιστοποίησης Προσόντων
και Επαγγελματικού Προσανατολισμού (EOPPEP)
(Nationale Organisation für die Zertifizierung
von Qualifikationen und für berufliche Orientierung)**

Λεωφόρος Εθνικής Αντιστάσεως 41
14234 Νέα Ιωνία, Αττική

**Οργανισμός Απασχολήσεως Εργατικού Δυναμικού (OAED)
(Organisation für die Beschäftigung des Arbeitskraftpotenzials)**

Εθνικής Αντιστάσεως 8
Άλιμος 17456, Αττική

7.3 Internetadressen

Aristoteles Universität Thessaloniki, philosophische Fakultät

<http://www.edlit.auth.gr/en/zarifis>

Arbeitsinstitut (INE) des Dachverbands der Griechischen Arbeitnehmer (GSEE)

<http://www.inegsee.gr>

Deutsch-Griechischer Industrie und Handelskammer

<http://griechenland.ahk.de>

General Sekretariat für lebenslanges Lernen (GGDVM)

<http://www.gsae.edu.gr/en>

Institut für kleine und mittlere Unternehmen (IME) des Dachverbands für Handeln, Handwerk und Kleinbetriebe (GSVEE)

<http://www.imegseevee.gr/en>

Ministerium für Bildung, Forschung und Religionsangelegenheiten

<http://www.minedu.gov.gr>

Nationales Institut für Arbeit und Human Resources (EIEAD)

<http://www.eiead.gr>

Nationale Organisation für die Zertifizierung von Qualifikationen
und für berufliche Orientierung (EOPPEP)

<http://www.eoppep.gr/index.php/en>

Organisation für die Beschäftigung des Arbeitskraftpotenzials (OAED)

<http://oaed.gr>

Verband der Unternehmen und Industrien (SEV)

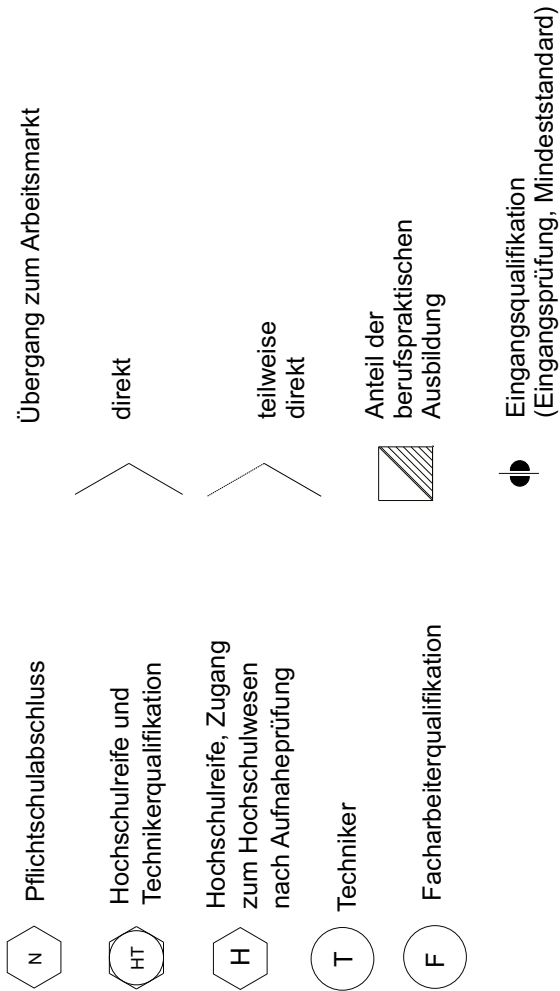
<http://www.sev.org.gr/o-sev/sev-hellenic-federation-of-enterprises>

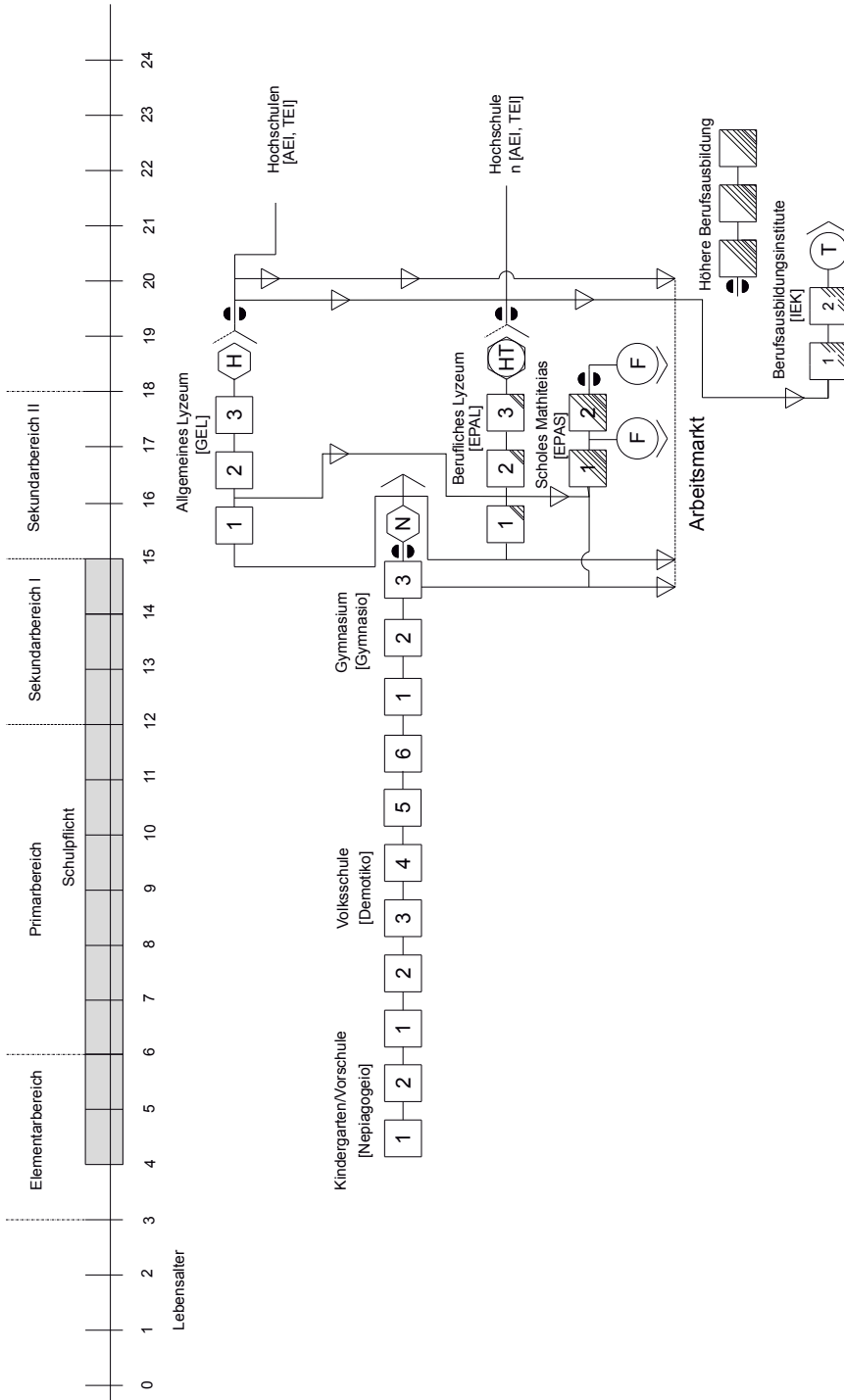
Zentrum für die Entwicklung von Bildungspolitik (KANEP) des Dachverbands der
Griechischen Arbeitnehmer (GSEE)

<https://www.kanep-gsee.gr/>

Organigramm Bildungswesen

Allgemeine und berufliche Bildung, eingeschlossen die hochschulische Bildung





Register

Paedeia 18

Ekpaideusi 18

Katartisi 18

Epaggelmatiko Lykeio (schulbasierte Ausbildung) 61

Epaggelmatiki Scholi (alternierende Ausbildung) 64

Institouta Epaggelmatikis Katartisis (postsekundäre nicht tertiäre Ausbildung) 66

Synehizomeni Epaggelmatiki Katartisi (berufliche Weiterbildung) 50

Panhellenische Prüfungen 42

Autorin

Dr. Alexandra Ioannidou, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Stabsstelle Internationalisierung in der Vorstandsabteilung, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE) – Leibniz Zentrum für lebenslanges Lernen, Bonn

Die Autorin möchte sich für die Unterstützung bei der Recherche vor Ort im November 2016 bei der Leiterin des Athener Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Frau Nicole Katsioulis, sowie bei allen Mitgliedern des Arbeitskreises Bildung und Beschäftigung der FES Athen bedanken. Darüber hinaus bedankt sie sich ausdrücklich bei Dr. Konstantinos Giannakopoulos für seine Hilfe bei der Recherche und Aufbereitung von statistischen Daten. Dank gilt auch Frau Anke Meyer-Puttlitz für ihre Hilfe bei der Manuskriptgestaltung.

Redaktion:

Dr. Philipp Grollmann, Sandra Mundt, Verena Schneider (Inhalt), Markus Linten (Recherchen), Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Bonn, Katja Müllenmeister, Hamburg (Lektorat), Boris Pipiorke-Arndt (Grafiken)


Das Internationale Handbuch der Berufsbildung (IHBB) hat sich im deutschen Sprachraum zu einem praxisbezogenen Standardwerk der vergleichenden Berufsbildungsforschung entwickelt. Die Länderstudien konzentrieren sich auf nationale Berufsbildungs- und Bildungssysteme und geben einen einführenden Einblick in die sozioökonomischen Rahmenbedingungen und die bildungspolitischen Kompetenzen der jeweiligen Länder. Das Handbuch stellt die Bildungssysteme unter dem Blickwinkel der Berufsbildung vor und zeichnet die strukturellen und historischen Entwicklungslinien nach. Das Internationale Handbuch der Berufsbildung wurde im Jahr 1994 als Loseblattsammlung von Dr. Uwe Lauterbach und Prof. Dr. Wolfgang Mitter im Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung gegründet und wird seitdem laufend ergänzt und aktualisiert.

Abschluss/Stand: Mai 2018

Abstract

Vocational education and training in Greece is particularly interesting for two reasons: firstly because of the prevailing educational tradition which favours academic studies; and secondly because of the economic and political developments of recent years and their repercussions on the institutional structure of VET. The financial crisis, which hit Greece with full force, and the deep recession that followed, led to a confusing array of cuts across both public and private sectors, and brought about sustained change to the country's society, demography, labour market, economy and politics. This country study addresses the major factors shaping vocational education and training and presents current approaches towards reform, in a radically transformed national context.

The publication is part of the International Handbook of Vocational Education and Training. This standard work in comparative vocational education and training research is intended for an academic audience as well as vocational education and training practice.



Eine Länderstudie über die Berufsbildung in Griechenland stellt ein besonders interessantes Fallbeispiel dar, zum einen aufgrund der vorherrschenden Bildungstradition, die die allgemeine, akademisch ausgerichtete Bildung favorisiert, zum anderen wegen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen der letzten Jahre und der Rückwirkung externer Einflüsse auf die institutionelle Ausgestaltung der Berufsbildung. Die Finanzkrise, die Griechenland mit aller Wucht getroffen hat, und die tiefe Rezession, die seit 2009 anhält, hat in den letzten Jahren zu unübersichtlichen Einschnitten in allen öffentlichen und privaten Lebensbereichen geführt und die Gesellschaft, Demografie, Arbeitswelt, Wirtschaftsstruktur und Politik des Landes nachhaltig verändert. Die Länderstudie geht auf wichtige Rahmenbedingungen und Bestimmungsfaktoren beruflicher Bildung unter besonderer Berücksichtigung des landesspezifischen Kontexts ein und stellt aktuelle Reformansätze vor.

Die Publikation ist Teil des Internationalen Handbuchs der Berufsbildung. Das Standardwerk der vergleichenden Berufsbildungsforschung richtet sich an ein wissenschaftliches Publikum sowie die Berufsbildungspraxis.

Bundesinstitut für Berufsbildung
Robert-Schuman-Platz 3
53175 Bonn

Telefon (0228) 107-0

Internet: www.bibb.de

E-Mail: zentrale@bibb.de

